



FORSCHUNGS-
BERICHT

RECHTSEXTREMISMUS IN EISENACH

KRITISCHE BESTANDSAUFNAHME UND ANALYSE



Axel Salheiser

Unter Mitarbeit von Jennifer Joyce Rieck



RECHTSEXTREMISMUS IN EISENACH

**KRITISCHE
BESTANDSAUFNAHME
UND ANALYSE**

EXECUTIVE SUMMARY	6
1. EINLEITUNG	8
2. PROBLEMAUFRISS: SONDERFALL EISENACH?	10
3. RECHTSEXTREME AKTEUR:INNEN UND IHRE RAUMERGREIFUNGSSTRATEGIEN	16
3.1 FORMELL ORGANISierter RECHTSEXTREMISMUS	16
3.2 INFORMELL ORGANISierter RECHTSEXTREMISMUS	19
3.3 WEITERE AKTEUR:INNEN	22
4. RECHTSEXTREME IMMOBILIEN UND TREFFORTE	24
5. RECHTSEXTREME AKTIVITÄTEN UND GEWALT	28
6. RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS	34
7. ONLINE-AKTIVITÄTEN	36
8. AMBIVALENTE NORMALISIERUNG UND DAS TOLERANZPARADOX	38
8.1 PROBLEMBEWUSSTSEIN ODER INDIFFERENZ?	38
8.2 EISENACH UND DIE TREFFEN DER DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT	42

9. NPD UND AFD	44
10. WAHLVERHALTEN UND POLITISCHE EINSTELLUNGEN DER BEVÖLKERUNG	48
11. SOZIOÖKONOMISCHE, SOZIODEMOGRAFISCHE UND SOZIALSTRUKTURELLE KONTEXTE	58
12. AKTION UND REAKTION: POLITISCHE GEGENSTRATEGIEN, ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND ANTIFASCHISTISCHER PROTEST	62
13. BERICHTERSTATTUNG IN DEN MEDIEN	72
14. SCHLUSSFOLGERUNGEN	74
15. AUSBLICK UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	78
LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	80
INTERVIEW-LEITFADEN (LANGVERSION)	90
IMPRESSUM	92

INHALT

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Die Eisenacher NPD als lokalpolitische Akteurin zum Thema „Umwelt- und Naturschutz“	18
Abb. 2:	Rechtsextreme Schmiererei in der Eisenacher Innenstadt	22
Abb. 3:	PMK-rechts in Eisenach und im Wartburgkreis 2014–2019	29
Abb. 4:	Von ezra erfasste Angriffe in Eisenach und im Wartburgkreis 2014–2018	29
Abb. 5:	Meldung über antisemitische bzw. neonazistische Schmierereien im September 2020	35
Abb. 6:	Normalität von Nazi-Graffiti im öffentlichen Raum	40
Abb. 7:	Stimmenanteile der AfD und der NPD bei Wahlen in Eisenach, im Wartburgkreis und in Thüringen 2013–2017	48
Abb. 8:	Stimmenanteile der AfD und der NPD bei Wahlen in Eisenach, im Wartburgkreis und in Thüringen 2019	49
Abb. 9:	NPD-Wahlergebnisse im Wartburgkreis bei der Landtagswahl und bei den Gemeinderatswahlen 2019	51
Abb. 10:	Wähler:innenstimmen der NPD in den kreisfreien Städten Thüringens und im Wartburgkreis (absolute Zahlen)	52

Abb. 11:	Einstellungswerte und Befragtenmerkmale des Thüringen-Monitors (2012–2018)	57
Abb. 12:	Ausgewählte sozioökonomische und soziodemografische Daten	59
Abb. 13:	Schlagzeilen im Vorfeld der Antifa-Demo am 16. März 2019	68
Abb. 14/ Abb. 15:	Antifa-Demo am 16. März 2019	70

ABBILDUNGEN

Executive Summary

Eisenach, am Fuße der historisch bedeutenden Wartburg in Westthüringen gelegen, ist eine kreisfreie Mittelstadt mit ca. 42.000 Einwohner:innen. Die Stadt gilt als ein „Hotspot“ der Neonazi-Szene, die sich dort über Jahrzehnte personell und institutionell etablieren konnte, sodass eine verdichtete Problemlage erkennbar ist:

In der Stadtratswahl 2019 errang die NPD 10,2% der Stimmen. Sie verfolgt in der Wartburgstadt seit Jahren eine Strategie der „Verbürgerlichung“ und hält vier Mandate im Stadtrat, deren Träger sich als bürger:innennahe Kommunalpolitiker inszenieren.

- Auch bei länger zurückliegenden Kreistags-, Landtags- und Bundestagswahlen wurde die NPD relativ konstant von jeweils ca. 1.000 Eisenacher:innen gewählt: Bezogen auf die Ortsgröße, aber auch absolut sind das mehr Stimmen für die rechtsextreme Partei als anderswo in Thüringen.
- Die radikal rechte, populistisch agierende und „bürgerlich“ auftretende AfD gewann in der Stadtratswahl 2019 in Konkurrenz zur NPD „lediglich“ 11,7% der Stimmen, bei der Landtagswahl 2019 allerdings 23,6% der Wahlkreis- sowie 20,8 der Landesstimmen.
- In mehreren Gemeinden des umliegenden Wartburgkreises sind gegenüber dem Landesdurchschnitt erhöhte NPD-Stimmenanteile zu beobachten, wobei auch dort die AfD erfolgreich ist.
- Die NPD verfügt in Eisenach seit 2014 über eine Immobilie, die sie als Landespartei-zentrale und Veranstaltungsort für Rechtsrockkonzerte nutzt. Die zum „Volkshaus“ deklarierte Landespartei-zentrale ist zugleich Anlaufpunkt für militante rechtsextreme Kampfsportler sowie „Stadtteilzentrum“ für Bürger:innen, die die Räumlichkeiten für private Feiern nutzen oder dort Discoabende besuchen. Einschüchterungen, Bedrohungen und Angriffe auf rassistisch abgewertete und als „links“, „alternativ“ bzw. nicht-rechts gedeutete bzw. bekannte Personen treten in der Stadt gehäuft auf.

In Eisenach ist eine ambivalente Normalisierung des Rechtsextremismus eingetreten. Zivilgesellschaftliches Engagement und ein politischer „Minimalkonsens“ der demokratischen Parteien stehen einem defizitären Problembewusstsein, der Ignoranz, der fatalistischen Resignation oder der offenen Befürwortung radikal und extrem rechter Positionen in nicht unerheblichen Teilen der Stadtbevölkerung gegenüber. Dezidiert antifaschistischer Protest wird eher kritisch gesehen oder abgelehnt. Die Aktivierung breiter Bevölkerungsschichten für die Zurückdrängung des Rechtsextremismus war bisher nur begrenzt erfolgreich, allzumal sozioökonomische Risikofaktoren zukünftig den Spielraum für rechtspopulistische und wohlstandsnationalistische Mobilisierung in der Region noch erhöhen könnten.

Handlungsempfehlungen beinhalten:

- die weitere Erschließung von Potenzialen zivilgesellschaftlichen Engagements gegen den Rechtsextremismus
- die stärkere und langfristige staatliche und kommunale Finanzierung von Projekten und Initiativen, die in der Eisenacher Stadtgesellschaft niedrigschwellige und inklusive Gegenangebote und Räume einer demokratischen Kultur stärken
- die konsequente staatliche Repression und soziale Ächtung rechtsextremer Aktivitäten, vor allem des Gewalthandelns und der Propagandadelikte im öffentlichen Raum zur Zurückdrängung antidemokratischer und rassistischer Hegemonieansprüche
- die intensivierte strategische, überregionale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus in (kommunalen) Sozialräumen.

1. Einleitung

Dieser Forschungsbericht bündelt die Ergebnisse eines selbstinitiierten Forschungsprojektes am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft zur Problematik und den Hintergründen des Rechtsextremismus in Eisenach. Das Projekt wurde vom Autor im Jahr 2020 durchgeführt und im Dezember 2020 abgeschlossen, Vorarbeiten reichen ins Jahr 2019 zurück. Das vorliegende Dokument bietet eine zusammenfassende Darstellung der Befundlage und hält Überlegungen zu den Ursachen der lokal spezifischen Ausformung des Gegenstandsbereichs. Die Ausführungen basieren im Wesentlichen auf der Auswertung von acht Leitfadeninterviews mit insgesamt elf Akteur:innen¹ aus der Eisenacher Zivilgesellschaft und Lokalpolitik sowie mit Thüringer Expert:innen der Beratungspraxis für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt bzw. gegen Rechtsextremismus, die besondere Sach- und Ortskenntnis besitzen. Interviewt wurden also Personen, die sich z. T. seit vielen Jahren in haupt- oder ehrenamtlichen Kontexten mit den Phänomenen des Rechtsextremismus in der Stadt und in der Region auseinandersetzen. Fokussiert wurden dabei ihre Wahrnehmungen und Einschätzungen zur gegenwärtigen Situation und Entwicklungen in der jüngeren Vergangenheit. Außerdem wurden öffentlich zugängliche Quellen gesichtet und ausgewertet, darunter Chroniken und Statistiken, Darstellungen zivilgesellschaftlicher Akteur:innen, wissenschaftliche Analysen, antifaschistische Watch-Blogs und zahlreiche Beiträge aus der Medienberichterstattung. Der Forschungsbericht kann jedoch keinen Anspruch auf umfassende, vollständige Dokumentation oder die zeithistorische Rekonstruktion einer Ereignis- bzw. Prozessgeschichte erheben. Vielmehr wirft der Forschungsbericht ein problemzentriertes Schlaglicht auf das Auftreten des Rechtsextremismus in seinen unterschiedlichen Facetten sowie auf dessen Kontextbedingungen im Sozialraum der Stadt Eisenach und ihrer näheren Umgebung, um daraus Erkenntnisse für die Intervention und Prävention abzuleiten. Am Schluss werden Handlungsempfehlungen für Akteur:innen in Politik und Zivilgesellschaft gegeben.

Die vorliegende Untersuchung unterscheidet sich in einigen Punkten von lokalen oder regionalen Situations-, Ressourcen- und Bedarfsanalysen, wie sie typischerweise von den Partnerschaften für Demokratie der Landkreise und kreisfreien Städte in Auftrag gegeben werden. So erfolgte beispielsweise keine Erfassung und quantitative Befragung der Angebotsstrukturen bzw. Trägerinstitutionen der Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention oder -intervention (z. B. für den Wartburgkreis: Weil/Koch 2012). Vielmehr stehen die Phänomenbeschreibung und die

¹ Der Autor dankt allen Interviewpartner:innen. Die Einzel- und Gruppeninterviews wurden im Zeitraum Mai bis Dezember 2020 in Zoom-Meetings, über Skype-Videoanrufe oder telefonisch geführt. Der Leitfaden mit den Interviewfragen befindet sich im Anhang. Unabhängig von ihrer beruflichen Funktion, ihrem zivilgesellschaftlichen Akteur:innenstatus oder ihrer Expert:innenrolle sind alle Interviewpartner:innen in diesem Forschungsbericht anonymisiert. Dies geschieht aus Vereinheitlichungs- und Datenschutzgründen sowie zum Schutz der interviewten Personen. Die Kennzeichnung der zur Illustration ausgewählten Zitate erfolgt durch die Initiale „I“ und eine fortlaufende Personennummer in chronologischer Reihenfolge der Interviewführung (Bsp.: „I2.1“ steht für die interviewte Person, die im Rahmen des zweiten Interviews die erste Frage beantwortete). „A.S.“ steht für die Initialen des Autors. Sprachpausen in den wörtlichen Zitaten sind mit „...“ gekennzeichnet, semantisch oder grammatikalisch bedingte Auslassungen mit „[...]“. Besonderer Dank gilt Jennifer Joyce Rieck, die die Transkription der Tonmitschnitte besorgte.

Sichtbarmachung extrem rechter Raumergreifungsstrategien und hegemonialer Bestrebungen (Kellershohn/Paul 2013, Berg/Üblacker 2020) im Vordergrund, werden deren Entwicklungslinien und Bedingungsfaktoren (Möller 2010) fokussiert.

Rechtsextremismus hat eine Einstellungs- und eine Verhaltensdimensionen – neben parteien- und bewegungsförmigen Phänomenen, subkulturellen Szeneaktivitäten und Gewalthandeln sind auch die Einstellungen und Mobilisierungspotenziale in der Bevölkerung zu beachten, aus denen ein den Rechtsextremismus begünstigendes gesellschaftliches Klima erwachsen kann (vgl. Stöss 2010, Jaschke 1994). Die Bedeutung regionaler Spezifika haben beispielsweise Borstel (2019) und Schellenberg (2014) in ihren Fallstudien für Anklam bzw. Mügeln aufgezeigt. Dabei ging es keineswegs darum, mit erhobenem Zeigefinger „braune Flecken auf der Landkarte“ zu markieren, sondern darum, lösungsorientiert Herausforderungen für die demokratische Kultur zu identifizieren, damit diese gestärkt werden kann. Bei unserer Analyse folgen wir dem von Quent (2015) vorgeschlagenen und von Quent und Schulz (2015) bei Fallstudien zu den Thüringer Städten Erfurt, Jena, Saalfeld und Kahla angewandten Analyseraster bzw. -fokus zu Rechtsextremismus in lokalen Kontexten (vgl. auch Fielitz et al. 2019). Wir nehmen also Strukturen und Angebotsformen der formell und informell organisierten rechtsextremen Szene, rechtsextreme Geländegewinne, Kontextfaktoren und Spezifika der lokalen politischen Kultur sowie die Gegenstrategien und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus in den Blick.

2. Problemaufriss: Sonderfall Eisenach?

Eisenach ist eine kreisfreie Mittelstadt in Westthüringen mit 42.250 Einwohner:innen (2019). Sie liegt am Nordrand des Thüringer Waldes und wird vom ländlich geprägten Wartburgkreis (118.974 Einwohner:innen, Sitz des Kreistags: Bad Salzungen) umgeben, der an Hessen grenzt.² Eisenach und Wartburgkreis gehören zu Südwestthüringen als einer der vier Thüringer Planungsregionen. Seit 2012 hat Eisenach mit Katja Wolf eine Oberbürgermeisterin, die der Partei DIE LINKE angehört. Und seit 2017 ist Eisenach Hochschulstandort (Duale Hochschule Gera-Eisenach). Wirtschaftlich sind die Stadt und ihr Umland stark durch das Opel-Automobilbauwerk und die ansässige Automobilbauzulieferindustrie (u. a. Bosch AG) geprägt, außerdem durch den Tourismus: Eisenach ist Standort der historisch bedeutsamen Wartburg, die als ehemalige Wirkungsstätte Martin Luthers eine Sehenswürdigkeit von internationalem Rang und UNESCO-Weltkulturerbe ist. Außerdem ist Eisenach die Geburtsstadt Johann Sebastian Bachs und zieht daher internationale Besucher:innen an. Des Weiteren war die Wartburgstadt Drehort der deutschlandweit erfolgreichen MDR-Fernsehserie „Familie Dr. Kleist“, mit der zwischen 2004 und 2020 in neun Staffeln vor attraktiver Kulisse Imaginationen moderner ostdeutscher Bürgerlichkeit an das ARD-Publikum vermittelt wurden (Bagus 2009). Eisenach ist Standort des 1902 errichteten Burschenschaftsdenkmals, das an die gefallenen Korporierten des deutsch-französischen Krieges 1870/71 und an die Reichsgründung erinnern soll. Es ist daher bis heute eine wichtige Pilgerstätte der ultrakonservativen, „deutschnationalen“ bzw. radikal rechten Deutschen Burschenschaft (DB) (Lönnecker 2005). Bis 2015 fand deren jährlicher „Burschentag“ in Eisenach statt, seit 2016 in der nahgelegenen Gemeinde Seebach (Wartburgkreis) – nach wie vor³ obligatorischer Bestandteil war ein nächtlicher Fackelzug zum Burschenschaftsdenkmal und zum daneben befindlichen „Langemarck“-Denkmal, das den (bereits im Nationalsozialismus heroisierten) Gefallenen der Schlacht im Ersten Weltkrieg gewidmet ist.⁴

Eisenach gilt als eine Hochburg des Rechtsextremismus, als einer der „Hotspots der Thüringer Neonazi-Szene und hat schon eigentlich seit Mitte der 90er Jahre eine fest etablierte Neonazi-Szene, die man auch an ihren Wurzeln immer noch heute sehen kann“ (I2.1). Zu konstatieren ist zum einen die große Kontinuität des Rechtsextremismus in der Region (vgl. MOBIT 2002) und das hohe Aktivitätsniveau von gewaltbereiten und gewalttätigen Rechtsextremen, die organisatorisch und personell vor Ort etabliert sind. Rechtsextreme verfügen in Eisenach über eine eigene Infrastruktur,

² Eisenach und der Wartburgkreis werden zum 1. Januar 2022 fusionieren (vgl. Stadt Eisenach 2019).

³ Der „Burschentag“ 2020 musste pandemiebedingt abgesagt werden.

⁴ Beide Denkmäler sind seit Jahren Ziel von Farbattacken, die vermutlich aus dem radikal linken Milieu verübt werden. Zuletzt war die überregionale Medienberichterstattung durch eine Öffentlichkeitsfahndung der Polizei wegen Sachbeschädigung geprägt (vgl. MDR 2020a), wobei von einer „politischen Straftat“ „offensichtlich [!] linksextremistischer Täter“ ausgegangen wurde, ohne jedoch die Bedeutung und Symbolkraft der Denkmäler und den Charakter der mit ihnen verbundenen Erinnerungspraktiken der DB zu beleuchten. Dadurch wurden die Farbattacken in der Tendenz entpolitisiert: Auf Unkundige wirkten sie lediglich als Vandalismus an historischen Kulturstätten, der „den Touristen [...] ein erschreckendes Bild“ bot (ebd.).

insbesondere die als „Flieger Volkshaus“ bezeichnete NPD-Landesgeschäftsstelle. Zum anderen schlugen die vergleichsweise hohen, anhaltenden Wahlerfolge der lokalen NPD mit ihrem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Patrick Wieschke als zentralem Akteur und Aushängeschild zu Buche. Als die NPD bei der Stadtratswahl 2019 in Eisenach einen weit überdurchschnittlichen Anteil von 10,2% der gültigen Stimmen erlangte und folglich mit vier Mandatsträgern in den Stadtrat einzog, war dies ein Erfolg für die Rechtsextremist:innen, der gerade vor dem Hintergrund des allgemeinen Niedergangs der Partei in den letzten Jahren über die Thüringer Landesgrenzen hinweg für Aufmerksamkeit sorgte. Diametral entgegen dem bundesweiten Trend, spätestens seit dem Aufstieg der AfD flächendeckend (d. h. auch in ehemaligen Wählerhochburgen) nur noch äußerst niedrige einstellige Prozentwerte zu erreichen, gelang der NPD in Eisenach sogar noch ein Stimmenzuwachs gegenüber der letzten Stadtratswahl (2014: 7,4%) und der Zugewinn eines weiteren kommunalen Mandates. Bei der Stadtratswahl 2019 erhielt neben der NPD die radikal bzw. extrem rechte AfD (vgl. Pfahl-Traughber 2019) 11,7% der Stimmen und errang vier Mandate. Aufsehen bzw. Irritation erregte bereits 2015 ein von der NPD im Stadtrat eingebrachter Antrag auf Abwahl der linken Oberbürgermeisterin, der zwar scheiterte, dem in geheimer Wahl aber nicht nur die drei NPD-Mandatsträger, sondern 13 weitere der insgesamt 34 Abgeordneten zustimmten (Meisner 2015). Dies wurde als „Eklat“ und „Tabubruch“ bezeichnet – und von der NPD als „Sensation“ gefeiert (ebd.).

Oberbürgermeisterin Wolf verweigerte sowohl 2014 als auch 2019 Wieschke und den anderen neu gewählten Stadträten der NPD den in der Thüringer Kommunalverordnung vorgeschriebenen Handschlag. Laut Wolf geschah dies, um vorbestraften Rechtsextremisten, Verfassungsfeinden und Rassisten keinen Respekt zollen zu müssen und körperlichen Kontakt mit ihnen zu vermeiden (Maxwill 2019). Wieschke klagte dagegen bereits 2014 in erster Instanz erfolglos vor dem Verwaltungsgericht Meiningen, in zweiter und letzter Instanz 2019 allerdings erfolgreich vor dem Obergerverwaltungsgericht Weimar. Im Mai 2020 wies das Bundesverwaltungsgericht Wolfs Klage gegen eine Nichtzulassung zur Revision am OLG Weimar ab (BVerwG 2020; vgl. Schönberger 2019). Im Juni 2020 strich der Thüringer Landtag den verpflichtenden Handschlag aus der Kommunalverordnung (TLZ 2019). Bemerkenswert waren die geteilten Reaktionen auf Wolfs Verweigerung des Handschlags: Während sie von Politiker:innen unterschiedlicher Parteien Rückendeckung erhielt und Wieschke selbstverständlich versuchte, den Vorfall propagandistisch für sich auszuschlachten,⁵ schrieb die CDU-Stadtratsfraktion in ihrer Pressemitteilung vom 25. Juni 2019 von „verstörender“ Ignoranz der „Oberbürgermeisterin als Verwaltungsspitze“ gegenüber der geltenden Entscheidung des OLG, und wies darauf hin, dass Wolf nach geltender Rechtslage durchaus die Möglichkeit gehabt hätte, bei sämtlichen Stadträt:innen – statt nur bei denen der NPD – auf einen Handschlag zu verzichten.⁶ Auch in der Eisenacher Bevölkerung differierten die Ansichten: Neben der Unterstützung für Wolfs Handeln oder der zitierten Position, dass geltendes Recht eben nun einmal zähneknirschend zu akzeptieren sei, wurde teilweise Wieschkes Deutungsmuster aufgegriffen, nach dem Wolf es an Respekt gegenüber demokratisch gewählten Volksvertreter:innen mangle und sie damit letztlich den demokratischen Wähler:innenwillen missachte. Dass paradoxerweise Toleranz und Achtung gegenüber Vertreter:innen einer rechtsextremen, verfassungsfeindlichen und rassistischen Partei

⁵ <https://www.npd-fraktion-eisenach.de/?p=3061> (geprüft: 31. Januar 2021).

⁶ <https://www.facebook.com/cdu.eisenach/photos/a.735005236521803/2389541271068183/?type=3&theater> (geprüft: 31. Januar 2021).

erwartet oder sogar als demokratische Tugend gesehen wird, verweist auf die Problematik der ambivalenten Normalisierung des Rechtsextremismus in Eisenach: Er ist Teil einer Stadtgesellschaft, in der offenkundig nicht nur die Wahrnehmungsmuster, sondern auch die Vorstellungen über die Angemessenheit oder Notwendigkeit von Reaktions- und Interventionsstrategien variieren. So ist die Binnenwahrnehmung, insbesondere von Vertreter:innen der demokratischen Zivilgesellschaft und antifaschistischer Akteur:innen in Eisenach, sowie die durch die Medienberichterstattung verstärkte Außenwahrnehmung durch eine hohe Problemsensibilität geprägt – und die Ansicht, dass in Eisenach insgesamt zu große Ignoranz oder Indifferenz bestehe.

Insgesamt sei die Situation in Eisenach „allgemein als gefährlich ein[schätzen]. Als brisant, als extrem.“ (I3.1) Die Neonaziszene habe in Eisenach „Oberwasser“ (Haak 2019). Dies bemisst sich vor allem an deren ausgeprägtem Hegemonieanspruch und der Virulenz rechtsextremer Gewalt, welche von Neonazis ausgeht, die z. T. in der Kampfsport- und Hooliganszene aktiv sind und Kontakte in landesweiten und internationalen rechtsextremen Netzwerken unterhalten.⁷ Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass die NPD-Landeszentrale „Flieger Volkshaus“ regelmäßig u. a. als Veranstaltungsort für Konzerte von Neonazi-Bands, Kampfsportevents oder als Ausgangspunkt für politische Aktivitäten genutzt wird und darüber hinaus weitere Trefforte von Rechtsextremen im Stadtgebiet existieren, wo sie u. a. versuchen, mit zahlreichen rechtsextremen Graffiti („Nazi-Kiez“), Stencils oder Aufklebern „ihr“ Revier zu markieren. Einschüchterungsversuche, Bedrohungen und Angriffe gegen rassistisch abgewertete Menschen und gegen solche, die von Rechtsextremen als politische Gegner:innen wahrgenommen werden, fanden bis in die jüngste Vergangenheit vergleichsweise häufig statt – zum Teil am helllichten Tag. ezra, die mobile Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, registrierte im Zeitraum 2014 bis 2019 in der Wartburgstadt 40 Angriffe (bekannt gewordene bzw. Beratungsfälle; vgl. Kapitel 5). Dabei existiert ein im Vergleich zu anderen Thüringer Kreisen auffällig erhöhter Anteil registrierter Angriffe gegen politische Gegner:innen bzw. Nichtrechte. Die polizeiliche Eingangsstatistik der Straftaten im Bereich der politisch motivierten Kriminalität (rechts) zählte im Zeitraum 2014 bis 2018 291 Fälle, das waren 6,9 Fälle pro 1.000 Einwohner:innen und damit deutlich mehr als in jeder anderen kreisfreien Stadt bzw. jedem anderen Landkreis Thüringens.

Die bedenklichen Geländegewinne, die problematische Normalisierung und die gewaltsamen Auswirkungen des „verstetigten“ (I7.1) Rechtsextremismus in der Wartburgstadt bleiben nicht unwidersprochen und unbeantwortet. Es gibt einen breiten, kritischen Grundkonsens der demokratischen Parteien und kommunalpolitischen Akteur:innen in Ämtern und Behörden sowie das Engagement zahlreicher zivilgesellschaftlicher Akteur:innen, die sich beispielsweise in einem Bürger:innenbündnis zusammengeschlossen haben und in der lokalen Partnerschaft für Demokratie⁸ (PfD) mitwirken.⁹

⁷ In der Vergangenheit gab es mehrere Kleine Anfragen von Abgeordneten des Thüringer Landtags zur rechtsextremen Kampfsportszene in Thüringen und deren Aktivitäten. Vgl. zuletzt die Kleine Anfrage „Rechtsextreme Sportgruppen in Thüringen“ des Abgeordneten Korschewski (Die Linke), Drucksache 7/1350KA vom 29.10.2020; dazu: Antwort auf Kleine Anfrage, Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (6. - Anfang 7. Wahlperiode), Drucksache 7/2501 vom 06.01.2021. Außerdem: Kleine Anfrage „Kampfsportaffine Extremisten“ des Abgeordneten Czuppon (AfD), Drucksache 7/1192KA vom 09.09.2020; dazu: Antwort auf Kleine Anfrage, Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (6. - Anfang 7. Wahlperiode), Drucksache 7/2401 vom 17.12.2020.

⁸ Für Eisenach und die nahegelegene Kleinstadt Wutha-Farnroda.

⁹ <http://www.vielfalt-wartburgregion.de/informieren/begleitausschuss/> (geprüft: 31. Januar 2021).

Fraglich nur (und ein Gegenstand dieses Forschungsberichts) ist, wie sie gemeinsam erfolgreich der Lage Herr:in werden, welche Interventions- und Präventionsstrategien zur Zurückdrängung von Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit greifen (können) – und wo noch Nach- und Aufholbedarf besteht.

In diesem Zusammenhang muss das Verhältnis der Eisenacher Stadtgesellschaft zu Partizipation, für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, die Bedingungen ihrer Aktivierung und Mobilisierungsfähigkeit und ihr Verhältnis zu antifaschistischem Protest diskutiert werden. Beispielsweise fand am 16. März 2019 eine antifaschistische Demonstration unter dem provokanten Motto „Die Wartburgstadt ins Wanken bringen“ statt, für die im Vorfeld deutschlandweit in der linken Szene geworben wurde und die Teilnahme Autonomen angekündigt wurde. Vermutlich war auch der Medienberichterstattung im Vorfeld geschuldet, dass die – friedlich aber laut verlaufende – Demonstration von vielen Eisenacher:innen offenkundig nicht als ein unterstützenswerter, wachstütelnder Appell, sondern vielmehr als eine Bedrohung von außen durch Störer:innen und Krawalltourist:innen wahrgenommen wurde.¹⁰ Relevant ist hier besonders eine mitschwingende Deutung des Rechtsextremismus als „aufgebauschtes“ Problem bzw. die Fiktion, das Problem bestünde – hauptsächlich oder wohlmöglich ausschließlich – in der sogenannten „Konfrontationsgewalt“ extremer politischer Pole, die praktisch gleichzusetzen seien, mit denen eine neutrale „bürgerliche Mitte“ nichts zu tun habe und von der sie nicht behelligt werden wolle. Verkannt wird dabei allerdings, dass „Konfrontationsgewalt“ typischerweise auftritt, wenn Defizite staatlicher Intervention und Repression gegenüber Phänomenen des Rechtsextremismus existieren bzw. wahrgenommen werden. Selbst illegitime Aktionsformen sind daher Effekte eines „Rückzugs“ des Staates, in dem Sinne, dass Rechtsextremismus nicht durch demokratische Politik und behördliches Handeln wirksam bekämpft wird bzw. werden kann. Nach Ansicht einiger Wissenschaftler:innen erfolge bei „linken“ bzw. antifaschistischen Akteur:innen „eine Radikalisierung und Hinwendung zu entsprechenden Szenen vielfach als Antwort auf erlebte Bedrohungen durch und Konfrontationen mit rechtsextremen Jugendlichen im unmittelbaren Lebensumfeld“ (Glaser 2013: 13). Aus Perspektive der Akteur:innen handele es sich demnach nicht um „Selbstjustiz“, sondern vielmehr um Notwehr- bzw. Nothilfe-Handeln (vgl. Schuhmacher 2014). Dass soziale Konstruktionen wie die prinzipielle Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus und eine damit verbundene Täter-Opfer-Umkehr jedoch sehr reale Folgen haben, zeigt sich im alltäglichen Umgang mit dem Problemkomplex. Auf diesen Aspekt von „Widerspruch und Wirklichkeit in Eisenach“ (Haak 2019) wird noch näher einzugehen sein.

Zur möglichst umfassenden Analyse des Rechtsextremismus-Phänomens gehört die Betrachtung sozioökonomischer, soziodemografischer und sozialstruktureller Kontexte. Dies ist besonders hinsichtlich der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung und für deren politische Mobilisierung durch radikal und extrem rechte Parteien und Bewegungen relevant. Gibt es beispielsweise objektivierbare Hinweise auf grassierende autoritäre, rassistische und neonazistische Orientierungen, die das gesellschaftliche Klima für einen „Sonderfall Eisenach“ bereiten? Oder sind es soziale Ursachen, die eine radikale „Protestneigung“ verstärken? Dass die

¹⁰ Der Autor dieses Forschungsberichtes hat an der Demonstration beobachtend teilgenommen.

Rechtsextremismus-Problematik in der Region letztlich einen negativen wirtschaftlichen Standortfaktor bzw. einen Imageschaden darstellt, illustrierte u. a. die folgende Aussage der Oberbürgermeisterin Wolf in einem Interview mit dem SPIEGEL, bei der sie sich in erster Linie auf die landesweiten Wahlerfolge der AfD unter Björn Höcke bei den Thüringer Landtagswahlen 2019 bezog: „Ich hatte gerade erst ein Gespräch mit einem Investor, der mich nach der Landtagswahl anrief und sagte: ‚Wir überlegen, ob wir nach diesem Wahlergebnis tatsächlich in Thüringen investieren wollen‘“ (Maxwill 2019). Hier wird ersichtlich, dass die Phänomene in Eisenach Teil eines größeren Problemkomplexes sind und teilweise allgemeine Herausforderungen der lokalen bzw. regionalen politischen Kultur markieren, die ähnlich auch anderenorts oder gar flächendeckend bestehen. Die lokalen und regionalen Spezifika Eisenachs, die bisher skizziert wurden, werden auf den nachfolgenden Seiten herausgearbeitet und vertieft. Soweit möglich und zielführend, findet der Wartburgkreis dabei Mitbeachtung.



**DIE PHÄNOMENE IN
EISENACH SIND TEIL
EINES GRÖßEREN
PROBLEMKOMPLEXES
UND MARKIEREN
TEILWEISE ALLGEMEINE
HERAUSFORDERUNGEN
DER LOKALEN
BZW. REGIONALEN
POLITISCHEN KULTUR,
DIE ÄHNLICH AUCH
ANDERENORTS
BESTEHEN.**

3. Rechtsextreme Akteur:innen und ihre Raumergreifungsstrategien

Rechtsextremismus ist ein strukturelles Problem, da einstellungs-, parteien- und bewegungsförmige Aspekte, Mobilisierungs-, Radikalisierungs- und Institutionalisierungsmuster sowie die damit einhergehenden Gewaltphänomene in komplexer Weise miteinander verschränkt und mit gesellschaftlichen Prozessen und Kontextfaktoren verknüpft sind. Diese abstrakt wirkende, „systemische“ Sichtweise einer soziologischen und politikwissenschaftlichen Rechtsextremismusforschung dient dem analytischen Zugriff auf facettenreiche Konstellationen und Entwicklungen, der temporale und regionale Vergleiche ermöglicht, und letzten Endes auf generalisierende Aussagen und die wissenschaftliche Theorieentwicklung abzielt. Insbesondere in spezifischen lokalen Kontexten ist es allerdings unabdingbar, zunächst einen akteurszentrierten Ansatz (vgl. Botsch 2017) zu wählen, der Handelnde (d. h. individuelle und kollektive Akteur:innen) konkret benennt und deren Interaktionsmuster identifiziert. So trivial es klingen mag: Rechtsextreme Geländegewinne „passieren“ nicht „einfach so“ – vielmehr werden sie „gemacht“ von Personen und Gruppen, die absichtsvoll handeln, dabei Ziele und Strategien verfolgen, Ressourcen einsetzen und für ihre Handlungen und deren Folgen verantwortlich sind. Diese „personalisierte“ Sichtweise wiederum muss Ausgangspunkt für Überlegungen und Betrachtungen dafür sein, welche strukturellen und situativen Gelingens- und Hemmfaktoren dabei wirken.

3.1 Formell organisierter Rechtsextremismus

Im Fall der Stadt Eisenach tritt die Bedeutung zentraler Einzelakteur:innen hervor, die mit ihrem Wirken den lokalen Rechtsextremismus mittel- und langfristig beeinflusst bzw. vorangetrieben und stabilisiert haben. Eine Person wird von unseren Interviewpartner:innen und in sämtlichen Quellen besonders häufig namentlich erwähnt: der NPD-Funktionär Patrick Wieschke.

Schrieb der Thüringer Verfassungsschutz in seinem Bericht für die Jahre 2014 und 2015 über die NPD in Eisenach¹¹ noch: „[...] ihr Einfluss auf die Kommunalpolitik blieb insgesamt jedoch ohne nennenswerte Impulse“ (AfV 2016: 35), die Partei wolle aber „künftig noch stärker an ihrem Image ‚als Kümmererpartei‘ arbeiten“ (ebd.: 40), hieß es im Verfassungsschutzbericht 2019: „Hier ist es

¹¹ Einen umfassenden und detailreichen Überblick über die NPD und andere rechtsextreme Organisationen und Gruppierungen in Thüringen sowie ihre strukturelle und personelle Entwicklung in den letzten Jahren bieten Best et al. (2018: 59ff.). Eine ausführliche Darstellung des „parteiförmigen Rechtsextremismus im Thüringer Wahljahr 2019“ findet sich bei Best et al. (2019: 15 ff.).

der NPD unter dem maßgeblichen Einfluss von Patrick Wieschke gelungen, dauerhaft ein Wählerpotenzial zu sichern.“ (AfV 2020: 27)

Patrick David Wieschke (geboren 1981 in Eisenach) ist seit den 1990ern in der Eisenacher und Thüringer Neonazi-Szene aktiv. Er hat u. a. den Landesverband der NPD-Nachwuchsorganisation Junge Nationaldemokraten (JN, jetzt: Junge Nationalisten) sowie ein sogenanntes Nationales und Soziales Aktionsbündnis Westthüringen (NSAW) mitbegründet und war zeitweilig Mitglied des Bundesvorstandes seiner Partei. Außerdem galt er als Leiter der Eisenacher Sektion des Thüringer Heimatschutzes, dem institutionellen Entstehungszusammenhang und regionalen Unterstützernetzwerks des rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) (vgl. Röpke/Speit 2013: 124f.). Nachdem sich Böhnhardt und Mundlos am 4. November 2011 nach einem Banküberfall in Eisenach erschossen und sich der NSU damit selbstenttarnt hatte, wurde vermutet, dass sie bzw. Zschäpe noch kurz zuvor Kontakt zu Wieschke oder anderen Eisenacher Neonazis hatten. Auch deshalb findet sich Wieschkes Name mehrfach in den Gerichtsprotokollen bzw. Mitschriften zum NSU-Prozess und den Protokollen der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse (vgl. u. a. NSU-Watch 2013). Allerdings verdichteten sich keine Hinweise auf eine direkte Tatbeteiligung bzw. Mitwisserschaft Wieschkes im Zusammenhang mit den Morden, Bombenanschlägen und anderen schweren Straftaten des NSU.

Wieschke ist wegen z. T. schweren Gewaltdelikten und Volksverhetzung mehrfach vorbestraft, u. a. wegen Anstiftung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und einer Sachbeschädigung in Zusammenhang mit einem Anschlag auf einen Eisenacher Döner-Imbiss im Jahr 2000 (vgl. TA 2002; Endstation Rechts 2016). 2014 musste Wieschke seine Funktion als NPD-Landesvorsitzender aufgeben (vgl. Hebel 2014b), wofür neben dem deutlichen Absacken der NPD in der Gunst der Wähler:innen in der Landtagswahl, bei der erstmals die AfD reüssieren konnte, strafrechtliche Ermittlungen gegen Wieschke wegen Gewalt- und Missbrauchsdelikten (ohne erkennbare politische Motive) angeführt wurden (Brandstetter 2014). Wieschke konzentrierte sich fortan auf die Lokalpolitik – und seine Szeneaktivitäten. Heute gilt Wieschke neben Thorsten Heise (Fretterode/Eichsfeld), Tommy Frenck¹² (Kloster Veßra, Hildburghausen) und Patrick Weber (Sondershausen) als einer der wichtigsten und langfristig aktivsten Thüringer Neonazi-Kader (vgl. Hebel 2014a; Best et al. 2017, 2018).¹³ Zudem betreibt Wieschke einen Versandhandel mit (historischer) rechtsextremer Literatur und Militaria. Er hat den Rechtsextremismus und die damit verbundene Entwicklung der lokalen politischen Kultur entscheidend geprägt:

„Das, was Eisenach eigentlich auszeichnet ist die Tatsache, dass wir mit dem [...] eigentlich einzelnen Akteur, der sehr gut in der Stadtgesellschaft vernetzt ist, dass wir eine Kontinuität haben seit den 90er Jahren. Eine Kontinuität, die sich im Prinzip im gleichen Maße, wie sich dieser Akteur in seinem Leben und auch in seinem Charakter weiterentwickelt hat. Weil das müssen wir ja auch ihm

¹² „Gemeinsam ist Hildburghausen und Eisenach, dass hier mit Frenck und Wieschke Neonazis an der Spitze agieren, die selbst auch aus der Region stammen und seit vielen Jahren lokalpolitisch aktiv sind“ (MOBIT 2020a).

¹³ Auch der Wikipedia-Eintrag zu Wieschke enthält einige aufschlussreiche biografische Informationen, war zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Forschungsberichtes allerdings erkennbar veraltet und lückenhaft (https://de.wikipedia.org/wiki/Patrick_Wieschke; geprüft: 31. Januar 2021).

eingestehen, dass er sich weiterentwickelt, ob man das nun gut findet oder nicht ist eine andere Geschichte. Aber in der gleichen Art und Weise hat sich auch die Einbettung rechtsextremer Strukturen, rechtsextremer Akteure, rechtsextremen Denkens in der Stadtgesellschaft weiterentwickelt.“ (I1.1)

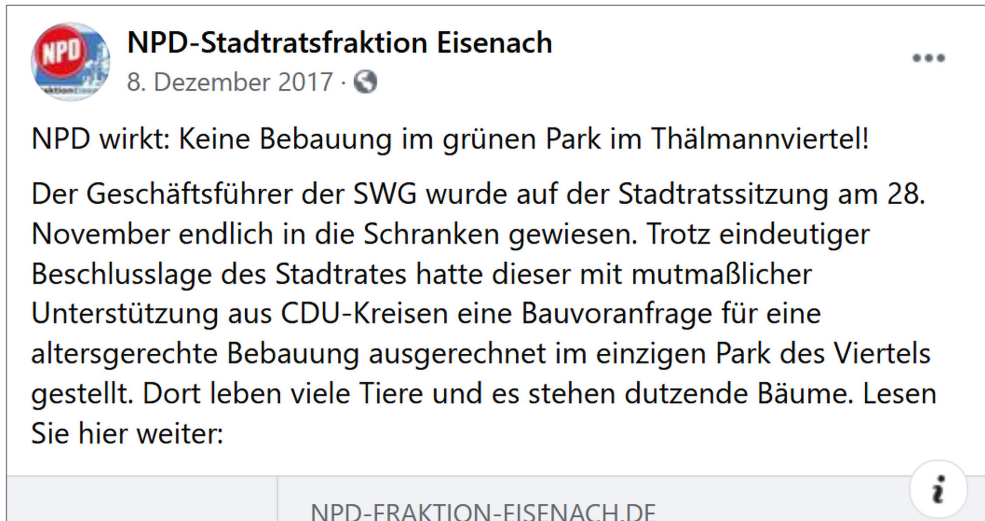


Abbildung 1: Die Eisenacher NPD als lokalpolitische Akteurin zum Thema „Umwelt- und Naturschutz“; Quelle: Facebook

Von anderen kommunalpolitisch aktiven Neonazis, die z. T. als Szeneunternehmer:innen¹⁴ tätig sind, unterscheidet sich Wieschke, indem er stärker als diese versuche, ein Biedermann-Image zu pflegen, anstatt beispielsweise mit „Sturmcappe“ (I1.1) herumzulaufen und unbedingt zu provozieren:

„Das ist ein Habitus, den Patrick Wieschke nicht hat. Und das ist das wo ich sage, er ist für mich viel bürgerlicher als vergleichbare Akteure, die auch in einem anderen kommunalen Umfeld leben. Weil für mich ist jetzt Kloster Veßra oder, was ist es, Fretterode, ne? Das sind für mich eher ländliche Bereiche und Eisenach ist ja doch schon ... sagen wir mal so ein urbanes Zentrum in Westthüringen, was jetzt sogar relativ stark nach Hessen reinstrahlt. Und da ist das für mich schon ähnlich, aber mich würde es dann wirklich mal interessieren, ob es gerade in solchen urbanen Bereichen, gerade es zu einer eher unauffälligen Infiltration der Stadtpolitik [kommt]. Ob es da so Erfahrungen gibt oder ob wir da jetzt mit unserem Patrick Wieschke so was Besonderes wird.“ (I1.1).

Trotz seines Vorstrafenregisters und seiner bekannten neonazistischen Gesinnung „gelingt“ Wieschke als „gebürtigem“ Eisenacher scheinbar die Selbstinszenierung in der Rolle des bürger:innennahen, oppositionellen Kommunalpolitikers, sodass eine kritische Auseinandersetzung bzw. die Skandalisierung seines Wirkens und die Stigmatisierung seiner Person nur begrenzt erfolgreich sind und bei Teilen der Eisenacher Bevölkerung nicht verfangen. Wieschke und seine weitaus weniger bekannten Parteifreunde treten als „Kümmerer“ (I7.1), „Nachbarn“, kurzum als „welche von

¹⁴ Szeneunternehmer:innen sind z. B. Inhaber:innen von Versandhandelsbetrieben, Verlagen und Gaststätten sowie kommerziell agierende Veranstalter:innen von Rechtsrock-Konzerten/-Festivals, einschlägigen Kampfsportveranstaltungen usw. Bei ihnen verbinden sich politische bzw. subkulturelle Aktivitäten mit Erwerbsinteressen.

uns für uns“ auf – und verfolgen damit eine Strategie der Selbstverharmlosung. Prägnant wird dies u. a. bei den Versuchen, sich als Opfer von (symbolischen und physischen) Angriffen aus dem links-radikalen Spektrum zu stilisieren und durch Appelle an das selbst häufig gebrochene Gewalttabu eine „bürgerlich-demokratische“ Fassade zu konstruieren (s. u.). NPD-Kreisverband und NPD-Stadtratsfraktion unterhalten Websites (vgl. Kapitel 7), auf denen entsprechende kommunalpolitische Inhalte verbreitet werden. Auf der Fraktions-Website ist die Telefonnummer eines „Bürgertelefons“ ausgewiesen.¹⁵ Im Kommunalwahlkampf wurden „Schulen, Spielplätze, Kindergärten“ als „unsere Schwerpunkte“¹⁶ ausgerufen. Überhaupt ist man um die Gestaltung „vernünftiger Sachpolitik“ bemüht – flankiert von der NPD-typischen Propaganda für „Patriotismus“ und Agitation gegen „Asylbetrüger“. Anträge im Stadtrat zum kommunalen Straßenbau und zu ähnlichen Themen sollen diese Konstruktionen von Seriosität und „Normalität“ unterstreichen (vgl. Abb. 1). In Wieschkes Selbstdarstellung heißt es: „Die NPD führt im Stadtrat keine ideologischen Kämpfe, sondern setzt sich undogmatisch für die Stadt und ihre Bürger ein.“¹⁷

Wieschke und seine Kameraden nutzen das als „Bürgerzentrum“ stilisierte „Flieder Volkshaus“ für gezielte „Quartier- bzw. Stadtteilarbeit“ (vgl. Kapitel 4). Charakteristisch ist, dass dabei versucht wird, die Parteiaffiliation gegenüber der Abgeordnetenfunktion Wieschkes in den Hintergrund treten zu lassen. Darüber hinaus war die NPD keinesfalls zurückhaltend, was die Aneignung bzw. Einnahme des Sozialraums durch politische Aktionen betrifft, nicht zuletzt durch Demonstrationen, Kundgebungen und Parteitagsveranstaltungen (vgl. Kapitel 5; AfV 2016–2020).

3.2 Informell organisierter Rechtsextremismus

Neben den Akteur:innen des formell organisierten Rechtsextremismus sind in Eisenach informell organisierte und subkulturell verankerte Akteur:innen aktiv, deren offenes Auftreten und gehäuftes Gewalthandeln besonders aggressiv den von ihnen erhobenen Dominanzanspruch unterstreicht.¹⁸ Raumergreifung konstituiert sich hier zum einen in der alltäglichen, durch hohe Kontinuität normalisierten Präsenz von Rechtsextremen, zum anderen in deren Praktiken, die sich gegen demokratisch bzw. antifaschistisch eingestellte Personen und gegen rassistisch, antisemitisch oder sozialdarwinistisch abgewertete Menschen richten (Einschüchterungsversuche, Bedrohungen, Angriffe und Sachbeschädigungen, vgl. nachfolgende Kapitel). Bei diesen Rechtsextremen handelt es sich einerseits um in Eisenach geborene oder seit sehr langer Zeit ansässige Personen, wobei sich mittlerweile eine ältere Generation (d. h. größtenteils Personen, die – wie Wieschke – bereits in den 1990er-Jahren der rechtsextremen Szene bzw. Neonazi-Skinhead-Subkultur zuzurechnen waren) von einer jüngeren unterscheiden lässt, der u. a. Amon S. angehört:

¹⁵ <https://www.npd-fraktion-eisenach.de/> (geprüft: 31. Januar 2021).

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Vgl. die Kleine Anfrage des Eisenacher Landtagsabgeordneten Raymond Walk (CDU) zur „Entwicklung der rechtsextremistischen Aktivitäten in Eisenach“ vom 4. November 2020 (Drucksache 7/1386); dazu: Antwort auf Kleine Anfrage, Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (6. - Anfang 7. Wahlperiode), Drucksache 7/2507 vom 07.01.2021; vgl. außerdem Süddeutsche Zeitung 2021).

„Der hat in seiner, sag ich mal in seiner Kindheit, so mit neun, zehn, elf [Jahren] hat der angefangen bei sich zu Hause die Reichskriegsflagge aufzuhängen im Zimmer. Und ist da immer weiter dran gewachsen [...] Der war zwischenzeitlich auch mal noch mit anderen rechten Jugendlichen in einer etwas autonomen Struktur verankert, da hat er sich aber wie gesagt raus gelöst und ist eher so diese Parteijugendschiene gelaufen.“ (I3.1)

„Und da gibt's aber über die letzten fünf Jahre immer wieder noch jüngere Leute, die dann wechseln, dazu gehen, herziehen, mitziehen und so einen Kram. Der Kern davon sind so fünf bis zehn Leute, die sehr wichtig sind.“ (I3.2)

Zum anderen ist in den letzten Jahren in Eisenach der Zuzug von rechtsextremen, zum Teil militanten Akteur:innen festzustellen, die vor Ort offenbar ein günstiges Umfeld vorfinden bzw. über entsprechende Freundschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen oder familiäre Verbindungen verfügen. Dies zeigt sich u. a. am Beispiel von Stanley R., der als ein Rädelsführer der rechtsterroristischen Gruppierung Combat 18 in Deutschland gilt und bei dem im Januar 2020 eine Hausdurchsuchung stattfand – im Zusammenhang mit dem Verbot der Organisation durch den Bundesinnenminister (Jüdische Allgemeine 2020):

„[U]nd der wohnt aber nach wie vor auch noch in Eisenach. Und ist hier so ein bisschen abgetaucht oder komplett abgetaucht halt. Und von dem kriegt man auch gar nichts mit, aber was sehr beängstigend ist, dass so ein Mensch halt in Eisenach wohnt. Gerade so ein Mensch der so in der Mitte der 2000er, Ende 2000er als Blood-and-Honor-Chef Europas irgendwie gesehen wurde. Dass so ein Mensch jetzt halt hier in Eisenach wohnt.“ (I3.2)

Unter den informell organisierten und subkulturell orientierten Akteur:innen sind jene (größtenteils männlichen) Personen besonders relevant, die – wie der mutmaßliche Atomwaffen Division-Anhänger Leon R.¹⁹ (vgl. AGST 2020) und der wegen Gewaltdelikten inzwischen verurteilte Kevin N.²⁰ – zeitweilig bzw. teilweise unter dem Namen Nationaler Aufbau Eisenach in Erscheinung traten.²¹ So „haben wir die letzten knapp sieben Jahren in Aufbau von jungen Nachwuchs-Neonazistrukturen erlebt, die zu den gewalttätigsten und umtriebigen gehören, die wir in Thüringen haben.“ (I2.1) Besonders bemerkenswert ist, dass sich viele dieser Personen – wie beispielsweise der o. g. Amon S. oder Maximilian A. – in der überregional gut vernetzten rechtsextremen Thüringer Kampfsport- und

¹⁹ Ein:e Interviewpartner:in über Leon R.: „Auch Leon [R.] hat sehr früh angefangen [...] Scheiße zu bauen, das muss man einfach so sagen. Der hat im Keller seiner Mama einfache Nahkampfbomben gebastelt. So, das hat sich bis heute eigentlich durchgezogen, der gehört so zu dem radikaleren Spektrum, aber eben auch in dem Stil der autonomen Nationalisten.“ (I3.1)

²⁰ Über Kevin N.: „Das ist einer derjenigen, die zu diesen militanter, autonomen Schiene laufen. Wie wir das von früher so kennen von den autonomen Nationalisten. Hat auch einen ordentlichen Katalog sich angesammelt an reichen Straftaten, das geht über Aufkleber kleben, Graffiti sprühen bis hin zu Körperverletzung, Hehlerei.“ (I3.1)

²¹ In Vacha im Wartburgkreis wurde in den letzten Jahren versucht, dies mit einem zumindest in den sozialen Medien präsenten „Nationalen Aufbau Vacha“ lokal zu „adaptieren“ (I4.1); über die tatsächlichen Aktivitäten ist wenig bekannt. Im Umfeld der Wahlen 2019 sei es allerdings zum Überkleben von Wahlplakaten demokratischer Parteien mit dem Wort „Volksverräter“ gekommen. Außerdem wird berichtet, dass vor Ort immer wieder Jugendliche, die der rechtsextremen Szene zugerechnet werden, „auffällig“ (I4.1) würden.

Hooliganszene bewegen (vgl. MOBIT 2019a, 2019b). Auch mehrere unserer Interviewpartner:innen benennen die Gruppierung:

„Nationale[n] Aufbau Eisenach‘, die sich vor kurzem aufgelöst hat, aus der aber auch eine Neonazikampfsportgruppe ‚Knockout 51‘ hervor geht, die zum einen für ganz viele Sachbeschädigungen in der Stadt verantwortlich sind. Also, Schmierereien, Graffiti wie zum Beispiel NS-Zone oder Nazi Kiez und aber auch vor allem für ganz viele körperliche Übergriffe auf alternative Jugendliche, auf linke Jugendliche, auf migrantische Leute und so weiter.“ (I2.2)

MOBIT, die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Thüringen, schreibt:

„Dabei zeigt sich auf vielen Ebenen, dass die extreme Rechte im Freistaat aktiv in die Netzwerke der bundesweiten und auch internationalen Kampfsportszene involviert ist. Wiederholt fanden Vernetzungstreffen der zentralen Kampfsport-Gruppierungen in Thüringen statt und immer wieder sind Thüringer Neonazis an den bundes- und europaweit stattfindenden Kampfsportveranstaltungen beteiligt. [...] Beispielhaft zu nennen ist die Gruppe Knockout 51 aus Eisenach, die für ihre Kampfsporttrainings wiederholt die Immobilie des NPD-Aktivisten und -Stadtrats Patrick Wieschke nutzte. Immer wieder treten Neonazis, die auch bei Knockout 51 aktiv sind, bei Spielen des FC Rot-Weiß Erfurt in Erscheinung und pflegen enge Kontakte zum Hooliganspektrum rund um die Gruppe Jungsturm. So reiste etwa eine größere Gruppe aus Eisenach und Erfurt gemeinsam zum diesjährigen ‚Tiwaz‘ – einem extrem rechten Kampfsportturnier – nach Sachsen. An dem Turnier nahm auch eine Person aus dem Umfeld der Gruppe als Kämpfer teil.“ (MOBIT 2020a)

Dass diese jüngeren, nicht parteigebundenen Rechtsextremen im „Flieger Volkshaus“ trainieren, ist offenbar im Sinne einer „Zweckgemeinschaft“ bzw. „antagonistischen Kooperation“ mit der NPD zu deuten. Denn es gibt ideologische und habituelle Differenzen:

„Aber es ist ja auch bekannt, dass zum Beispiel junge Leute aus dieser Knockout-51-Konstellation auch sehr abfällig geredet haben zum Beispiel über NPD und so weiter. Also die sind da nicht so glücklich mit, dass das einmal parteigebunden ist. Und zum anderen ist das den auch nicht aktivistisch, aktionistisch genug.“ (I2.2)

Auch der Thüringer Verfassungsschutz (AfV 2020: 56) betont die „intensiven Vernetzungsbestrebungen der Gruppierung Knockout 51“ und schreibt: „Im Laufe des Jahres [2019] professionalisierte die Gruppierung ihre Tätigkeiten beginnend mit Kraft- und Kampfsporttrainings sowie der zugehörigen Berichterstattung in den sozialen Medien, hin zu dem Besuch von Kampfsportveranstaltungen wie dem TIWAZ im Juni in Sachsen, bis zur aktiven Unterstützung der geplanten rechtsextremistischen Großveranstaltung Kampf der Nibelungen im Oktober in Ostritz/Sachsen sowie dem Besuch eines Schießstandes im europäischen Ausland.“ (Ebd.)



Abbildung 2: Rechtsextreme Schmiererei in der Eisenacher Innenstadt; Quelle: Foto: privat

Zu den rechtsextremen Raumergreifungsstrategien gehören ganz wesentlich die bereits erwähnten, auffälligen Markierungen, die Neonazis im öffentlichen Raum vornehmen. In den letzten Jahren ist das Stadtbild von Eisenach vor allem durch ein erhöhtes Aufkommen von rechtsextremen Graffiti im öffentlichen Raum geprägt (vgl. Abb. 2). Schmierereien mit rechtsextremen Symbolen (u. a. Hakenkreuzen) oder Slogans („NS Zone“, „Nazi Kiez“ usw.) waren und sind in der Innenstadt in relativ großer Zahl sichtbar und wurden zum Teil selbst nach längerer Zeit nicht entfernt. Überregionale Aufmerksamkeit bzw. Empörung erfuhr in diesem Zusammenhang im Oktober 2019 die Verurteilung der bekannten antifaschistischen Aktivistin Irmela Mensah-Schramm wegen Sachbeschädigung vor dem Eisenacher Amtsgericht: Sie hatte 2018 einen der „NS-Zone“-Schriftzüge mit einem Herz übersprüht, um ihn unkenntlich zu machen. Im März 2020 wurde Mensah-Schramm in einem Revisionsverfahren vor dem Thüringer Oberlandesgericht in Jena freigesprochen (MDR 2020b).

3.3 Weitere Akteur:innen

Auch im Wartburgkreis gibt es verschiedene rechtsextreme Akteur:innen, die langfristig aktiv sind und sozusagen als Kristallisationskerne einer sich reproduzierenden aktiven Neonazi-Szene in der Region fungieren:

„Gleichzeitig haben wir einen alten Weggefährten von Patrick Wieschke mit Andreas Niebling, der auch bundesweit bekannt ist, weil er der Kopf der Bürgerwehr Gerstungen ist. Und der mit Wieschke bereits Ende der 1990er-Jahre, Anfang der 2000er zusammen in der NPD unterwegs war und sozusagen mit der sogenannten Flüchtlingskrise seine Aktivitäten auch reaktiviert hat. Also der Mann

war immer da, der ist Rechtsrock-Konzertbesucher, aber ist dann eben nochmal mit diesem gewandeltem Gelegenheitsfenster auch wieder aktiver in Erscheinung getreten. Das heißt also wir haben diese Führungsfiguren, die in Gerstungen und in Eisenach sind und um die ringsum gruppieren sich dann auch immer neue Jugendgruppen.“ (I2.1)

2015 gab es Berichterstattung über eine Gruppierung namens Nationale Jugend Eisenach-Wartburgkreis (Wuggazer 2015). 2016 machte dann die Gruppierung Jugendoffensive WAK (Wartburgkreis) von sich reden – nach Schätzung des Thüringer Verfassungsschutzes mit einer einstelligen Mitgliederzahl (Klaus 2016). Die Selbstbezeichnungen variieren und die beteiligten Personen mögen fluktuieren, kontinuierlich sind aber der rechtsextreme Ideologietransport, der Versuch, Strukturen zu bilden und die Motivation, kollektives Handeln zu organisieren.

Zusätzlich zu den Akteur:innen aus dem neonazistischen Spektrum benennen unsere Interviewpartner:innen Akteur:innen in Eisenach und im Wartburgkreis, die der Neuen Rechten zugeordnet werden:

„Daneben gibt es aber noch einen anderen Bereich und zwar die Identitäre Bewegung. So, ist einer der zentralen Führungsfiguren, und zwar Konrad Kohlhas, 2016 noch stellvertretender Kreisvorsitzender der AfD Westthüringen, einer der zentralen Funktionäre der Identitären Bewegung in Thüringen. Und ist eben auch in Eisenach ansässig beziehungsweise ist hier zu zählen zur AfD/Identitären Bewegung. Und dann gibt's beispielsweise Leute wie Christoph Walter, der AfD-Funktionär, ist in Westthüringen, also Bad Salzungen. Und der beispielsweise auch schon bei Pegida mit einem Transparent von Ein Prozent mitgelaufen ist. Das heißt also wir haben im Wartburgkreis tatsächlich von der Szene, die wir haben also klassische Neonazi-Szene hin zur Neuen Rechten, haben wir ganz verschiedene Akteure.“ (I2.1)

„Und dann gibt's auch im Hintergrund noch andere Gruppen, die aber nicht mehr so in Erscheinung treten, aber die wir zumindest uns anschauen müssen. [...] Das heißt wir haben hier auch eine Öffnung zu einem völkischen Milieu, die allerdings – soweit mir das aktuell bekannt ist – nicht mehr durch Aktivitäten in Erscheinung treten. [...] Aber uns sind aktuell keine politischen Aktivitäten bekannt. Also wir können nicht sagen, ob da Veranstaltungen stattfinden. Was aber auch nicht verwunderlich wäre, denn dieses völkische Siedlermilieu oder diese Völkischen sind sehr, sehr abgeschlossen. Die machen nun nicht ganz so viel nach außen hin. Kurz um, ich würde es eher so formulieren: wir wissen nichts davon.“ (I2.1)

4. Rechtsextreme Immobilien und Trefforte

Die wichtigste rechtsextreme Immobilie in Eisenach ist das sogenannte „Flieder Volkshaus“ in der Katharinenstraße 147a (vgl. MOBIT 2018a, 2018b: 16), das 2014 für 120.000 Euro erworben und zur NPD-Landeszentrale erklärt wurde (Wieschke: „Es wird mehr als eine Geschäftsstelle, es wird das nationale Zentrum.“, ebd.) und wo seitdem u. a. die NPD-Landesparteitage stattfinden. Es ist „ein wichtiger Stützpunkt der Neonazis nicht nur in der Stadt, sondern in der gesamten Region“ (Haak 2019), der „überregional als Anlaufpunkt für die Szene Bedeutung“ besitzt (MOBIT 2020a). Über das Haus schrieb der Thüringer Verfassungsschutz:

„Das dortige ‚Flieder Volkshaus‘, in dem sich auch die Landesgeschäftsstelle der Thüringer NPD befindet, entwickelte sich in den vergangenen Jahren zu einem rechtsextremistischen Zentrum. Hier fanden Parteiaktivitäten, rechtsextremistische Musik-, Vortrags- und Kampfsportveranstaltungen sowie subkulturelle Treffen statt. Veranstaltungen, wie Tage der offenen Tür, Discoabende, Familien- und Straßenfeste kam eine sog. Türöffnerfunktion gegenüber dem bürgerlichen Spektrum zu. Bereits seit 2018 ist das Objekt Teil der bundesweiten ‚Schutzzonenkampagne‘ der NPD, die Räume zum ‚Schutz vor Gewalt, Bedrohung und Verfolgung‘ bieten will. Die NPD versuchte hiermit, bestehende Ängste in der Bevölkerung vor gesteigerter Kriminalität durch Zuwanderer aufzugreifen.“ (AfV 2020: 25, vgl. AfV 2018: 45)

„Das ‚Flieder Volkshaus‘ ist ein typisches Beispiel für die Schaffung eines rechtsextremistischen Hotspots, in dem Parteiaktivitäten, subkulturelle Veranstaltungen, Kampfsport und Wirtschaftsinteressen verschmelzen und sich verschiedene Strömungen des Rechtsextremismus vernetzen.“ (AfV 2019: 30)

Daneben gilt die online als „Erlebnisgastronomie“ beworbene Gaststätte „Bull’s Eye“ in der Mühlhäuser Str. 61a mit ihrem als rechtsextrem bekannten Betreiber als wichtiger Treffort der lokalen Neonazi-Szene – und die nähere Umgebung folglich als eine Art Angstraum für „linke“ bzw. nicht-rechte Eisenacher:innen, die dem Feindbild von Rechtsextremen entsprechen. Der Thüringer Verfassungsschutz schrieb dazu in seinem Bericht 2019 über Eisenach allerdings:

„In der Folge spitzten sich dort politische Auseinandersetzungen zu. Am 18. September wurde ein Farbbeutelanschlag auf das „Flieder Volkshaus“ verübt. Wenig später, am 19. Oktober, wurde die Szenekneipe ‚Bull’s Eye‘ Ziel eines Angriffs und am 14. Dezember kam es zu einem Überfall auf dessen Betreiber. Wieschke organisierte daraufhin am 19. Dezember eine Kundgebung unter dem Motto ‚Stoppt die Gewalt!‘ in Eisenach.“ (AfV 2020: 27, vgl. ebd.: 103 f.)²²

²² Im November 2020 machte die Festnahme einer 25-jährigen Leipzigerin aus der linken Szene Schlagzeilen. Sie wird verdächtigt, im Zusammenhang mit dem Angriff auf das „Bull’s Eye“ und dessen Betreiber als ‚Rädelsführerin‘ agiert zu haben (TAZ 2020). Am 11. Januar 2021, nach Abschluss dieses Forschungsberichtes, kam es zu einem erneuten Anschlag auf die Lokalität, bei dem ein Fenster eingeschlagen, ein Sprengsatz gezündet und die Fassade mit dem Schriftzug „Fight Nazis every day“ beschmier wurde. Die mutmaßlichen Täter:innen veröffentlichten im Internet Videoaufnahmen von der Tat sowie ein Bekennterschreiben (Maxwill 2021).

Als weitere Trefforte von radikal und extrem rechten Personen und Gruppen nannten unsere Interviewpartner:innen mehrere Kneipen bzw. Gaststätten in der Stadt, die nicht von Szene-Angehörigen betrieben werden, aber „rechtsoffen“ seien.

Das „Flieder Volkshaus“ ist vor allem als Veranstaltungsort für rechtsextreme Musikveranstaltungen relevant und in der Szene daher ein beliebter Anlaufpunkt. Im Zeitraum 2014 bis 2017 war die NPD-Landeszentrale auf Platz 3 der Veranstaltungsorte mit den meisten Rechtsrock-Konzerten in Thüringen (Best et al. 2018: 50), nach dem Gasthaus „Goldener Löwe“ (Kloster Veßra, Landkreis Hildburghausen) und der „Erlebnisscheune“/„Erfurter Kreuz“ (Kirchheim im äußersten Norden des Ilmkreises). Von 2014 bis 2018 fanden in Eisenach insgesamt 27 rechtsextreme Musikveranstaltungen statt (zum Vergleich: im Wartburgkreis keine Veranstaltungen; im Landkreis Hildburghausen, d. h. in Kloster Veßra und Themar, 56 Veranstaltungen; im Ilmkreis, d. h. in Kirchheim, 44 Veranstaltungen; in Erfurt 28 Veranstaltungen; vgl. Best et al. 2019: 10, 51). Die MOBIT-Chronik²³ für das Jahr 2019 registrierte im „Flieder Volkshaus“ acht Konzerte, Liederabende und Discopartys, außerdem ein sogenanntes Zeitzeugengespräch mit einem ehemaligen SS-Mann und musikalischer Begleitung durch einen Liedermacher im April sowie weitere politische Veranstaltungen. Auch der Thüringer Verfassungsschutz erwähnt für 2019 mehrere rechtsextreme Musikveranstaltungen in Eisenach, darunter ein Konzert im Juni mit ca. 80 Teilnehmer:innen, einen Liederabend im Juli, ein weiteres Konzert mit ca. 80 Teilnehmer:innen im August, ein Konzert im Oktober mit ca. 50 Teilnehmer:innen und ein Konzert im November mit ca. 100 Teilnehmer:innen (AfV 2020: 42 f.).

Bis zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Forschungsberichtes dokumentierte MOBIT im Jahr 2020 mindestens vier Discopartys und Liederabende in der Immobilie. Rechtsrock-Konzerte werden häufig als politische Versammlungen angemeldet, um sie unter Ausnutzung des Versammlungsrechts stattfinden zu lassen. Der Umstand, dass das „Flieder Volkshaus“ in privater Hand der NPD ist und diese somit das Hausrecht innehat, schränkt den rechtlichen Spielraum zur Verhinderung der Konzerte durch Ordnungs- bzw. Versammlungsbehörde und Polizei erheblich ein. Im Juli 2019 wurde versucht, ein Konzert als private Party zu deklarieren, die Veranstaltung wurde dennoch von der Polizei aufgelöst. Ende November 2020 wurde öffentlich bekannt, dass die Polizei die Kosten für diesen Einsatz dem verantwortlichen NPD-Funktionär Sebastian Schmidtke (Bundesorganisationsleiter der NPD) in Rechnung gestellt hat: ein Präzedenzfall des behördlichen Vorgehens, gegen den die NPD sich juristisch zu wehren versucht (Hemmerling/Kendzia 2020).

Neben den Musikveranstaltungen haben die o. g. Kampfsportaktivitäten im „Flieder Volkshaus“ den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen:

„[I]m Oktober 2018 fand das Jahresabschlusstreffen der Organisatoren des „Kampf der Nibelungen“ (KDN) in der NPD-Geschäftsstelle in Eisenach statt. Beim KDN handelt es sich um das größte neonazistische Kampfsport-Event in Deutschland [...]“ (MOBIT 2019a)

²³ <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/> (geprüft: 31. Januar 2021).

„Es sei alles andere als ein Zufall, dass die rechtsextreme Kampfsportgruppe Knockout 51 seit Anfang 2019 in diesem Haus trainiere, sagt [ein Betroffener rechtsextremer Gewalt, Anm. A.S.]. Gleichzeitig sei die Immobilie aber immer wieder auch ein Anlaufpunkt für ‚Menschen aus der sogenannten bürgerlichen Mitte‘, wenn dort Familienfeste oder Ähnliches stattfänden.“ (Haak 2019)

Den letztgenannten Aspekt bestätigten mehrere unserer Interviewpartner:innen:

„Es zeigt sich, dass die Katharinenstraße [147a] doch schon fast den Eindruck macht, dass ob sie so ein Stück weit Stadtteilzentrumscharakter hat. In der Art und Weise wie für mich, ich sag mal Angebote, niederschwellige Angebote für Kinder, also wir hatten zum Beispiel auch [...], dass die daneben liegende Schule mal eine Veranstaltung gemacht haben und fürchterlich erschrocken waren, als die Lehrerinnen berichteten, dass die Kinder in der Pause oder in der Mittagspause da öfters mal ins braune Haus gehen. Das ist für mich so der Hinweis, dass so auch bei dem was bei uns manchmal gepostet wird durch Leute, die Zugriff auf die entsprechenden Medien haben. Wenn es dann um irgendwelche Diskoabenden oder irgendwas geht, was jetzt nicht einen politischen Charakter hat. Das kommt ja außerdem noch zu, dass politische Veranstaltungen dort stattfinden, aber für mich ist der Eindruck, der sich sonst so erstellt, dass es wirklich so der Charakter eines Stadtteilzentrums dort sehr erfolgreich gepflegt wird. Und das halte ich eigentlich für einen sehr... für eine sehr bedenkliche Entwicklung, weil damit natürlich eine Kundschaft gebunden wird, die ich dann auch in einem relativen ruhigen... in einer relativ ruhigen Art und Weise auch die politischen und auch gewaltaffinen Bereiche reinziehen kann.“ (I1.1)

„Aber es ist schon wirklich gut besucht. Na also, wenn da eine Hüpfburg steht. Wenn die Bratwürste braten werden, wenn's Kinderschminken gibt, dann kommt das einfach gut an. Das wird gut angenommen.“ (I3.1)

Im Wartburgkreis gilt mindestens eine Gaststätte in Wutha-Farnroda/OT Mosbach als regelmäßiger Anlaufpunkt von Rechtsextremen (vgl. Best et al. 2018: 41): „[...] eine Kneipe [...], wo seit Jahrzehnten sich Neonazis und Reichsbürger treffen“ (I2.1). Es kann davon ausgegangen werden, dass Rechtsextreme aus der Region regelmäßig die Eisenacher Lokalitäten frequentieren und entsprechende Kontakte zwischen Rechtsextremen aus der Wartburgstadt und dem Umland bestehen:

„Aber die jungen Neonazis, die kommen eigentlich auch aus dem ganzen Landkreis und teilweise sogar noch manche etwas über die Grenze aus Hessen, weil das ist ja da alles sehr eng. Da gehen, wenn ich das richtig weiß, manchmal auch Leute, die in Hessen eigentlich wohnen in Eisenach auf eine Schule. Nicht in Eisenach, sondern im Wartburgkreis. Das heißt wir haben Leute, die kommen aus Mihla. Ich erinnere hier an den Skandal in der Schule letztes Jahr in Mihla beim Abschluss.²⁴ Da kommen Leute aus Herleshausen, da waren junge Leute dabei aus Gerstungen und so weiter. Das heißt also eigentlich hat sich gerade die Jugendszene immer aus der Region... aus der Region

²⁴ Eine Abschlussklasse der dortigen Regelschule hatte für ein Gruppenfoto mit einem Plakat posiert: „Trotz Verbot nicht tot“ – der Slogan von Blood & Honour. Der dafür hauptverantwortliche Schüler sei „über Jahre hinweg [...] in den Strukturen [der rechtsextremen Szene bzw. Subkultur Eisenachs] aktiv“ (I4.1) gewesen.

rekrutiert, wenn sicherlich auch ein gewisser teilmäßiger Schwerpunkt bei Leuten lag, die direkt in Eisenach wohnen oder aus Eisenach kamen.“ (I2.1).

„Aber an sich kommen die dann irgendwann alle hier in Eisenach an. Weil es hier diese Immobilie gibt, weil es hier andere ‚coole‘ Nazis gibt, mit denen man sich anfreunden kann [...]. Das sammelt sich einfach irgendwann hier.“ (I3.1)

5. Rechtsextreme Aktivitäten und Gewalt

Im Zeitraum 2014 bis 2018²⁵ fanden in Eisenach insgesamt 36 rechtsextreme Demonstrationen und mindestens 62 weitere öffentliche Aktionen von Rechtsextremen statt (vgl. Best et al. 2019: 51).²⁶ Hauptprotagonistin: die NPD. Die MOBIT-Chronik für das Jahr 2019 nennt zahlreiche Aktivitäten, darunter Infostände Wieschkes, Müllsammelaktionen, Demonstrationen, Mahnwachen und andere Kundgebungen. 2020 war die öffentliche politische Betätigung von Rechtsextremen stark durch ihre Beteiligung an sogenannten „Spaziergängen“ gegen die Corona-Auflagen geprägt. Wieschke habe diese „als Privatperson“ (I8.1) initiiert bzw. für die Teilnahme geworben, ohne eine formale Demonstration anzumelden. Besonders zu Anfang der wöchentlich wiederholten „Spaziergänge“ seien „erschreckend viele Menschen mitgelaufen“ (I8.1). Darüber hinaus gab es mindestens eine von Wieschke organisierte Demonstration mit ca. 30 Teilnehmer:innen im Juli, bei der eine angebliche Vergewaltigung einer Eisenacherin durch Asylsuchende rassistisch instrumentalisiert wurde (MOBIT 2020c). Kurze Zeit später stellte sich heraus, dass die Frau eine Falschaussage getroffen hatte.

Im Zeitraum 2014 bis 2018 fanden in Eisenach mindestens 13 registrierte Sachbeschädigungen mit rechtsextremen bzw. rassistischen oder antisemitischen Tathintergründen statt (vgl. Kapitel 3; Best et al. 2019: 51),²⁷ wobei in dieser Zählung nur schwerwiegende Fälle Beachtung fanden und z. B. nicht die unzähligen, meist kleineren Graffiti, Stencils oder Aufkleber, deren Anbringung rechtlich den Tatbestand der Sachbeschädigung erfüllt. Im Oktober 2018 hinterließen Unbekannte auf dem Bürgersteig vor dem Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Kati Engel (Die Linke) Kreideumrisse einer Person mit der Beschriftung „Alesa“ (Alternative Linke Eisenach) und dunkelroten Farbflecken, die wie Blut wirken sollten – eine deutliche Botschaft (Zlotowicz 2018). Auch 2019 und 2020 kam es in Eisenach zu mehreren rechtsextremen Graffiti usw. (vgl. Kapitel 6, MOBIT 2020c).²⁸

Die erfassten Straftaten im Bereich der „politisch motivierten Kriminalität rechts“ (PMK-rechts) nach Angaben des Landeskriminalamtes Thüringen spiegeln dieses Aktivitätsniveau wider (Abb. 3), wobei allerdings nicht für jedes Jahr eine Aufschlüsselung von Gewalt- und Propagandadelikten öffentlich verfügbar ist (z. B. Volksverhetzung nach §130 StGB oder das Zeigen von Symbolen verbotener Organisationen nach §86a StGB bei Demonstrationen oder Musikveranstaltungen). Eisenach wiesen im Zeitverlauf (mindestens seit 2014) relativ stabil landesweit die höchsten Kriminalitätsziffern

²⁵ Der Forschungsbericht 2020 des Topografie-Projektes (KomRex der FSU Jena) mit den Kreisstatistiken und vollständigen Vergleichsdaten für das Berichtsjahr 2019 war bis zum Redaktionsschluss dieses Forschungsberichtes (31. Januar 2021) noch unveröffentlicht.

²⁶ Wartburgkreis: 19 Demonstrationen, fünf öffentliche Aktionen, drei interne Veranstaltungen.

²⁷ Wartburgkreis: 6 Sachbeschädigungen.

²⁸ Im Wartburgkreis, d. h. in Dermbach und bei Gerstungen, sei es laut Interviewpartner:in I4.1 u. a. 2019 zu Hakenkreuz- bzw. SS-Runen-Schmierereien gekommen. Auch in Vacha seien rechtsextreme Stencils und Sticker im Stadtbild sichtbar.

in diesem Phänomenbereich auf (vgl. Best et al. 2019: 40), der Wartburgkreis hingegen (bis 2018) die niedrigsten. Dies lässt nicht nur gewisse Erfassungslücken oder eine geringere Sensibilität für dortige Vorfälle vermuten, sondern dürfte ein weiteres Indiz für die „Sogwirkung“ der Wartburgstadt auf ihr Umland sein.

	Eisenach		Wartburgkreis	
	Fallzahl	pro 1.000 Einwohner:innen	Fallzahl	pro 1.000 Einwohner:innen
2014	43	1,0	21	0,2
2015	59	1,4	30	0,2
2016	66	1,6	41	0,3
2017	70	1,7	33	0,3
2018	53	1,2	24	0,2
2019	60	1,4	46	0,4
Gesamt	351	8,3	195	1,6

Abbildung 3: PMK-rechts in Eisenach und im Wartburgkreis 2014–2019, Quelle: Best et al. 2019: 39²⁹

	Nötigung, versuchte Körperverletzung	Körperverletzung	Motiv: Rassismus	Motiv: gegen pol. Gegner/ Nicht-Rechte	Gesamt 2014-2018	Gesamt 2019
Eisenach	15	17	8	24	33	7
Wartburgkreis	1	6	5	3	8	3

Abbildung 4: Von ezra erfasste Angriffe in Eisenach und im Wartburgkreis 2014–2018; ausgewählte Deliktgruppen und vermutliche Tatmotive; vgl. Best et al. 2019: 51, ezra 2020

²⁹ Angaben für 2014–2018; ergänzend: <http://www.topografie.komrex.uni-jena.de/> (geprüft am 31. Januar 2021).

2018 registrierte das LKA ein Gewaltdelikt im Phänomenbereich PMK-rechts, doch die Opferberatung ezra erfasste im gleichen Jahr sechs Körperverletzungen in ihrer Opfer- bzw. Beratungsstatistik. Insgesamt fiel in Eisenach in den letzten Jahren ein im Vergleich zu vielen anderen Thüringer Kreisen auffällig erhöhter Anteil berichteter Angriffe gegen politische Gegner:innen bzw. Nichtrechte auf, die „in den Fokus von Nazis“ (I5.1) gerieten. Dennoch waren immer wieder auch rassistisch motivierte Angriffe zu konstatieren und dabei ist eine Dunkelziffer zu vermuten (Abb. 4). In den letzten Jahren habe es Einzelfälle „massiver rassistischer Anfeindungen“ (I5.1) in der Wartburgstadt und dem Umland gegeben. Es wird angenommen, dass es vor Ort Betroffenen rassistischer Angriffe, vor allem Asylsuchenden, nicht leichtfällt, sich an Behörden und Beratungsstellen zu wenden.

Das Gefährdungspotenzial durch gewalttätige Rechtsextreme sei „hoch“ und „dauerhaft“ (I5.1), ähnlich dem in Saalfeld-Rudolstadt (vgl. Best et al. 2018, 2019). Durch Bedrohungen, Einschüchterungen und Angriffe existieren seit Jahren Gefahren- und Angsträume für Betroffene in Eisenach, die „gemieden“ werden bzw. „wo man vorsichtig sein“ (I5.1) müsse. Aufgrund der Überschaubarkeit der Stadt „kenne man sich“ (I5.1) z. B. aus Schulkontexten, wüssten teilweise Täter:innen und Betroffene gegenseitig voneinander sogar die Namen und Wohnadressen. Die Täter:innen sind meist jüngere Rechtsextreme:

„Die haben sich im Prinzip ausgezeichnet dadurch, dass sie anders aussehende oder anders zu denkende Jugendliche im Stadtgebiet, ja, mit Gewalt bedroht haben oder auch Gewalt ausgeübt haben. Ich kenne das selber aus dem Freundeskreis, dass ein Mädchen davon betroffen war. Was dann zu Folge hatte, [...] dass die Polizei eher den Kieker auf die Jugendlichen hatte, die dort Opfer waren. Als, dass es zu einer im Prinzip auf den Jugendlichen der oder auf die beiden Jugendlichen, die da die Gewalt ausgeübt hat, sich darauf konzentriert hatte. Also, da gibt es offensichtlich Gewalt gegenüber Gleichaltrigen. Die als Gegner angesehen werden.“ (I1.1)

Gemäß der Wahrnehmung einer:s anderen Interviewpartners:in:

„ist es schon so, dass gerade diese jüngeren Neonazis tatsächlich sehr viel Raum einnehmen in der Stadt durch regelmäßige kontinuierliche Bedrohungen. Also, man kann sich das vielleicht so vorstellen, dass ganz viele Leute, die eben nicht dieser Szene angehören und auch aktiv dagegen sind zum Beispiel ganz oft auch bedroht fühlen, bedroht werden. Und angepöbelt werden, beleidigt werden und aber auch körperlich schon ziemlich häufig auch angegriffen wurden. Und das prägt natürlich auch ziemlich krass, sag ich mal, das Stadtbild und macht einen bestimmten Raum. Und genau diese jungen Neonazis sind ja auch alle dort in die Schulen gegangen, die geben das auch weiter an die Jüngeren, die derzeit auch noch in den Schulen sind und so weiter. Also das wird gerade noch so weitergetragen. Und tatsächlich nehmen die einfach in den Schulen, aber eben auch in der kompletten Stadt viel Raum ein.“ (I2.2)

Anhand der Vorfälle der letzten Jahre lässt sich eine individuelle und kollektive Radikalisierungsdynamik nachzeichnen:

„Das heißt wir konnten da so peu à peu seit 2013 die Organisation einer neuen Jugendgruppe beobachten. Und die hat eine zunehmende Radikalisierung hingelegt. Das ist ganz spannend, weil wir können anhand der Straftaten, die veröffentlicht wurden vom Innenministerium sehr gut sehen, wie Radikalisierung da auch über Straftaten funktioniert. Heißt: Die ersten erfassten Straftaten sind durch die Bank weg ohne Ausnahme Sachbeschädigung. Graffiti, Schmierereien mit Stiften, Sachbeschädigung etc. Und umso länger das dauert, umso mehr nehmen dann die Gewaltdelikte zu. Also, wir können das da ganz gut sehen: der Organisationsgrad nimmt zu, die Einbindung in die bundesweite Szene, die Besuche auch von bundesweiten Veranstaltungen, Demos etc. nimmt zu. Und dann gibt es da auch vor Ort eine Radikalisierung, so dass man eben sagen kann so ab 2017/18 war nicht nur die Zahl der Straftaten deutlich höher, sondern auch die Art der Straftaten veränderte sich von Sachbeschädigung hin weiter zu Körperverletzung, schwere Körperverletzung, Waffendelikten, Versammlungsdelikten. So, dass man dann auch von einer Radikalisierung sprechen kann, die erst langsam beginnt zurückzugehen, als eine staatliche Repression dann peu à peu stattfindet. Ja also jetzt gab's ja einige Gerichtsverfahren. Es gibt Bewährungsstrafen.“ (I2.1)

Insgesamt erinnere die Situation an „Erfahrungen aus den 1990er-Jahren“ (I5.1). Viele Eisenacher:innen stünden der Virulenz der Gewalt bzw. den kriminellen Aktivitäten mit rechtsextremer Tatmotivation allerdings eher indifferent gegenüber, weil sie ihrem eigenen Erfahrungshorizont nicht entsprächen:

„Und wenn man nicht genau Leute kennt, die aktiv davon betroffen sind oder durch Zufall mal in so eine Geschichte reinkommt, wird man gar nicht glauben was da wahrscheinlich passiert.“ (I1.1)

Auch von anderer zivilgesellschaftlicher Seite wurde in diesem Sinne beobachtet: „Die Betroffenen rechter Gewalt haben weder Aufmerksamkeit noch Unterstützung aus weiten Teilen der Eisenacher Bevölkerung erfahren“ (MOBIT 2019b). Das Problem sei „bagatellisiert“ und „relativiert“ (I5.1) worden, Betroffene fühlten sich „nicht ernstgenommen“ (I5.1). Außerdem werden mitunter defizitäre Reaktionen von Polizei und Justiz beobachtet und kritisiert:

„Wenn man dann zur Polizei geht, ist es dann die Frage, wie nehmen die Beamtinnen diese entsprechende Gewalttat dann auch auf. Da sind wir bei dem Thema, ich sag mal Einordnung. Ist es politisch motivierte Gewalt oder nicht, ja? Da ist man ja auch ziemlich schnell dabei zu sagen: Das ist halt irgendeine Prügelei.“ (I1.1)

„Wie hart oder lasch Polizisten in der Stadt gegen rechtsmotivierte Straftäter vorgehen, hängt nach Einschätzung von Ramon [Pseudonym eines von rechtsextremer Gewalt Betroffenen; Anm. A.S.] und [der Landtagsabgeordneten] König-Preuss maßgeblich von Personen ab. So berichten beide davon, dass es einzelne Beamte und Polizeiführer gäbe, die der Szene durchaus hart zusetzen; während andere die Bedrohung völlig unterschätzten. Als er und sein Freund in dem Schnellimbiss angegriffen worden seien, sagt Ramon, seien zwei Polizisten nach 15 Minuten am Tatort aufgetaucht. Einer der Beamten hätte seinem geschlagenen Freund dann mit Blick auf die Aufnahme einer Anzeige gesagt: ‚Kommen Sie in den nächsten Tagen mal auf eine Dienststelle.‘“ (Haak 2019)

Die Anzeigebereitschaft durch die Betroffenen sei – laut einer:s Interviewpartners:in aus der Beratungspraxis – in Eisenach „relativ hoch“ (I5.1). Kam es in der Vergangenheit zu Strafverfolgung von rechtsextremen Gewalttättern bzw. zu Gerichtsprozessen gegen Neonazis, zeigten sich die Verflechtungen und der Zusammenhalt in der rechtsextremen Szene:

„Also sehr gute Netzwerke, sehr gut organisiert, seit Jahren dabei. Das sehen wir auch immer dann, wenn bei Gericht Verfahren sind, dass dann einschlägige Anwälte da sind. Das alles darauf hindeutet, dass es hier eine sehr feste Einbindung und Anbindung an die Szene gibt und man hier auch Unterstützung erfährt aus der Szene heraus. Präsenz übrigens von Unterstützern vor Gericht. Die war auch bei Prozessen in Eisenach immer relativ groß und teilweise aus verschiedenen Szenen, also Fußball, Neonazis. Bei den letzten Prozessen, die ich gesehen habe waren teilweise bis zu zehn, 15 Unterstützer:innen mit vor Ort.“ (I2.1)



**DURCH BEDROHUNGEN,
EINSCHÜCHTERUNGEN
UND ANGRIFFE
EXISTIEREN SEIT
JAHREN GEFAHREN-
UND ANGSTRÄUME
FÜR BETROFFENE IN
EISENACH.**

6. Rassismus und Antisemitismus

Rassismus und sogenannte „Fremdenfeindlichkeit“ in Eisenach richten sich – latent und manifest – gegen Migrant:innen, Asylsuchende und andere rassistisch abgewertete Personen. Die krassen Formen der Abwertung und Diskriminierung, nämlich gewaltsame Angriffe, wurden im vorhergehenden Kapitel benannt. Die Agitation gegen Asyl und Migration hat besonders in den letzten Jahren auch in der Wartburgstadt und dem sie umgebenden Landkreis zugenommen. Umso wichtiger sind die Sichtbarmachung und Wahrnehmung der Betroffenenperspektive, diese kann aber im vorliegenden Forschungsbericht nicht geleistet werden. Selbstverständlich gibt es in Eisenach aber nicht nur Rassismus oder „“, sondern vor allem auch viele positive Beispiele für gelungene und gelingende Integration und multikulturelles Miteinander. Dazu dürfte beigetragen haben, dass Asylsuchende grundsätzlich dezentral in der Stadt untergebracht sind anstatt in Sammelunterkünften. Migrant:innen und Muslim:innen erfahren aus der Stadtgesellschaft Unterstützung:

„Und was ich vorhin sagte, auch die, die sich fürs jüdische Leben engagieren, die engagieren sich genauso für muslimisches Leben in Eisenach. Und versuchen da im Prinzip auch die Geflüchteten ins Stadtleben mit einzubeziehen. Das klappt sogar relativ gut. Das haben wir bei uns beim Nachbarschaftszentrum. [...] Aber es gibt genauso, und da glaub ich sind wir nicht viel anders wie jede andere bürgerliche urbane Gesellschaft, gibt es genauso die Vorurteile... fremdenfeindliche Vorurteile, wie wo anders auch.“ (I1.1)

In Wieschkes NPD-Propaganda wird Eisenach hingegen zum „gallischen Dorf“ gegen „Islamisierung“, „Überfremdung“ und „Asylbetrug“ ausgerufen: „Wir Eisenacher wehren uns“, „weil wir anders sind“³⁰. Dass dies in der Kommunalwahl offenbar eher verfiel als abschreckte, ist bezeichnend für Wieschkes Wähler:innen, lässt aber im engeren Sinne keinen Rückschluss auf (besondere) „Eisenacher Verhältnisse“ an sich zu (vgl. Kapitel 10). Allerdings tritt rassistische und asylfeindliche Hassrede verstärkt u. a. in sozialen Netzwerk-Kanälen bzw. Online-Gruppen mit lokalem und regionalem Bezug zutage (vgl. Kapitel 7).

Antisemitismus ist eng mit der langen Eisenacher Stadtgeschichte verwoben und stellt bis heute eine Herausforderung für die lokale Erinnerungskultur und Gedenkpraxis dar. Zu nennen ist zum einen der unterthematisierte Antisemitismus völkisch-nationalistischer Prägung der Burschenschaften seit dem frühen 19. Jahrhundert, weil die lange Tradition (und Kontinuität) der Burschenschaftstreffen der DB in der Stadt bis heute weitgehend entpolitisiert wird und diese als touristisch-folkloristisches Spektakel erscheinen (vgl. Kapitel 8).³¹ Zum anderen muss ein Aspekt

³⁰ http://www.npd-wartburgkreis.de/?page_id=1092 (NPD-Werbespot zur Stadtratswahl 2019; geprüft: 31. Januar 2021).

³¹ In Eisenach trifft sich traditionell auch der Wingolfsbund, ein eigenständiger Dachverband von Studentenverbindungen, dessen gefallenen Angehörigen auch ein eigenes Denkmal in der Stadt gewidmet ist. Da der Wingolf anders als die DB zu bewerten ist, ist er kein Gegenstand des vorliegenden Forschungsberichtes.



Lionel C. Bendtner
@LCBendtner

In #Eisenach wurde ein Imbiss in der Mühlhäuser Straße mit Hakenkreuzen besprüht. Auch ein sich in der Nähe befindliches unbewohntes Backsteinhaus wurde mit antisemitischen Morddrohungen beschmiert @Report_Antisem (Fotos: Facebook)



06:33 · 18.09.20 · Twitter for Android

Abbildung 5: Meldung über antisemitische bzw. neonazistische Schmierereien im September 2020; Quelle: Twitter

erwähnt werden, der die Wartburgstadt zwar keineswegs exklusiv betrifft, sie aber doch in eine besondere historische Verantwortung stellt: Die Auseinandersetzung innerhalb und außerhalb der evangelisch-lutherischen Kirche mit Luthers aggressivem Antisemitismus war und bleibt relevant – insbesondere vor dem Hintergrund der geschichts- und kulturpolitischen Vereinnahmung des Reformators und der Instrumentalisierung seiner Schriften in der Zeit des Nationalsozialismus. Zwischen 1939 und 1945 war Eisenach Sitz des „Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ (kurz: „Eisenacher Institut“ oder „Entjudungsinstitut“), das auf Betreiben der sogenannten „Deutschen Christen“ von den evangelischen Landeskirchen eingerichtet worden war. 2019 wurde eine Gedenkinstallation mit der Inschrift „Wir sind in die Irre gegangen ...“ eingeweiht, die an das Institut und seine Funktion erinnert (Süddeutsche Zeitung 2019). Die evangelische Kirche und die Stiftung Lutherhaus Eisenach arbeiten diesen Teil der Stadt- und Kirchengeschichte kritisch und umfassend auf (vgl.

Birkenmeier/Weise 2020) und beleuchten dabei auch die problematischen Seiten Luthers, die vielen Besucher:innen der Wartburg und der Innenstadt wahrscheinlich verborgen bleiben dürften. Allerdings wurden in Eisenach in den letzten Jahren 100 Stolpersteine verlegt, die an während der NS-Zeit verfolgte und ermordete Jüdinnen und Juden erinnern (Eisenach Online 2019). Die Verlegung und Pflege der Stolpersteine ist ein wichtiger Aspekt des lokalen demokratischen zivilgesellschaftlichen Engagements. Andere Spuren jüdischen Lebens, dessen wechselvolle Geschichte in Eisenach bis ins 12. Jahrhundert zurückreicht (Alemannia Judaica 2020), sind hingegen in der national-romantischen, mittelalterlich anmutenden Kulisse relativ rar gesät: Bei den Novemberpogromen 1938 wurde auch die Eisenacher Synagoge zerstört. In den letzten Jahren kam es wiederholt zur Schändung der Gedenkstätte (in der Karl-Marx-Straße), die an den Sakralbau und die Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bürger:innen in der Shoah erinnert. 2020 kam es erneut zu antisemitischen Vorfällen bzw. Botschaftstaten in Eisenach (vgl. Abb. 5).

7. Online-Aktivitäten

Neben den bereits erwähnten Websites des NPD-Kreisverbandes und der NPD-Stadtratsfraktion unterhalten Wieschke und andere Eisenacher Rechtsextreme individuelle Accounts bzw. Profile auf Facebook oder Instagram, wo zumindest Wieschke relativ regelmäßig Beiträge verfasst oder Sharepics teilt. Auch Knockout 51 sind in den sozialen Medien aktiv, z. B. auf Instagram, um dort ihre Kampfsportaktivitäten bzw. -veranstaltungen zu bewerben. Welche Kanäle und Plattformen bei rechtsextremen Online-Aktivitäten mit lokalem bzw. regionalem Bezug im Einzelnen relevant sind und wie sie konkret genutzt werden, lässt sich schwer überblicken: Es unterliegt einer hohen Fluktuation und ist zum Teil davon abhängig, wie viel Öffentlichkeit die Akteur:innen damit wirklich beanspruchen bzw. erzielen wollen:

„Seit 2015 verfügten die Gruppen, die gewechselt haben, immer über Facebook-Präsenzen. Man muss allerdings dazu sagen, dass aktuell alles weg ist. Weil seit der Berichterstattung über die Kontakte zur Atomwaffen Division haben die sich öffentlich aufgelöst. Also die Profile, die jetzt noch vorhanden sind, sind Privatprofile. Organisatorisch haben sie sich zumindest dem Schein nach aufgelöst, was Quatsch ist, weil die Veranstaltungen immer noch stattfinden, aber genau, also die haben eigentlich immer schon auch Homepages genutzt.“ (I2.1)

Wieschke, andere Neonazis und Eisenacher:innen mit erkennbar asylfeindlichen bis rassistischen Einstellungen waren in den letzten Jahren in offenen und geschlossenen lokalen Facebook-Gruppen aktiv, die in typischer Art allgemeine nachbarschaftliche Newsboards, Kontaktzentralen und Chaträume für alle Bürger:innen darstellen, als solche gedacht waren oder es zumindest vorgaben. Die zumindest auszugsweise einsehbaren Beiträge lassen allerdings erkennen, welche politische Schlagseite so manche Diskussion dabei erhielt und welcher Art der „Meinungsfreiheit“ dabei gefrönt wurde:

„Ich weiß, dass es in Facebook gibt es eine relativ berühmte ... berühmt berüchtigte Facebookgruppe Interessantes aus Eisenach, in der ich mich nach zwei Tagen selber wieder verabschiedet habe, weil ich gemerkt habe, was da abgeht.“ (I1.1)

„Also die Gruppe ist nicht von Neonazis gegründet worden, aber die sind dort Mitglied und bei dem einen oder anderen Thema auch... Wieschke diskutiert da sehr, na relativ häufig mit. Bei dem ein oder anderen Thema äußern die sich dort auch. Man muss eigentlich dazu sagen, dass dadurch auch gar nicht so viel nötig ist, weil die Gruppe halt schon – soweit ich das irgendwie kenne - ideologisch einen klaren Rechtseinschlag also viele der Themen wie sie dort diskutiert werden besonders in Bezug auf Flüchtlinge beispielsweise dürften nicht so fern liegen von dem was die Szene da so wie so gern hätte. Aber ja, wenn es zum Beispiel konkret um die Szene geht oder beispielsweise die Berichterstattung, wie ich schon mehrfach erwähnt hab, über die Kontakte zur Atomwaffen Division, dann haben sich dort Nazis auch immer selbst geäußert. Es gibt da überhaupt keine Abgrenzung.

Also die Gruppe fährt da wirklich einen absolut ‚offenen Umgang‘ und lässt dort Nazis auch klar mitdiskutieren. Und die Kontakte zwischen denen, die die Gruppe führen und der rechten Szene in Eisenach scheinen auch weit darüber hinaus zu gehen, als dass man sich nur in irgendeiner Gruppe so zufällig getroffen hat.“ (I2.1)

„Und davon gibt’s noch mehrere Gruppen. Zum Beispiel eine Gruppe Sicherheit für Eisenach, die ist noch relativ groß. Da hat sich dann so eine Bürgerwehr zusammengetan und dann hier abends und nachts durch die Stadt getingelt ist. Um zu gucken, was denn die bösen Ausländer alles so machen, um das natürlich da auszuschlachten in diesen Gruppen.“ (I3.2)

Nachvollziehbarerweise spiegeln die sozialen Netzwerke die lokalen und regionalen personellen Netzwerke wider: Online- und Offline-Rechtsextremismus bedingen und stabilisieren sich gegenseitig. Problematisch ist dies u. a., weil eine scheinbare bzw. bewusst suggerierte Meinungsführerschaft bzw. diskursive Dominanz in virtuellen Räumen hoch funktional ist, wenn es Rechtsextremen darum geht, sich als organischer und aktiver Teil der Stadtgesellschaft zu geben, der sich für die Geschehnisse vor Ort, die Meinungen und das Leben der Bürger:innen interessiert und diese vertritt und vor allem: ihre lokale bzw. regionale Identität teilt. Die Facebook-Gruppen als virtueller Ort der Herstellung von Öffentlichkeit und Kommunikation zwischen Bürger:innen können somit für die Verbreitung und Normalisierung rechtsextremer Ideologiefragmente, Deutungsangebote bzw. Einstellungen genutzt werden.

8. Ambivalente Normalisierung und das Toleranzparadox

8.1 Problembewusstsein oder Indifferenz?

Wie bereits eingangs diskutiert, hat Wieschke durch sein „Lokalkolorit“ nicht nur Freiräume für rechtsextreme Aktivitäten schaffen können, sondern zu einer fragwürdigen Normalisierung des Rechtsextremismus in Eisenach beigetragen. Ein:e Interviewpartner:in beschreibt dies als Strategie der „Verbürgerlichung“:

„Das heißt also ganz wichtig zu sein scheint für die... für den Erfolg vor Ort, dass es eine Person ist, die nicht zugezogen ist. Das scheint schwieriger zu sein, sondern jemand von da, der die Probleme kennt, der die Leute kennt, der mit Leuten aufgewachsen ist und man war zusammen in der Schule. Und dann hat man Freunde und Freundeskreise und so weiter. Und gleichzeitig hat Wieschke in Eisenach schon seit vielen Jahren (unverständlich) eine absolute Verbürgerlichungsstrategie gefahren. Ja, also es wird berichtet von Leuten vor Ort, wenn Wieschkes Leute besoffen auf irgendwen loswollten, also linke politische Gegner, dann hat Wieschke die vor Jahren noch zurückgehalten. Das hat sich mittlerweile wohl ein bisschen geändert. Aber da hat Wieschke die zurückgehalten, weil der absolut die Kontrolle haben wollte über die Außendarstellung der eigenen Szene. Der hat das wirklich sozusagen, da auch konsequent durchgezogen, weil er wusste, dass er damit mehr Erfolg hat. Also eigentlich quasi, das was wir von der NPD-Strategie seit Ende der 90er Jahre kennen hat der Wieschke par excellence in Eisenach umgesetzt. Absolute Verbürgerlichung.“ (I2.1)

Folglich ergibt sich für eine:n andere:n Interviewpartner:in der Eindruck,

„dass der Rechtsextremismus schon ein Stück weit in der Stadtgesellschaft sich verfestigt hat. Was auch damit zusammenhängt, dass er eben nicht in seiner gewaltaffinen Form auftritt, sondern sich eher wirklich in diese bürgerlich anbietende Form, ja ich will nicht sagen: einschleicht, aber im Prinzip die Anknüpfungspunkte, die du zur bürgerlichen Gesellschaft eigentlich hast. Diese hier in Eisenach, aus meiner Sicht, recht effektiv nutzt. Und damit der eigentliche politische und menschenverachtende Charakter rechtsextremistischer Akteure und auch Strukturen in Eisenach in den Hintergrund gerät. Und das halte ich für sehr gefährlich, weil damit auch eine zunehmende Akzeptanz der Akteurinnen einfach damit einher geht. Und das auch dazu führt was im Prinzip den ... das was den Rechtsextremismus eigentlich ausmacht dann ein kleines Stück weit als nicht mehr so verfassungs- und gesellschaftsfeindlich angesehen wird.“ (I1.1)

Ambivalent ist die zumindest partielle Normalisierung, weil bei den demokratischen Akteur:innen und vielen Bürger:innen in der Stadt doch großes Problembewusstsein herrscht, diesem aber z. T. große Ignoranz, Indifferenz oder Resignation gegenübersteht:

„Und es gibt vor allen Dingen auch eine Riesenanzahl an Leuten, denen es einfach schlicht egal ist. Und davon lebt natürlich die NPD auch, weil jeder der sozusagen ihnen auch mit einer gewissen Gleichgültigkeit... oder sie einordnet in sozusagen das offene, freie Meinungsspektrum, der tut ihnen natürlich erst mal nichts Böses. Deswegen glaube ich so ein bisschen geteilte Stadt.“ (I2.1)

„Na, so im Großen und Ganzen gibt's vielleicht den demokratischen Konsens, dass man sagt: ‚Okay. Nazis sind nicht gut. Die wollen wir hier nicht haben.‘ Und dann hört's auch schon auf. Also es gibt einfach nur diese Meinung von dem Großteil, es gibt aber nichts Offensives in diese Richtung. Na, und dann die Hardcore-Nazifans, die es hier gibt, die freuen sich natürlich darüber, dass es so viele Möglichkeiten gibt, hier seine Ideologie auszuleben. Und besonders groß wird die Empörung halt immer dann wenn Gewalttaten verübt werden. Da schreien dann alle auf: ‚Ach Gott, das gibt's hier? Das hätten wir nicht gedacht.‘ Und auch groß war die Empörungswelle, als es so massiv zugenommen hat mit Aufklebern und mit Graffiti. Aber eben nicht, weil der Inhalt irgendwie schwierig oder kritisch zu betrachten ist, sondern einfach, weil es Schmierfinken sind und die schöne Stadt verunreinigen. Was man eben aus ganz vielen anderen Städten auch kennt. Also das ist dieses furchtbar lahme, gutbürgerliche, dass man sagt: ‚Ne, ne, die wollen wir nicht haben.‘ Aber man macht einfach nichts dagegen.“ (I3.1)

Wieschke und die NPD sind eine Provokation für Demokrat:innen und gerieren sich gemäß ihrer Parteilinie als „Stachel im Fleisch“ der demokratischen Parteien. Über die Jahre ist allerdings ein Gewöhnungseffekt eingetreten; „keine Leck-mich-am-Arsch-Stimmung“ (I7.1), doch ein Verhalten nach dem Motto: „Kämpfe keinen Kampf, den Du nicht gewinnen kannst“ (I7.1). Letztlich erscheinen einigen die rechtsextremen Strukturen und Aktivitäten offenbar als ein Ärgernis, das kaum zu ändern ist und nur von relevanteren Dingen und dem kommunalpolitischen „Tagesgeschäft“ ablenkt, wenn man ihm zu viel Aufmerksamkeit schenkt und damit wohlmöglich unbeabsichtigt noch einen Gefallen tut. Die Beharrlichkeit rechtsextremer Akteur:innen und die Kontinuität rechtsextremer Strukturen mag suggerieren, dass Widerstand dagegen nur begrenzt sinnvoll bzw. zweckdienlich sei, sondern auch kontraindizierte, verstärkende Effekte zeitigen könne. So werde unter Umständen nur die Reaktanz, Provokationslust und Attraktivität einer extrem rechten Positionierung und Selbststilisierung als „Systemopposition“ und „Gegenkultur“ genährt. Daraus ließe sich dann der verhängnisvolle Irrtum schlussfolgern, dass man sogar Intoleranz ein Stück weit erdulden müsse. In Eisenach scheint sich der Gewöhnungseffekt also in der Fiktion der Angemessenheit von weitgehender Passivität niedergeschlagen und ein fatales Signal für ein „Weiter so“ an die Rechtsextremen gesendet zu haben.

Die Normalität des Rechtsextremismus in Eisenach hängt außerdem entscheidend mit der Konstruktion des vermeintlich Unpolitischen in der Alltagspraxis und des kulturellen Lebens zusammen. U. a. zeigt sich dies im Rahmen des alljährlichen „Eisenacher Sommergewinns“, eines beliebten Volksfestes:

„Wenn du das miterleben willst, musst du mal wieder zu einem Sommerkommers kommen, wenn die mal wieder stattfinden. Zum einen ist das eine Parade, wirklich, des Ehrenamtes in Eisenach. Das ist der positive Teil, noch die Zeit und das Engagement, das da reingesteckt wird, das kannst du nicht bezahlen. Auf der anderen Seite ist dieser unpolitische Anspruch – wir sind ja keine politische... wir haben ja nichts Politisches – führt dann dazu, dass manche Wachleute am späten Abend dann in Thor-Steinar-Klamotten da rumrennen.“ (I1.1)

Kritik daran und die Forderung, dass sich der „Sommergewinn“ deutlicher gegen Rechtsextremismus positionieren solle, wurde (nach Aussage einiger Interviewpartner:innen) von Seiten des Trägervereins offenbar abgewehrt bzw. neutralisiert, indem der „unpolitische“ Charakter der Veranstaltung betont wurde, sodass eine „für Eisenach typische Situation“ entstanden sei, in der:

„das Thema Politik so ausgeblendet wird, dass rechte Einstellungen eigentlich als bürgerliche Einstellungen letztendlich dann sich entwickeln. Und deswegen ist es bei den Schwergewichten des Eisenach Engagement oder des Eisenacher bürgerlichen zivilen Engagements – also Vereine, Ehrenamt – ist es ganz schwierig dieses Thema Rechtsextremismus als Demokratie und auch gesellschaftsgefährdendes Thema mit rein zu bringen. Sondern es wird immer in diesem... im politischen Spektrum... es wird immer über das politische Spektrum bewertet. Nämlich rechts und wenn ich gegen rechts bin, muss ich auch gegen links sein.“ (I1.1)



Abbildung 6: Normalität von Nazi-Graffiti im öffentlichen Raum; Quelle: Foto: privat

Aus anderer Perspektive hat sich zumindest die „Sommergewinnszunft“, der Trägerverein des Volksfestes, insofern „eindeutig positioniert“ (I81.), als dass es gelungen sei, Wieschkes „Anschlussversuche“ partiell zu konterkarieren: Ausgerechnet eine große Schießbude wurde beim Volksfest so platziert, dass sie das „Flieger Volkshaus“ verdeckte: „Da hat er zwar wütend geschäumt und hat die Zunft auch verklagt, ist aber abgeblitzt“. (I8.1)

Teil der ambivalenten Normalität in Eisenach sind die rechtsextremen Graffiti bzw. Schmierereien. Werden sie an öffentlichen Gebäuden angebracht, können sie von den Stadtbetrieben problemlos entfernt werden, bei Privatgebäuden müssen hingegen die Eigentümer:innen angesprochen werden (auch im Rahmen der „Aktion Saubere Stadt“). In der Vergangenheit gab es mehrere Bemühungen, z. B. vonseiten des Bürgerbündnisses gegen rechts, die Sensibilität dafür zu erhöhen und Partner:innen zum Handeln zu motivieren. So konnten beispielsweise Trafo-Häuschen der Energieversorgungsgesellschaft mit Stadtmotiven versehen werden „und die sind dann auch nicht mehr mit politischen Parolen beschmiert worden“ (I8.1). Einen ambivalenten Eindruck hinterließ bzw. „für Ärger sorgte“ (I8.1) hingegen eine von der Stadt geförderte Aktion des Kunstvereins im Jahr 2019, bei der ein Künstler zusammen mit „sprayaffinen“ Eisenacher Jugendlichen eine Bahnunterführung umgestalten wollte: Einer der Beteiligten entpuppte sich ausgerechnet als einer der o. g. rechtsextremen Gewalttäter. „Das einzige, fast Positive ist, dass zumindest dieser Durchgang bisher nur einmal so richtig schlimm wieder besprüht wurde mit einer politischen Parole, das ist in der Zwischenzeit wieder weg[gemacht worden], sodass an dieser Stelle auch wieder Ruhe ist“ (I8.1). Mitunter entsteht allerdings der Eindruck, dass rechtsextreme Graffiti in Eisenach bisweilen zwar entfernt werden, weil sie ein ästhetisches Ärgernis darstellen, aber nicht danach gefragt wird, wieso sie eigentlich immer wieder auftauchen und was die maßgeblichen Gründe dafür sind. Ein bieder müllsammelnder Wieschke oder Höhn wäre mit einer solchen Orientierung auf „Ordnung und Sauberkeit“ durchaus kompatibel:

„Resignation, Gewöhnung, Duldung irgendwie sowas. Ja: Duldung, Gewöhnung, irgendwie Ignoranz. Weil es ja nicht sein kann, was nicht sein darf. Und Eisenach ist doch so eine schöne Stadt. Und letztendlich ist es ja egal wer da mithilft, dass Eisenach wieder sauber ist. Hauptsache die Stadt ist sauber und die Touristen kommen.“ (I1.1)

„Das treffen wir oft in Eisenach an, weil die politische Dimension nicht eingeordnet wird, sondern das sind Schmierfinken. Weil selbst Wieschke hat sich ja öffentlich mehrfach geäußert, dass er gegen Schmierereien ist, ja? Also das ist ja ein Stück weit auch absurd, wenn man es genau nimmt. Muss er natürlich auch. Verbürgerlichungsstrategie und so weiter. Das heißt, wir haben die Engagierten, die das natürlich problematisieren. Wir haben ein paar Antifaschisten vor Ort. Dann hast du wieder den großen Teil der Bevölkerung, den stört es nicht, dass da Nazi-Kiez steht. Die stört einfach, dass da jemand die blöde Wand angemalt hat.“ (I2.1)

Bezeichnend ist der Umstand, dass die zahlreichen Schmierereien teilweise sogar den „Linken“ zur Last gelegt wurden. So berichtet ein:e (parteigebundene:r) Interviewpartner:in von einem Gespräch mit einer Eisenacherin,

„die sagte: ‚Das tut ihrer Partei nicht gut, wenn sie so viele ‚Nazikiez‘-Graffitis überall hin sprühen.‘ Wir haben eine halbe Stunde gebraucht um der Frau zu erklären, dass das nicht Linke machen, sondern, dass das wirklich Nazis sind, die das dahin sprühen. Um ihren Kiez da irgendwie kenntlich zu machen. Und ganz viele Leute denken halt einfach, das haben wir dann da wirklich so am eigenen Leib gemerkt, dass ... die denken, dass Linke ‚Nazikiez‘ irgendwo hinsprühen, um einfach darauf hinzuweisen, da geht der Nazikiez los.“ (I3.2)

8.2 Eisenach und die Treffen der Deutschen Burschenschaft

Im Kontext des Umgangs mit Rechtsextremismus in Eisenach ist das Phänomen der langjährigen Burschenschaftstreffen bzw. deren über 200 Jahre alten (und seit der Deutschen Einheit 1990 wieder aufgenommenen) Traditionslinien relevant. Da Eisenach selbst keine Universität besitzt und mit der 2017 gegründeten Dualen Hochschule Gera-Eisenach (davor: Berufsakademie) ein erst sehr junger Hochschulstandort ist, gibt es kein ortsansässiges Verbindungswesen. Doch durch das Burschenschaftsdenkmal und die für die deutsche Nationalstaatsgeschichte wichtigen Wartburgfeste 1817 und 1848 war und ist Eisenach eine wichtige Koordinate im Bezugssystem der Studentenverbindungen. Die Deutsche Burschenschaft (DB)³² unterhält ihr Büro in der Löberstraße 14 in Eisenach. Burschenschaften sind durch ihre hohe institutionelle Stabilität und Kontinuität bedeutsamer Teil der „Mosaikrechten“ und Bindeglied bzw. Scharnier zwischen „konservativ-bürgerlichen“, „national-liberalen“, „neurechten“ bzw. „jungkonservativen“ und rechtsextremen bzw. neo-nationalsozialistischen Akteur:innen, Institutionen und sozio-politischen Milieus (vgl. Kurth/Weidinger 2017). Die DB gilt aufgrund ihrer reaktionären, „völkisch-deutschnationalen“ (I6.1), d. h. ultranationalistischen Ausrichtung als besonders radikal: Zuletzt sorgten 2013 in diesem Dachverband diskutierte Vorstöße erneut für Schlagzeilen, die bereits zuvor eine Mitgliedschaft an eine „deutsche Abstammung“, an „deutsches Blut“ (I6.1) koppeln sollten. In den Medien wurden diese daher mit dem rassistischen „Ariernachweis“ aus der Zeit des Nationalsozialismus verglichen – und führten zum Austritt unzähliger „liberaler“ Einzelverbindungen (vgl. Spiegel Online 2013). Die sogenannte Burschenschaftliche Gemeinschaft, der „Rechtsaußenflügel“ (I6.1) innerhalb der DB, gibt spätestens seitdem den Kurs vor, auf den die verbliebenen Einzelverbindungen „eingeschwenkt“ (I6.1) sind. Über einige personelle und strukturelle Verflechtungen der DB mit der radikalen „Neuen Rechten“ und Neonazis gibt auch ein:e andere:r Interviewpartner:in Auskunft:

„Und hier sieht man dann eben ganz gut, wie weit dann auch die Netzwerke funktionieren, wenn man die extreme Rechte ein bisschen fasst unter... also als soziale Bewegung betrachtet oder wie sie selber sagt als Mosaik-Rechte. Dann schauen wir auf die Deutsche Burschenschaft und sehen Torben Braga, heutiger [Thüringer] Landtagsabgeordneter der AfD, war 2015 noch Vorsitzender [korrekt: Sprecher, Anm. A.S.] der Deutschen Burschenschaft. Philip Stein, heute Chef der extrem rechten Bürgerinitiative Ein Prozent, die auch in Marbach bei Erfurt schon Holzkreuze gegen den Moscheebau aufgestellt hat, war jahrelang Pressesprecher der Deutschen Burschenschaft. Das heißt das Burschenschaftsmilieu ist ein bisschen zu Neonazi-Szene - ich erinnere nur daran, dass beispielsweise [der Sachse] Michael Schäfer, das betrifft jetzt nicht unbedingt Thüringen, dass Michael Schäfer der ehemalige Chef der JN [Junge Nationaldemokraten, der NPD-Jugendverband – Anm. A.S.] heute Mitarbeiter von Ein Prozent ist und eben Philip Stein natürlich massiv mit seiner Ein Prozent-Initiative auch Wahlkampf-Unterstützung leistet für die AfD. Und dann eben auch Neonazis dort mitarbeiten, wie Michael Schäfer von der NPD ehemalig. Dass wir über diese Burschenschaftsnetzwerke zur AfD eben auch bis hin zur Neonazi-Szene ein Übergang haben.“ (I2.1)

³² <https://burschenschaft.de/> (geprüft: 31. Januar 2021).

Innerhalb der DB gibt es eine Reihe von Einzelverbindungen (in Deutschland und in Österreich), deren Angehörige weitreichende Kontakte in die Neonazi-Kameradschaftsszene, zur NPD und anderen rechtsextremen Organisationen unterhalten. Sie vertreten unverhohlenen antiliberalen, völkisch-nationalistische, geschichts- und gebietsrevisionistische Positionen und laden u. a. Holocaustleugner:innen sowie ehemalige Wehrmacht- oder SS-Angehörige als „Zeitzeug:innen“ (des Zweiten Weltkriegs) zu Vorträgen in ihren Verbindungshäusern ein. Folgt man dieser (ideologie-)kritischen Einschätzung, stellen die langjährigen Burschenschaftstreffen der DB die kontinuierlichsten und mit am stärksten frequentierten Versammlungen des gesamten rechtsradikalen Spektrums dar. In Eisenach, wo die DB noch 2019 im Fackelschein zum Burschenschaftsdenkmal zog, „wusste [man] zwar um die Bedeutung dieses Verbandes“ (I6.1), doch galten dessen Traditionspflege und Auftreten vielen Bürger:innen als ein skurriler Teil der touristischen Kultur („Theater“, „mit dem Degen in die Kirche laufen und überhaupt“, I7.1). Man habe es distanziert mit „einer amüsierten Gelassenheit“ und „mit einem süffisanten Lächeln auf dem Gesicht“ „ausgehalten“ (I7.1). „Die Gruppe der Empörten [war] relativ klein“ (I7.1). Vor allem jedoch sei das Spektakel eine lukrative Einnahmequelle des Gastgewerbes gewesen: „[D]ie Lokale waren ausgebucht“ (I6.1). Missfallen erregten allerdings der elitäre Habitus der „arrogante[n] Studenten“ (I6.1) und die obligatorischen Saufexzesse der Studenten („dass die drei Tage [...] Ausnahmezustand war, dass jedes Taxi vollgekotzt wurde und Frauen sich auch besser nicht nachts auf der Straße sehen lassen sollten“, I6.1). Doch politische Kritik am Burschenschaftstreffen der DB – oder gar Protest dagegen – war offenbar für beträchtliche Teile der Stadtbevölkerung kaum nachvollziehbar. Dass die Burschenschaftstreffen der DB seit 2016 nicht mehr in Eisenach stattfinden, sondern im benachbarten Seebach, sei vor allem der Oberbürgermeisterin zu verdanken, die damit Kritik und Unverständnis auf sich zog:

„Hat das Katja Wolf dann schon in einem gewissen ... also sich hat das schon gemacht, dass sie gesagt hat: Wir kündigen den Vertrag für die Aßmann-Halle. Also sie hat den Shitstorm auch ausgehalten. Den Shit-Storm, muss ich sagen, der Eisenacher Wirtschaft, die gesagt hat: Ja, das sind ja wirtschafts... die das rein wirtschaftlich betrachtet hat. Die überhaupt gar keine gesellschaftliche oder auch, ich sag jetzt mal, ethisch-moralische Dimension bei dem Ganzen gehabt, sondern für die es halt nur so war, dass da – guck mal ein Wochenende um Pfingsten rum, da kommen ein paar Leute, die sind ein bisschen bunt angezogen und die trinken und die übernachten und die bringen Geld in die Stadt. Also dieses klassische Touristengedöns.“ (I1.1)

Dass jedoch nicht einfach „patriotisch“ gesinnte, bunt kostümierte und trinkfreudige Studenten beherbergt wurden, kann den Eisenacher:innen nicht völlig entgangen sein, da „[...] man besser nicht an den Kneipen vorbeiging, wenn man irgendwie wusste, dass ‚Sieg Heil‘ strafbar ist“ (I6.1). Die Normalität des Rechtsextremismus in Eisenach ist deshalb ambivalent und paradox, weil seine Gelegenheitsstrukturen und Erscheinungsformen teilweise nicht benannt, teilweise offenbar noch nicht einmal erkannt wurden und werden.

9. NPD und AfD

Die durch zivilgesellschaftliche Beobachtung und politik- und sozialwissenschaftliche Analysen gestützte Position, nach der die NPD das „Original“ und die AfD eine neuere „Kopie“ (oder vielmehr: Variante) des populistisch auftretenden Rechtsextremismus darstellt, lässt sich in Eisenach u. a. an den Wahlergebnissen nachvollziehen (vgl. Kapitel 10):

„Schönes Beispiel sind eigentlich die Ergebnisse von Kommunalwahl und Europawahl letztes Jahr. Das war äußerst spannend, weil die AfD ja parallel angetreten ist zur NPD. Und wir dachten ok, da die AfD sich jetzt endlich in Eisenach auch raus traut und da zur Wahl antritt, wird das die NPD mit ihrem Wahlergebnis beeinflussen. Und das war ja nicht der Fall. [...] Aber der wirkliche Knaller war dann, als die Kommunalwahlergebnisse kamen. Die Kandidatinnen der AfD waren größtenteils unbekannt. Das heißt, die [rund] 20%, die die AfD bei der Europawahl bekommen hat, die war dann nur noch 10% [tatsächlich waren es allerdings rund 12%, Anm. A.S.]. Rund 10% bei der Kommunalwahl und die anderen 10% sind zur NPD gegangen. Weil dort die Akteure, die für den Stadtrat anstanden, einfach Menschen wie du und ich waren. Also wir haben da so geflächst und haben gesagt – auch wenn das eigentlich nichts zu flachsen ist – der [...] AfD-Wähler weiß, na der hat sein Kreuzchen bei der Europawahl bei der AfD gemacht, weil gegen Merkel und gegen das ganze Bild. So, bei der Kommunalwahl hat er gesagt: Oh, die Typen kenne ich nicht. Och, nehme ich Wieschke, den kenne ich.“ (I1.1)

Von den hier geäußerten Vermutungen über Wechselwähler:innen abgesehen, gilt zweifellos, dass die „Alternative“ als politische Kraft in den letzten Jahren in Westthüringen – wie anderenorts – enorm an Bedeutung gewonnen hat und mittlerweile eine wichtige Akteurin im Kontext der hier relevanten Problemlagen und Entwicklungen darstellt. Auch in Eisenach und im Wartburgkreis vertritt die AfD ihren migrations- und asylfeindlichen, nationalistischen und antiliberalen Kurs und versucht, sich dementsprechend bei der Bevölkerung mit ihren Politikangeboten zu profilieren. Als AfD-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Eisenach fungiert Susi Schreiber, neben ihr gehören drei weitere AfD-Abgeordnete dem Kommunalparlament an:

„Also, interessant ist noch AfD-Fraktion, die bei uns... also ich spreche jetzt mal den Stadtrat... [p]olitisch gesehen relativ unscheinbar sind, also die halten sich da sehr, sehr an die NPD. So wie die NPD abstimmt, stimmt auch die AfD ab. Was relativ interessant ist. Also die... da gibt's auch Gespräche untereinander, kriegt man immer wieder mit. Die begrüßen sich mit Handshake und alles. Also die haben sich sehr gerne hier.“ (I3.2)

Darunter sei

„[...] ein junger Stadtrat der AfD, der auch schon vor Jahren bei Demos von Wieschke mitgelaufen ist. Und jetzt eben durch die AfD da im Stadtrat gelandet ist. Und was bei dem relativ

interessant ist, der nimmt sich halt im Internet nicht wirklich zurück irgendwelchen Scheiß zu schreiben, so. Der hat unter anderem... es ging ja auch relativ durch die Medien, hat der auf einer Userin bei Facebook geschrieben: ‚Hoffentlich werden Sie auch mal von Ausländern vergewaltigt. Mal sehen, wie sie dann denken‘.“ (I3.2)

In der Region „kämpft“ der AfD-Kreisverband Westthüringen beispielsweise „[e]ntslossen gegen Windkraft im Wald“³³ und versucht auffällig, die Abhängigkeit Eisenachs und des Wartburgkreises von der Automobilbau- und Zulieferindustrie in ihrem Sinne zu adressieren. Beispielsweise hielt die AfD-Landtagsfraktion in Kindel (Wartburgkreis) im Juli 2020 eine „Mahnwache“ ab. Sie setzte sich dabei „für den Erhalt des Verbrennungsmotors ein und stellt[e] sich an die Seite unserer Automobilindustrie und ihrer Arbeitsplätze“³⁴. Bereits bei einer Demonstration der Eisenacher „Opelaner“ zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze im April 2018 versuchten Björn Höcke und andere AfDler, sich dem Protest der Belegschaft anzuschließen bzw. ihnen gegenüber solidarisch zu zeigen – und wurden unter lauten Rufen der Metaller abgedrängt (Spiegel Online 2018).

Gregor Modos, der für die AfD in Eisenach zur Oberbürgermeisterwahl 2018 antrat und 15% der Stimmen erhielt (die NPD hatte keine:n Kandidat:in aufgestellt), gab in einem Kandidatenportrait im Vorfeld der Wahl gegenüber der Thüringer Allgemeinen (2018) an, dass er „der NPD ‚kritisch gegenübersteht‘. Diese habe ‚ein paar faule Eier in ihren Reihen‘. Aber auch in diesem Fall seien handelnde Personen für ihn entscheidend, müsse man ‚jeden Einzelnen‘ sehen. Wenn Anträge der NPD sachlich begründet seien, ‚könne man darüber reden.‘“ (Ebd.) Zur generellen Einzelunterbringung von Asylsuchenden in Eisenach hob er im gleichen Interview hervor, dass diese „viel Geld“ koste, dass bei Sammelunterkünften eingespart werden könne. „Ja, bisher seien es Einzelfälle, dass sich jemand nicht integriert habe. Aber man müsse darauf achten, dass es so bleibt. Er persönlich sehe Integration als Bringschuld an.“ (Ebd.) Im Mobilisierungsaufruf für die Antifa-Demonstration am 16. März 2019 wurde Modos wie folgt zitiert: „Linksextremismus ist in Eisenach eine große Gefahr, diese tritt massiv im Stadtbild auf.“³⁵

Stefan Möller, stellvertretender parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, hat sein Bürgerbüro in Eisenach. Torben Braga, der parlamentarische Geschäftsführer, besitzt ebenfalls einen erkennbaren langjährigen Bezug zu Eisenach – er ist „Germane“³⁶ und ehemaliger Sprecher der Deutschen Burschenschaft – ebenso wie sein Bundesgenosse Philipp Stein, Leiter des „neurechten“ Vereins Ein Prozent, der deutschlandweit Projekte, Initiativen, Kampagnen und subkulturelle Aktivitäten der radikalen und extremen Rechten initiiert und fördert (vgl. Spiegel Online 2015; Thüringen Rechtsaußen 2016; Fuchs/Middelhoff 2019). Die Eisenacherin Toska Kniese, Tochter des ehemaligen Sekretärs der Deutschen Burschenschaft

³³ <https://www.afd-thueringen.de/kv-westthueringen/2020/08/entslossen-gegen-windkraft-im-wald/> (geprüft: 31. Januar 2021).

³⁴ <https://www.afd-thueringen.de/kv-westthueringen/2020/07/motor-fuer-freiheit-und-wohlstand/> (geprüft: 31. Januar 2021).

³⁵ <https://irgendwoindeutschland.org/16-maerz-eisenach/> (geprüft: 31. Januar 2021).

³⁶ Umgangssprachliche Bezeichnung für Korporierte der Burschenschaft „Germania“ (hier: Marburg).

in Eisenach, Arnd Kniese (†2019),³⁷ ist AfD-Landtagsabgeordnete und Sprecherin ihrer Fraktion für Wirtschaft, Tourismus und Kultur. Ihr Anliegen sei es, „die Zukunft des Landes jenseits von Ideologie zu gestalten. Dazu zählt, die Kultur vom Austoben einer weltfremden ideologischen Kulturszene zu befreien und linke Netzwerke aufzudecken“³⁸. Sie knüpft damit an das in der AfD virulente Narrativ eines „neurechten Kulturkampfes“ an (vgl. Weiß 2017).

³⁷ Kniese war „vor Ort das Gesicht der DB“ (I6.1). Nach Knieses Tod seien „auch die entsprechenden AfD-Transparente und Plakate auf seinen Grundstücken in der Eisenacher Innenstadt verschwunden.“ (I1.1).

³⁸ <https://afd-thl.de/fraktion/abgeordnete/kniese-tosca/> (geprüft: 31. Januar 2021).



**AUCH IN EISENACH UND
IM WARTBURGKREIS
VERTRITT DIE AFD
IHREN MIGRATIONS-
UND ASYLFEINDLICHEN,
NATIONALISTISCHEN
UND ANTLIBERALEN
KURS UND VERSUCHT,
SICH DEMENTSPRECHEND
BEI DER BEVÖLKERUNG
MIT IHREN
POLITIKANGEBOTEN ZU
PROFILIEREN.**

10. Wahlverhalten und politische Einstellungen der Bevölkerung

Eines der prägnantesten Anzeichen für die Problemkonstellation des Rechtsextremismus im lokalen Kontext der Stadt Eisenach und im Wartburgkreis sind die überdurchschnittlich hohen Wahlergebnisse der NPD. Nachdem die NPD bereits in der Stadtratswahl 2014 mit einem Stimmenanteil von 7,4% drei Mandate erlangte, konnte sie ihr Wahlergebnis 2019 sogar noch verbessern (vgl. MOBIT 2020a): Ihr Stimmenanteil erhöhte sich auf 10,2% und folglich hält die rechtsextreme Partei seitdem vier Mandate im Stadtrat (Abgeordnete: Patrick Wieschke, Karsten Höhn, Dieter Müller und Marco Neumann). Auch bei Landtags-, Bundes- und Europawahlen erzielte die rechtsextreme und vom Verfassungsschutz beobachtete Partei in Eisenach deutlich höhere Stimmenanteile als in allen anderen Städten und Regionen Thüringens (vgl. Abb. 7 und 8). Dies ist insbesondere deshalb erklärungsbedürftig, da mit der AfD seit 2013 ein rechtspopulistisches Politikangebot besteht, das für Wähler:innen mit nationalistischen, asyl- und muslimfeindlichen und antiliberalen Einstellungen attraktiv ist, u. a. weil die AfD eine Selbststilisierung demokratischer „Bürgerlichkeit“ betreibt und als parlamentarischer Arm der „Neuen Rechten“ dem Image der neonazistischen NPD das Image einer „patriotischen Rechtsstaatspartei“ entgegensetzen versucht (vgl. Funke 2020).

	Eisenach	Wartburgkreis	Thüringen
AfD Bundestag Erststimmen 2013	-	-	2,0
AfD Bundestag Zweitstimmen 2013	5,0	5,0	6,2
NPD Bundestag Erststimmen 2013	5,9	4,6	3,7
NPD Bundestag Zweitstimmen 2013	4,8	4,0	3,2
AfD Europa 2014	5,0	6,2	7,4
NPD Europa 2014	5,5	4,7	3,4
AfD Kreistag 2014	-	-	0,6
NPD Kreistag 2014	7,4	5,9	k. A.
AfD Landtag Wahlkreisstimmen 2014	-	-	2,2
AfD Landtag Landesstimmen 2014	7,4	8,6	10,6
NPD Landtag Wahlkreisstimmen 2014	7,1	5,7	4,6
NPD Landtag Landesstimmen 2014	6,4	4,7	3,6
AfD Bundestag Erststimmen 2017	17,7	21,5	22,5
AfD Bundestag Zweitstimmen 2017	19,0	22,5	22,7
NPD Bundestag Erststimmen 2017	5,1	1,8	0,2
NPD Bundestag Zweitstimmen 2017	4,1	1,8	1,2

Abbildung 7: Stimmenanteile der AfD und der NPD bei Wahlen in Eisenach, im Wartburgkreis und in Thüringen 2013–2017; (in Prozent der gültigen Stimmen) Quelle: Landeswahlleiter Thüringen

	Eisenach	Wartburgkreis	Thüringen
AfD Europa 2019	20,0	22,9	22,5
AfD Kreistag 2019	11,7	16,5	17,7
AfD Gemeinderäte 2019	-	3,9	7,9
NPD Europa 019	4,6	1,7	1,0
NPD Kreistag 2019	10,2	2,3	k. A.
NPD Gemeinderäte 2019	-	vgl. Einzeldarstellung	k. A.
AfD Landtag Wahlkreisstimmen 2019	23,6	24,8	22,0
AfD Landtag Landesstimmen 2019	20,8	24,3	23,4
NPD Landtag Wahlkreisstimmen 2019	-	-	-
NPD Landtag Landesstimmen 2019	3,1	1,1	0,5

Abbildung 8: Stimmenanteile der AfD und der NPD bei Wahlen in Eisenach, im Wartburgkreis und in Thüringen 2019; (in Prozent der gültigen Stimmen) Quelle: Landeswahlleiter Thüringen

In Eisenach hat die AfD über die Jahre Stimmenzuwächse erzielen können – sie errang 2019 bei der Stadtratswahl 11,7% der Stimmen und damit vier Sitze im Stadtrat. Sie lag damit aber unter dem Landesschnitt, anders als im Wartburgkreis, wo die AfD ungefähr die gleichen Anteilswerte wie im Landesschnitt hatte. Bei den letzten Wahlen auf Bundes- (2017) und Landesebene (2019) war die AfD in der Wartburgstadt und im umliegenden Landkreis ähnlich stark wie in anderen Regionen des Freistaates. Gegenüber den vorherigen Wahlen hatte die NPD zwar ihre Anteilswerte z. T. halbiert, sie war aber nicht soweit „abgesackt“ wie andersorts und blieb damit überdurchschnittlich stark. Besonders für Eisenach gilt: Die AfD muss sich die Stimmen mit der NPD teilen, insofern letztere zur jeweiligen Wahl antritt bzw. Kandidat:innen aufstellt. Im Wartburgkreis wurde die anzunehmende Wähler:innenwanderung von der NPD zur AfD viel deutlicher, allerdings bleibt selbst hier die NPD erkennbar stärker als im Landesdurchschnitt.

Eine detaillierte Auswertung für die Gemeinden des Wartburgkreises kann an dieser Stelle nicht stattfinden. Allerdings lässt sich konstatieren, dass auch hier die Wahlergebnisse der NPD z. T. markant über dem Landesdurchschnitt liegen (vgl. Abb. 9). Im Kreistag des Wartburgkreises hält die NPD einen Sitz (2014: drei Sitze), hinzukommen vier kommunale Mandate in Gemeinderäten im Wartburgkreis: Die NPD hält in Dermbach zwei Sitze, in Mihla und Vacha jeweils einen Sitz im Stadt- bzw. Gemeinderat. Auf Thüringer Landesebene ist dies nur vergleichbar mit der Situation im Landkreis Hildburghausen, wo das rechtsextreme „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH) um den Bewegungsunternehmer und Gasthauswirt Tommy Frenck mit insgesamt elf kommunalen Mandaten in zehn Gemeindevertretungen und mit drei Sitzen im dortigen Kreistag vertreten ist.

Insgesamt zeigt sich in Eisenach und im Wartburgkreis eine überproportionale Affinität zur NPD – bemessen an der Zahl der Einwohner:innen bzw. der wahlberechtigten Bürger:innen – und damit eine relative Stabilität der Tendenz zur Wahl dieser rechtsextremen Partei. Wie die absoluten Zahlen der Wähler:innenstimmen zeigen (Abb. 10), gibt es in Eisenach vermutlich ca. 1.000 wahlberechtigte

Personen,³⁹ von denen anzunehmen ist, dass sie längerfristig eine relativ starke Parteibindung zur NPD bzw. geringe Volatilität (d. h. Wechselwähler:innenverhalten) aufweisen. Die Stimmenzahlen sind trotz der zeitlich z. T. stark versetzten Wahltermine relativ stabil und lassen deshalb auf einen großen Anteil von Wähler:innen schließen, die wiederholt NPD wählen. Indessen erscheint es wenig plausibel, dass sich ein beträchtlicher Teil dieser Wähler:innen bei der Wahl der Partei im Charakter dieser Partei „geirrt“ oder „getäuscht“ hat, kann dieser doch schon seit Langem, d. h. nicht erst seit den zwei gescheiterten Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und der damit verbundenen öffentlichen Berichterstattung, als allgemein bekannt vorausgesetzt werden. Es muss also andere Gründe für die Wahllaffinität geben, wobei das oftmals diskutierte Motiv einer radikalen Protestwahl, um damit ein drastisches Zeichen gegen eine vorgebliche „Misswirtschaft etablierter Parteien“ zu setzen, noch weniger überzeugend erscheint, seit die AfD die Repräsentation entsprechender Kritik an politischen Eliten und deren Politik relativ erfolgreich für sich reklamiert.

Die Hypothese, nach der die AfD sowohl bei den Thüringer Kreistags- und Landtagswahlen 2019 als auch zuvor bei der Bundestagswahl 2017 in ehemaligen NPD-Wahlhochburgen besonders erfolgreich war, ist empirisch auf Gemeinde-, Wahlkreis- und Landkreisebene gut belegbar: Die AfD hat vielenorts die NPD sozusagen „beerbt“ (vgl. Richter/Bötsch 2017; Richter et al. 2019a, 2019b, 2021). Das legt nicht nur Wechselwahlverhalten von NPD zur AfD nahe, sondern (aufgrund der ungleich höheren Stimmenanteile, als sie die NPD jemals erzielte) lässt die zusätzliche Aktivierung bzw. Mobilisierung solcher Wähler:innen vermuten, die ähnliche Wahlmotive teilten und denen die NPD aufgrund ihres Stigmas oder ihrer geringen Erfolgsaussicht unwählbar erschien. Die AfD schöpft dabei nicht unerheblich aus dem Reservoir ehemaliger Nichtwähler:innen und ist in Orten bzw. Regionen besonders erfolgreich, die relativ ungünstige demografische Strukturprognosen haben. Dies jedoch trifft im engeren Sinne weder auf die Stadt Eisenach noch den Wartburgkreis zu (s. u.). Des Weiteren waren weder in der Stadt Eisenach noch in den anderen Gemeinden markant erhöhte Anteile von Nichtwähler:innen festzustellen.

³⁹ Bei den Kreistagswahlen konnten bis zu drei Stimmen gleichzeitig abgegeben werden.

	Landtagswahl (Landesstimmen)	Gemeinde- ratswahl
Bad Liebenstein, Stadt	0,5	-
Bad Salzungen, Stadt (OT Ettenhausen a.d. Suhl)	0,5	-
Bad Salzungen, Stadt (ohne OT Ettenhausen a.d. Suhl)	0,7	-
Barchfeld-Immelborn	0,2	-
Berka v. d. Hainich	0,8	-
Bischofroda	2,2	-
Buttlar	0,6	-
Creuzburg, Stadt	2,4	-
Dernbach	1,6	9,1
Ebenshausen	0,7	-
Empfertshausen	0,4	-
Frankenroda	2,8	-
Geisa, Stadt	0,5	-
Gerstengrund	0,0	-
Gerstungen	1,1	-
Hallungen	2,6	-
Hörselberg-Hainich	1,1	-
Krauthausen	1,7	-
Krayenberggemeinde	0,9	-
Lauterbach	1,8	-
Leimbach	0,5	-
Mihla	3,5	7,0
Moorgrund	0,7	-
Nazza	2,7	-
Oechsen	0,3	-
Ruhla, Stadt	1,4	-
Schleiden	0,2	-
Seebach	1,1	-
Treffurt, Stadt	1,4	-
Unterbreizbach	1,2	-
Vacha, Stadt	1,8	6,6
Weilar	2,7	-
Werra-Suhl-Tal, Stadt	1,1	-
Wiesenthal	0,6	-
Wutha-Farnroda	1,7	-

Abbildung 9: NPD Wahlergebnisse im Wartburgkreis bei der Landtagswahl und bei den Gemeinderatswahlen 2019 (%); Quelle: Landeswahlleiter Thüringen

Landkreis bzw. kreisfreie Stadt	Bundes- tagswahl 2013		Kreis- tagswahl- len 2014	Landtagswahl 2014		Bundes- tagswahl 2017		Landtagswahl 2019		Kreis- tagswahl- len 2019
	Erst- stim- men	Zweit- stim- men		Wahl- kreis- stim- men	Lan- des- stim- men	Erst- stim- men	Zweit- stim- men	Wahl- kreis- stim- men	Lan- des- stim- men	
Eisenach	1337	1098	3844	1252	1140	1234	991	-	624	5886
Erfurt	3654	2647	5623	3115	2113	-	816	-	221	III. Weg: 1653
Gera	1651	1679	3914	1291	993	-	719	-	222	1169
Jena	853	898	-	724	543	-	272	-	105	-
Suhl	648	549	-	904	597	-	204	-	51	-
Wartburg- kreis	3352	2865	9767	3073	2566	1396	1402	-	688	4074
Weimar	960	756	2007	872	577	-	268	-	70	-

Abbildung 10: Wähler:innenstimmen der NPD in den kreisfreien Städten Thüringens und im Wartburgkreis (absolute Zahlen); Quelle: Landeswahlleiter Thüringen

Im Rahmen des Projektes „Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen“⁴⁰ am KomRex der Friedrich-Schiller-Universität Jena wurde des Weiteren gezeigt, dass es einen deutlichen statistischen Zusammenhang zwischen der räumlichen Konzentration von ethnozentrischen (d. h. fremdenfeindlichen und nationalistischen) Einstellungen entsprechend der Messung im Thüringen-Monitor und dem Anteil der AfD-Stimmen gibt (Best et al. 2019: 37ff.): Je größer der Anteil der Befragten in einer kreisfreien Stadt oder in einem Landkreis Thüringens war, die den Aussagen zur Erfassung ethnozentrischer Einstellungen zustimmten, desto höher waren die dortigen Stimmenanteile der AfD bei der Bundestagswahl 2017, bei der Landtagswahl 2019 und bei der Europawahl 2019. Allerdings waren ähnliche statistische Berechnungen für die Stimmenanteile der NPD aufgrund der äußerst geringen Anteilswerte und der fehlenden Datenpunkte (in Kreisen, wo die NPD nicht zur Wahl antrat) nicht möglich. Vor allem fällt auf: Selbst wenn die jeweiligen Anteilswerte der NPD und der AfD addiert würden, nähmen Eisenach und Wartburgkreis nur eine mittlere Position im Thüringer Kreisvergleich ein (AfD-Landesstimmenanteile bei der Landtagswahl im Altenburger Land: 28,8%;

⁴⁰ <https://www.komrex.uni-jena.de/topografie> (geprüft: 31. Januar 2021).

in Gera: 28,7%; in Erfurt: 17,8%; in Weimar: 14,8%). Bei den Einstellungswerten (sowohl ethnozentrische als auch neo-nationalsozialistische Einstellungen) der Bevölkerung laut Erfassung durch die „Topografie“ liegen Eisenach und Wartburgkreis im Landesmittel (ebd.: 51; Ethnozentismus: 39% in Thüringen; in Eisenach: 40%, im Wartburgkreis: 36%). Eine weitere Einschränkung besteht darin, dass die Anteile der neo-nationalsozialistisch ideologisierten Bevölkerung generell so gering sind und geringe Varianz aufweisen (ca. 8% in Thüringen; Eisenach und Wartburgkreis jeweils 9%), dass mit ihnen kaum statistisch stichhaltige Analysen möglich sind. Die Ursachen für die anhaltenden relativen Wahlerfolge der NPD in der Wartburgstadt und der Region lassen sich mit quantitativen Methoden bis auf Weiteres also nicht eruieren.

Es können lediglich Überlegungen und Vermutungen über die Gründe dafür angestellt werden, dass der „Vererbungsmechanismus“ in Eisenach – und in Einschränkungen im Wartburgkreis – „versagt“, d. h. die vermutete Wähler:innenabwanderung von NPD zur AfD bedeutend schwächer ausfällt als in anderen Regionen. Unabhängig von den Eindrücken unserer Interviewpartner:innen: Wirklich stichhaltige Aussagen könnten nur aufgrund repräsentativer Wahlnachbefragungen bzw. Bevölkerungsbefragungen vor Ort geleistet werden. Anzunehmen ist hier aber – wie bereits ausgeführt wurde – die hohe Bedeutung der Verankerung der NPD-Kandidat:innen und ihrer langjährigen Aktivität, die ihnen zum Vorteil gereicht. Demgegenüber steht vermutlich eine (bisher) relative geringe Bekanntheit und Attraktivität der örtlichen AfD-Kandidat:innen, denen (bisher noch) weniger Vertrauen entgegengebracht wird, die Interessen der Wähler:innen repräsentieren zu können oder deren Protestkalkül einer radikalen „Klatsche“ für demokratische Parteien hinreichend Ausdruck zu verleihen. Gemäß der NPD-eigenen Propaganda, „das Original“ darzustellen, bleiben die Partei und ihre Kandidat:innen sozialräumlich begrenzt also „erste Adresse“ für entsprechend ideologisierte Wähler:innen. Offenbar vermögen es Wieschke und seine Parteigenoss:innen, ihrem Wähler:innenklientel überzeugende Politik- bzw. Identifikationsangebote zu machen: die der authentischen, lokal verwurzelten Lokalpolitiker:innen „von nebenan“; „einem von uns“, mit dem man grundlegende politische Wertorientierungen, soziale Normvorstellungen und die lebensweltliche Alltagspraxis teilt. Diesen personellen Faktor bzw. akteurszentrierten Erklärungsansatz machten auch unsere Interviewpartner:innen stark (vgl. Kapitel 3).

Nicht verworfen werden kann dabei allerdings die Hypothese, dass die auffällig hohe Affinität zur NPD oder zumindest zu deren Vertreter:innen (bei „Ignoranz“ von deren Parteizugehörigkeit und ihrer politisch-weltanschaulichen Positionen) mit der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Eisenacher Bevölkerung zusammenhängt. Wie bereits diskutiert, sind diese Einstellungen nach Messung des Thüringen-Monitors zwar nicht auffällig gegenüber den Landesmittelwerten erhöht, allerdings stimmten im Zeitraum 2012 bis 2018⁴¹ ungefähr vier von zehn befragten Eisenacher:innen den Aussagen zur Erfassung ethnozentrischer Einstellungen und 9% den Aussagen zur Erfassung neo-nationalsozialistischen Aussagen zu; 21% der befragten Eisenacher:innen galten als rechtsextrem eingestellt, weil sie insgesamt jenen Aussagen mindestens überwiegend zugestimmt hatten (vgl. Best et al. 2019: 51). Wenn angenommen wird, dass sich die Wähler:innen radikal und extrem rechter

⁴¹ Der Forschungsbericht 2020 des Topografie-Projektes (KomRex der FSU Jena) mit den Kreisstatistiken, vollständigen Vergleichsdaten und Auswertungen zur Einstellungsmessung für das Berichtsjahr 2019 war bis zum Redaktionsschluss dieses Forschungsberichtes (31. Januar 2021) noch unveröffentlicht.

Parteien wie NPD und AfD aus entsprechend eingestellten Teilen der wahlberechtigten Bevölkerung speisen, stellt sich im Falle Eisenachs und des Wartburgkreises die Frage nach lokal spezifischen Ursachen für diese Einstellungen. Aus Untersuchungen wie dem Thüringen-Monitor (vgl. Reiser et al. 2019) ist bekannt, dass rechtsextreme Einstellungen auf individuelle und kollektiv geteilte sozioökonomische Personenmerkmale und davon abhängige Bewertungs- und Beurteilungsmuster zurückgeführt werden können. Ein immer wiederkehrender Befund der Forschung zu den Ursachen und Kontexten des Rechtsextremismus auf Einstellungsebene ist, dass Personen in subjektiv benachteiligten und prekarierten Lebenslagen in besonderem Maße zur Übernahme autoritären Ungleichwertigkeitsdenkens und ablehnenden Einstellungen gegenüber Demokratie und ihren politischen Institutionen tendieren. Entscheidend sind neben kulturell tradierten Grundorientierungen dabei die Wahrnehmung und Deutung der eigenen sozialen Situation, z. B. subjektive Deprivation, die Furcht vor Statusverlust oder das Gefühl von Orientierungslosigkeit, weniger die objektiv bestimmbare Verfügung über materielle Ressourcen. Dies erklärt, weswegen rechtsextreme Einstellungen in erheblichem Umfang in der sogenannten sozialen „Mitte“ und in privilegierten gesellschaftlichen Milieus geteilt werden und keineswegs ein Phänomen sind, das sich ausschließlich auf Armut, geringe Bildung oder eine Zugehörigkeit zur Schicht der „einfachen“ Arbeiter:innen und Angestellten zurückführen ließe. Wenngleich Thüringen nach wie vor als sozial relativ homogenes Bundesland gilt, lassen sich teils markante Einstellungsunterschiede nicht nur entsprechend der sozialen Schichtung der Bevölkerung nachzeichnen, sondern auch zwischen Städten, Kreisen und Regionen des Freistaates; deutlich tritt beispielsweise ein Unterschied zwischen urbanen Zentren und ländlichem Raum bzw. Wohnorten mit unterschiedlichen Ortsgrößen zutage (vgl. Best et al. 2017, 2018, 2019).

Auch für Eisenach ist anzunehmen, dass sich rechtsextrem eingestellte oder rechtsextremismusaffine Personen bzw. das Klientel der NPD nicht gleichmäßig über die Stadt verteilen, sondern es in bestimmten Wohnquartieren räumliche Konzentrationseffekte gibt:

„Was jetzt direkt die Territorien angeht, da kann ich jetzt nur so ein bisschen versuchen Rückschlüsse zu treffen aus den Ergebnissen der Kommunalwahl, die mir so ein bisschen im Kopf war. Weil wir hatten immer bei der Kommunalwahl den Fokus so ein bisschen auf die Umgebung des Flieder Volkshauses, das ist gerade Eisenach West. An sich im Lokalkolorit, sag ich mal, die Basis des Eisenacher Sommergewinns – ich gehe davon aus, dass du zu mindestens vom Eisenacher Sommergewinn schon gehört hast – und ein sehr intensiv gepflegter Eisenacher Lokalbrauch, der sich eigentlich ... überregional schon bekannt ist, aber der sehr ... gerade in Eisenach West sich verortet und von den Menschen dort mit sehr viel Engagement und auch Einsatz immer wieder gepflegt wird. Und erstaunlicher Weise ist gerade aber auch Eisenach West sehr starkes, was jetzt rechte Stimmen angeht in der Kommunalwahl und auch letztes Jahr in der Europawahl, ist es sehr starkes Zentrum.“ (I1.1)

„[U] und es war dann auch wirklich so, dass die Wahlergebnisse erstaunlicherweise in Eisenach Ost in einer ähnlichen Weise wirklich einen rechten Schwerpunkt dargestellt haben.“ (I1.1)

Es erscheint also zumindest plausibel, dass bestimmte Wohngebiete in der Stadt vergleichsweise höhere Anteile von rechtsextrem eingestellten Bewohner:innen aufweisen. Dies kann auf ambivalente Weise mit dem sozialen Profil dieser verknüpft sein, wobei eine probabilistische und keine

deterministische Beziehung vorliegt: Weder geht es darum, Rechtsextremismus als sozialstrukturell oder sozialräumlich begrenztes Problem zu charakterisieren, noch darum, Stadtteile und ihre Bewohner:innen pauschal zu klassifizieren. Allerdings war aufgrund von Analysen des Thüringen-Monitors beispielsweise nachweisbar, dass befragte Thüringer:innen aus Großwohnanlagen (Plattenbaugebieten), die im Durchschnitt über geringere sozioökonomische Ressourcen verfügen und sich öfter benachteiligt fühlen als z. B. die befragten Bewohner:innen von Innenstädten, tendenziell stärker fremdenfeindlichen Aussagen („Überfremdung durch Ausländer“) zustimmten (vgl. Best et al. 2018: 35 ff.). Multivariate Analysen legen allerdings nahe, dass dies auf die individuellen Benachteiligungsgefühle der jeweiligen Befragten zurückzuführen ist, also im eigentlichen Sinne der Wohnkontext selbst (z. B. der lokale Migrant:innenanteil, die Bewertung der verfügbaren Infrastruktur durch die Befragten) keinen messbaren Erklärungsbeitrag liefert, sondern die soziale Komposition der Befragtengruppen in den unterschiedlichen Wohnumgebungen maßgebend für die Einstellungsunterschiede ist (vgl. Best et al. 2018, Best/Salheiser 2021). Vereinfacht ausgedrückt: Dass sich Personen „abgehängt“ fühlen, hat weniger damit zu tun, wo sie leben und wie es dort ist, sondern mehr damit, wie sie selbst leben – und wie sie diese Situation deuten. Auch auf Kreisebene liefern Strukturkontexte, die mit öffentlichen Statistiken zu Durchschnittseinkommen, Wirtschaftsleistung, demografischem Wandel und Kriminalitätsentwicklung erfasst werden können, keinen oder einen allenfalls äußerst geringen Beitrag zur Erklärung der Ausprägung unterschiedlicher politischer Einstellungen, wenn man die individuellen Befragtenmerkmale kontrolliert (ebd.; vgl. Best et al. 2018). Prinzipiell können Einstellungsunterschiede ein räumliches Differenzial der Wahlentscheidung plausibilisieren, wie der o. g. statistische Zusammenhang zwischen der Verbreitung ethnozentrischer Einstellungen und AfD-Wahlentscheidung in Thüringer Kreisen zeigt. Ähnliche Analysen wären auch innerhalb einer Stadt sinnvoll, dafür benötigt werden jedoch möglichst feingliedrige und valide Raumdaten zu Bevölkerungsmerkmalen, Einstellungen und Wahlentscheidungen. Bedauerlicherweise liegen für Eisenach auf Stadtteil- bzw. Wohngebietsebene derzeit keine Daten vor, die eine solche Analyse ermöglichen. So bleibt es ratsam, nicht vorurteilsgeleitet von der Siedlungsstruktur bzw. dem konkreten Stadtquartier auf eine erhöhte Rechtsextremismusaffinität der dortigen Anwohner:innen bzw. Wähler:innen zu schließen:

„Aber was jetzt die Region angeht, ist das für mich wirklich Eisenach-Ost und Eisenach-West und gar nicht mal so, das was man eigentlich normalerweise denkt, die Plattenbaugebiete Eisenach-Nord oder bei uns im Westen die Stedtfelder Straße, das ist nochmal was anderes wie Eisenach West, da war das bei Weitem nicht so auffällig wie in diesen beiden Bereichen.“ (I1.1)

Auf Basis der für Eisenach, den Wartburgkreis und den Freistaat Thüringen vorliegenden repräsentativen Befragungsdaten des Thüringen-Monitors bzw. der „Topografie des Rechtsextremismus“ sind keine Auffälligkeiten hinsichtlich der Verbreitung von Einstellungsparametern und Befragtenmerkmalen beobachtbar, die auf eine spezifische Prädestination der Bevölkerung in der Westthüringer Region für den Rechtsextremismus hindeuten. Eine Einzelinterpretation der Datenpunkte „Eisenach“ und „Wartburgkreis“ ist jedoch nur begrenzt sinnvoll – bis auf die generelle Einordnung, dass durchschnittliche Werte vorliegen, während zum Beispiel in Weimar besonders niedrige, im Altenburger Land besonders hohe Rechtsextremismuswerte gemessen wurden. Eine hohe Ausprägung von Einstellungen der Ungleichwertigkeit, Demokratieferne und Demokratieablehnung findet i. d. R. ihr

statistisches Korrelat in hohen Kennzahlen subjektiver Deprivation (Benachteiligungsgefühlen; vgl. Rippl/Baier 2005, Rippl/Seipel 2018), Orientierungs-Anomie, Statusverlustangst, Autoritarismus oder niedriger Bildung. Dies gilt allerdings vorrangig auf der Individualebene: So verdichten sich diese Merkmale in den regionalen Befragungspopulationen Eisenachs und des Wartburgkreises nicht in dem Maße, dass ein besonderer Verstärkungseffekt durch die individuellen und kollektiv geteilten Wahrnehmungen und Deutungen der Bevölkerung vor Ort angenommen werden könnte. Außerdem sind hier befragungsmethodisch bedingte regionale Stichprobenverzerrungen zu beachten, die die Aussagekraft der Kreisvergleiche zusätzlich einschränken. Festzuhalten ist jedoch, dass nicht unerhebliche Teile der lokal bzw. regional verorteten Bevölkerung im Raum Eisenach ungünstige Bewertungen ihrer eigenen sozialen Situation sowie der Politik vornehmen; im Wartburgkreis ist zudem die Parteienverdrossenheit statistisch signifikant erhöht (vgl. Abb. 11). Im Thüringen-Monitor 2018 (Reiser et al. 2018) wurde neben dem Standard-Fragenprogramm die Bewertung der regionalen Struktur- und Lebensbedingungen abgefragt. Bei durchschnittlich guten Zufriedenheitswerten fiel auf, dass Eisenacher Befragte eine besonders niedrige Zufriedenheit mit der Versorgung mit Ärzt:innen und der öffentlichen Sicherheit bekundeten (vgl. Best et al. 2018: 161). Dies ist bemerkenswert, da Eisenach tatsächlich über einen vergleichsweise niedrigen Versorgungsgrad mit Chirurg:innen verfügt (vgl. TMAFFG 2019: 142), wohingegen der Versorgungsgrad mit Kinderärzt:innen und Hausärzt:innen über dem bundesdeutschen Durchschnittswert liegt (ebd.: 143 f.). Für Eisenach sind außerdem keine Auffälligkeiten in der Kriminalitätsstatistik zu konstatieren, d. h. das allgemeine Kriminalitätsaufkommen und dessen Entwicklung in den letzten Jahren sind als typisch für eine Mittelstadt dieser Größe einzuschätzen und stachen im Thüringer Kreisvergleich nicht hervor, soweit sich dies aufgrund der verfügbaren Daten beurteilen lässt (vgl. Best et al. 2018: 163). Im Vergleich mit anderen Thüringer Kreisen auffällig gering fiel der Eisenacher Durchschnittswert für die subjektive Prognose einer positiven Zukunft für die Region aus, während über die Hälfte der Befragten (56%) der Aussage zustimmte, Thüringen sei durch „Ausländer in gefährlichem Maße überfremdet“ (Thüringer Befragte insgesamt: 36%). Aufgrund des Stichprobenfehlers und der geringen Anzahl Eisenacher Befragter im Jahr 2018 sollte dieser Befund jedoch zurückhaltend interpretiert werden und kann allenfalls als Fingerzeig dienen, dass eine Problemwahrnehmung für strukturelle Defizite besteht und integrations-skeptische bis rassistische Einstellungen vor Ort vermutlich nicht unerhebliche Verbreitung besitzen.

Statistische Analysen sind in der Wahl- und Einstellungsforschung etabliert und können beispielsweise wichtige Hinweise auf den Zusammenhang zwischen Wahlverhalten, Wähler:innenmerkmalen und strukturellen Kontexten liefern. Partialerklärungsversuche für bewegungsförmige Phänomene wie die des informell organisierten Rechtsextremismus (z. B. der Neonaziszene-Aktivitäten) oder der Virulenz rassistischer und rechtsextremer Gewalt sind mit demoskopisch-quantitativer Methodik allerdings nur sehr eingeschränkt oder gar nicht leistbar. Allenfalls ist die Falsifizierung von Hypothesen möglich, die u. a. eine pauschale besondere „Anfälligkeit“ lokaler oder regionaler Bevölkerungsgruppen suggerieren, die sich in messbaren, stark erhöhten Rassismuswerten oder einer ausgeprägten Demokratiefeindlichkeit ausdrücke, die anderenorts derart nicht vorkomme. So hat beispielsweise Karl-Heinz Reuband (2020) für die Stadt Dresden in Vergleichsmessungen zeigen können, dass Fremden-, Islam- und Muslim:innenfeindlichkeit in der örtlichen Bevölkerung nicht signifikant häufiger vorkommt als in anderen Städte und die zeitweise exzeptionellen

Mobilisierungserfolge von Pegida daher anders erklärt werden müssen. Im Grunde trivial ist hingegen die Feststellung, dass rechtsextrem Eingestellte und Personen, die der neonazistischen Szene zuzuordnen sind, radikale Bevölkerungsminderheiten darstellen. Davon unbelassen ist die Feststellung, dass ein relativ hohes „Grundlevel“ der Verbreitung ethnozentrischer Ressentiments in der Bevölkerung ein gesellschaftliches Klima der Akzeptanz, Ignoranz oder Indifferenz gegenüber rechtsextremen Szeneaktivitäten, rechtsextremer politischer Mobilisierung sowie rassistischer Gewalt befördert. Rees et al. (2019) diskutierten für die Bundesebene einen statistischen Zusammenhang zwischen der Wahl radikal und rechtsextremer Parteien und den registrierten Fällen rechtsextremer Hasskriminalität. Obwohl sich dieser Befund für Thüringen aufgrund der unzureichenden Daten nicht reproduzieren lässt, sticht zumindest im Fall von Eisenach die strukturelle Kopplung zwischen NPD-Wahlerfolgen, dem Vorkommen von Straftaten der politisch-motivierten Kriminalität rechts und den von ezra erfassten Angriffen auf politische Gegner:innen bzw. Nichtrechte hervor.

		Eisenach	Wartburgkreis	Thüringen
rechtsextreme Einstellungen	Anteil	21	17	19
	Mittelwert	1,9	1,9	1,9
Ethnozentrismus	Anteil	40	36	39
	Mittelwert	2,3	2,3	2,4
neo-nationalsozialistische Ideologie	Anteil	9	9	8
	Mittelwert	1,6	1,6	1,6
Ablehnung von Asylsuchenden (2014-2018)	Anteil	68	68	64
	Mittelwert	3,0	3,0	3,0
Alter (Anteil der Befragten über 65 Jahren)		56	53	53
Geschlecht (weiblich)		39	53	51
Bildung (Abitur u. höher)		18	18	22
Autoritarismus		50	52	52
Deprivation (Benachteiligungsgefühle)		19	23	24
Ostdeprivation (Benachteiligung Ostdeutscher)		15	11	12
Statusverlustangst		29	44	40
Mangelnde Demokratieunterstützung		16	17	17
Demokratieunzufriedenheit		40	52	47
Geringe politische Selbstwirksamkeit		67	72	72
Politisches Interesse (1-5)		3,1	3,1	3,1
Parteienverdrossenheit		71	85	76
Kriminalitätsfurcht		12	19	18

Abbildung 11: Einstellungswerte und Befragtenmerkmale des Thüringen-Monitors (2012–2018) (mehrere Jahrgänge zusammengefasst); Quelle: Best et al. 2018: 160 (Anteilswerte in Prozent – wegen des zu beachtenden Stichprobenfehlers ganzzahlig gerundet; Altersmittelwerte in Jahren; Skalenmittelwerte i. d. R. zwischen 1 = „lehne völlig ab“ und 4 = „stimme voll und ganz zu“.)

11. Sozioökonomische, soziodemografische und sozialstrukturelle Kontexte

Einige sozioökonomische und soziodemografische Daten Eisenachs und des Wartburgkreises, wie sie sich in öffentlich verfügbaren Statistiken abbilden, heben sich zunächst nicht markant gegenüber denen anderer Städte und Regionen des Freistaats ab (vgl. Abb. 12). Allerdings ist ein langjähriges Haushaltsdefizit der Stadt zu konstatieren, wobei die angespannte finanzielle Situation einen der Gründe für die im Januar 2022 stattfindende Fusion mit dem Wartburgkreis darstellt (s. u.). Günstiger scheint die Bevölkerungsentwicklung zu verlaufen: Vor allem durch den vermehrten Zuzug nichtdeutscher Staatsbürger:innen war der Wanderungssaldo in Eisenach ausgeglichen; 2014 lag dieser Saldo bei 29 pro 1.000 Einwohner:innen und war damit der vierthöchste Wert in Thüringen (hinter Jena, Weimar und Erfurt), während etliche Städte und Landkreise schrumpften (vgl. TMASGFF 2019: 22). „Eisenach [...] weist [2014] positive Bilanzen sowohl für die Familien- als auch Alterswanderung auf.“ (Ebd. 24) Allerdings lag die Arbeitslosenquote in Eisenach zuletzt im Jahresmittel 2019 erkennbar über dem Landesdurchschnitt, außerdem überdecken die relativ hohen Bruttolohnwerte, die Durchschnittsangaben sind und daher keine Aussage über die Verteilung der Einkommen zulassen, den Fakt, dass Eisenach soziale Ungleichheit und soziale Schieflagen aufweist. 2017 betrug der Anteil der Empfänger:innen von Grundsicherungsleistungen (die sogenannte SGB-II-Quote) 12,6% und Eisenach hatte damit den vierthöchsten Wert (nach Gera, dem Altenburger Land und dem Kyffhäuserkreis, allerdings knapp vor Erfurt auf Platz 5; vgl. ebd. S. 113f.). Der Anteil von Grundsicherungsempfänger:innen unter Senior:innen war 2017 mit 1,5% in Eisenach allerdings nicht höher als in den meisten anderen kreisfreien Städten (Erfurt: 2,0%; ebd.: 129).

Eisenach ist „durch und durch eine Arbeiterstadt“ (I7.1) mit der „am Abstand niedrigsten Quote an Landesarbeitsplätzen“ (I7.1) in Behörden oder anderen Einrichtungen des Freistaats, aber „vielen Wendeverlierern“: Allein im ehemaligen Automobilwerk haben damals „zehntausend ihre Arbeit verloren“ (I7.1). Die Erfahrungen des Strukturumbruchs und des „Bruch[s] in Biografien [...], in einer Größenordnung, wie es in anderen Städten, glaube ich, in der Schärfe selten war“ (I7.1), haben die Stadt nachhaltig geprägt. Eisenach sei – anders als Erfurt, Jena oder Weimar – gewissermaßen „Verlierer der Stadtentwicklung“ (I7.1). Bis heute ist der Anteil höher qualifizierter Personen (d. h. mit Hochschulreife oder äquivalenter Schulbildung) an der Stadtbevölkerung Eisenachs mit ca. 17% (2015) vermutlich geringer als in jeder anderen kreisfreien Stadt Thüringens. Über die Anteile von Personen mit Haupt-/Volksschulabschluss bzw. ohne Schulabschluss liegen keine verlässlichen und aktuellen Regionaldaten vor (vgl. die Ausführungen zum Bildungsstand der Bevölkerung im zweiten Thüringer Sozialstrukturatlas; TMASGFF 2019: 95f.).

		Eisenach	Wartburgkreis	Thüringen
Bevölkerung	2007	43493	135987	2300538
	2017	42616	124228	2153499
	2019	42250	118974	2133378
Frauenanteil (%)	2007	51,3	50,0	50,7
	2017	50,7	50,0	50,5
	2019	50,7	49,9	50,5
Anteil der Einwohner:innen mit Abitur (%)	2015	17,0	13,1	19,6
Ausländer:innenanteil (%)	2014	3,9	1,6	2,4
	2015	5,5	2,3	3,8
	2016	6,7	2,5	4,1
	2017	7,9	2,8	4,5
	2018	8,2	3,0	4,9
	2019	8,8	3,2	5,2
Anteil der Einwohner:innen 65 Jahre und älter (%)	2007	24,1	21,5	22,1
	2017	25,6	24,9	25,2
	2019	26,1	26,0	26,2
Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt, %)	2014	8,4	5,7	7,8
	2015	7,9	5,5	7,4
	2016	7,7	5,1	6,7
	2017	7,1	4,4	6,1
	2018	6,6	3,8	5,5
	2019	6,4	3,9	5,3
Bruttolohn pro Arbeitnehmer:in (Euro)	2016	29613	28235	28127
	2017	30330	29596	29106
	2018	31445	30256	29896
Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Erwerbstätiger:m (Euro)	2016	61145	58673	56860
	2017	61518	61291	58401
	2018	59488	62443	59398

Abbildung 12: Ausgewählte sozioökonomische und soziodemografische Daten; Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik; vgl. Best et al. 2018: 162

Die aktuelle Statistik des Thüringer Landesamts für Statistik zur Zusammensetzung der Bevölkerung in Privathaushalten nach allgemeinem Schulabschluss und beruflichem Bildungsabschluss (2019) enthält keine Angaben für die Anzahlen bzw. Anteile Gering- oder Nichtqualifizierter. Allerdings waren im Zeitraum 2010 bis 2017 die Anteile von Schulabgänger:innen ohne Schulabschluss („Bildungsverlierer“, 17.1) oder mit Hauptschulabschluss in Eisenach auffällig hoch (ebd.: 85). 2010 hatten ca. 39% der Eisenacher Schulabgänger:innen keinen Abschluss oder einen Hauptschulabschluss; die Stadt hatte damals einen aufscheinend hohen Wert im Vergleich zu anderen Thüringer kreisfreien Städten und Landkreisen. 2014 war der entsprechende Anteilswert mit ca. 28% noch knapp der höchste in der Landesstatistik. 2017 sank der Wert auf 26% und war damit etwas geringer als z. B. in Erfurt und Gera, aber immer noch höher als in 18 anderen Thüringer Kreisen. Dies ist der prägnanteste Befund zu Eisenach im Spiegel der öffentlichen Statistiken.⁴² Die Autor:innen des Sozialstrukturatlas diskutieren des Weiteren einen starken statistischen Zusammenhang zwischen den Anteilen von Schulabgänger:innen ohne Abschluss und dem Anteil von Kindern vor Ort, die in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften leben (ebd.: 86). Für Eisenach wird bei Letzterem ein vergleichsweise hoher Wert von 20,8% ausgewiesen (ebd.: 122), der auf dem Niveau von Erfurt und Altenburg liegt und nur vom Anteil in Gera (ca. 26%) übertroffen wird. Dies spiegelt soziale Problemlagen in Eisenach wider und fokussiert die wechselseitige Beziehung zwischen sozioökonomischer Benachteiligung und geringeren Bildungschancen. Gleichzeitig wird an dieser Stelle gewissermaßen die soziale Spaltung der Stadt Eisenach belegt: So geht aus dem Sozialstrukturatlas hervor, dass die Abiturient:innenquote⁴³ mit 50% bereits 2010 die zweithöchste in Thüringen war (nach Weimar: 54%), 2014 mit 59% alle anderen Kreise deutlich überragte und 2017 mit 47% wieder auf dem zweiten Platz lag (Weimar: 49%, niedrigste Quote in Suhl: 16%; vgl. ebd.: 87 f.).

Der Sozialstrukturatlas gibt außerdem Auskunft über spezifische soziodemografische bzw. sozialstrukturelle Prognosedaten. Aufgrund der antizipierten Bevölkerungsentwicklung kann beispielsweise der sogenannte Abhängigkeitsquotient bestimmt werden, der das Verhältnis von Personen, die nicht im Erwerbsalter sind (unter 15 und ab 65 Jahren), zu Personen im Erwerbsalter ausdrückt. Zu Eisenach heißt es: „Die arbeitende Bevölkerung zwischen 15 bis unter 65 Jahren erwartet insbesondere in Jena, aber auch in Erfurt, Weimar sowie Eisenach eine deutlich geringere Versorgungsaufgabe als die arbeitende Bevölkerung in anderen Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens.“ (Ebd.: 33) Insgesamt werden Bevölkerungsprofil und -prognose der Wartburgstadt als „günstig“ eingeschätzt (ebd.: 38). Zu beachten ist aber, dass für die Sozialentwicklung in der Stadt vor allem die ökonomischen und strukturellen Rahmenbedingungen gesichert werden müssen. So war für Eisenach in den letzten Jahren ein nicht unbeträchtlicher Anstieg des Mietpreisniveaus bei vergleichsweise geringer Leerstandsquote zu verzeichnen (ebd.: 67f.). Auch die dynamische Migrationsentwicklung verändert die Stadt: So stieg der Anteil von eingeschulden Kindern, die in der Familie kein Deutsch sprechen, in Eisenach von 5% im Jahr 2015 auf 11% im Jahr 2017 und war damit nur in Erfurt noch geringfügig höher (ebd.: 82). Der Zuzug von Menschen mit nichtdeutscher

⁴² Im Sozialstrukturatlas heißt es dazu einschränkend: „Nur gut 3% der Schüler:innen in Jena verlassen 2017 die Schule ohne einen Abschluss. Weimar, Erfurt, der Unstrut-Hainich-Kreis und Sonneberg verzeichnen jedoch einen Anteil von über 10% an Schüler:innen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. In Eisenach sind es 2017 sogar 20% des Jahrgangs. Allerdings handelt es sich im Fall von Eisenach um einen einmaligen statistischen Ausreißer, der nicht erklärt werden kann.“ (TMASGFF 2019: 86).

⁴³ Die Quote bezieht sich auf Schulabgänger:innen mit Abschlüssen.

Staatsbürgerschaft hat allerdings dazu geführt, dass Eisenach (ähnlich wie Gera) seit 2014 nicht mehr dem landesweiten Trend des Rückgangs von Empfänger:innen von Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II folgt. Zwar beträgt der Anteil der Migrant:innen unter den Leistungsempfänger:innen nur ca. ein Sechstel, allerdings hat dies das Abschmelzen der SGB-II-Quote gebremst (ebd.: S. 113 f.). Nur in Gera war der Anteil der Migrant:innen unter den Leistungsempfänger:innen 2017 noch höher als in Eisenach; in allen anderen kreisfreien Städten und Landkreisen war er – teils nur knapp, teils deutlich – geringer.

Die Automobilbau- und Zulieferindustrie hat vielen in Eisenach und im Wartburgkreises seit den 1990er-Jahren relativen Wohlstand und Sicherheit geboten. Die hohe Branchenabhängigkeit der Wirtschaft macht die gesamte Region – vor dem Hintergrund neuerer und aktueller globaler Entwicklungen – aber in starkem Maße krisenanfällig und stellt sie nicht nur perspektivisch unter hohen Anpassungs- bzw. Wandlungsdruck: Der Strukturumbruch hat längst eingesetzt und sorgt für Irritationen, Entsicherungsgefühle und Furcht vor Statusverlust. Dem wohnt ein erhebliches destabilisierendes, demokratiegefährdendes Potenzial inne (vgl. Kapitel 9 und 10). So konstatiert ein:e unserer Interviewpartner:innen, dass

„[...] diese Leuchtturmpolitik, die in den 1990er-Jahren gefahren wurde, sehr die Gefahr beinhaltet, wenn hier dieser zentrale Industriezweig wegbricht, bricht hier viel mehr weg. Und da wird's aus einem Leuchtturm, da hilft dir die Leuchtturmfunktion nicht mehr. Und ich glaube einfach, dass diese Verunsicherungen in der Automobilindustrie in den letzten Jahren, erst die Krise bei Opel, dann die Krise der Automobilindustrie in Hinsicht der Elektromobilität sowieso, oder dieses hin und her weiß man nicht, wo nehme ich jetzt Elektro, wo nehme ich jetzt zum Beispiel Wasserstoff oder Brennstoffzellen. Dass das dazu geführt hat auch zu einer Verunsicherung in den Gesellschafts- oder in den Bevölkerungsschichten, die bisher vom Leuchtturm profitiert haben. Die direkt bei Opel gearbeitet haben oder indirekt, weil sie in der Zulieferindustrie waren und, dass das natürlich dann genau die Grundlage für eine Verunsicherung ist, die eine AfD und auch eine NPD und jetzt wenn Corona dazu kommt, dann auch Widerstand 2020, die recht gut bedienen kann. Obwohl du plötzlich Menschen siehst, die sich eigentlich in ihrer gefühlten Notwehr politisch so engagieren, dass sie gar nicht merken, dass ihr Engagement letztendlich demokratiegefährdend ist.“ (I1.1)

Als ein Faktor, der dem Potenzial des Rechtsextremismus Vorschub leistet, wird außerdem die prekäre finanzielle Situation der Kommune Eisenach gesehen. Da man „auf dem allerletzten Loch pfeife“ [I7.1], ließe „die Stadt in ihrer Armut das Scheitern von Politik jeden Tag erleben“ (I7.1). Turnhallen müssten geschlossen werden, Schulen seien in „erbärmlichem Zustand“ (I7.1), Vereine könnten nicht unterstützt, Straßen und Gehwege nicht repariert werden. Dieses „Scheitern von Politik“, das letztlich als Versagen des demokratischen Staates interpretiert werde, spiele „Radikalen in die Hände“ (I7.1) – man suche nach „Schuldigen“ und wende sich „Alternativen“ zu.

12. Aktion und Reaktion: Politische Gegenstrategien, zivilgesellschaftliches Engagement und antifaschistischer Protest

Die demokratischen Fraktionen im Stadtrat hätten seit jeher eine „sehr klare Abgrenzungsstrategie“ (I7.1) zur NPD verfolgt, die aber mit der Zeit vereinzelt auch „misstrauisch“ (I7.1) hinterfragt worden sei:

„So unter dem Motto: ‚Macht denn Abgrenzung Sinn, oder ist es viel besser, die NPD durch konkrete Arbeit zu entzaubern?‘“ (I7.1)

Allerdings sei es so, „dass offiziell keinen Anträgen der NPD zugestimmt“ (I7.1) werde und diese Anträge „im Normalfall nicht in die Ausschüsse verwiesen“ (I7.1) würden. Dass die Anträge bei Abstimmungen zwar nicht mehrheitsfähig seien, teilweise jedoch mehr (anonyme) Stimmen bekämen, als die NPD selbst (bzw. NPD und AfD zusammen) Mandate hätten, sei „ja inzwischen ein offenes Geheimnis“ (I7.1; vgl. Kapitel 2). Damit jedoch würden klare politische Positionierungen gegen Rechtsextremismus konterkariert – in der Konsequenz bestünde somit die Gefahr, dass sich die Demokrat:innen gegenseitig ausspielen ließen und von der NPD vorgeführt würden. Die Grenzen seien längst „verschwommen“, inoffiziell gebe es doch „inhaltliche Zusammenarbeit und Kommunikation“ (I7.1) mit der NPD: Man müsse „ja mit ihnen reden“ (I7.1). Eine erfolgreiche politische Strategie gegen Rechtsextremismus bedingt aber die konsequente Befolgung eines generellen Kooperationsverbotes und Abstandsgebotes, die rechtsextreme Geländegewinne verhindert und eine hohe Signalwirkung besitzt. Insofern die Außenperspektive – auf die Faktenlage einzelner berichteter Abstimmungsergebnisse⁴⁴ – hier ein Urteil erlaubt, scheint durchaus Verbesserungsbedarf zu bestehen.

Zivilgesellschaftliches demokratisches Engagement gegen Rechtsextremismus in Eisenach wird u. a. von Bürger:inneninitiativen, Vereinen, Kirchgemeinden, Gewerkschaften, Kulturinstitutionen (u. a. „Theater am Markt“) und zahlreichen Einzelpersonen geleistet und „als sehr stark“ (I7.1)

⁴⁴ <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/eklat-im-eisenacher-stadtrat-wer-stimmte-mit-der-npd-id220979319.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

beschrieben, auch durch die Kooperation innerhalb der Partnerschaft für Demokratie, bei der Ämter und Behörden eingebunden sind. Vor allem im Kontext der Wahlen und in Kooperation mit Schulen gab es in der Vergangenheit vielfältige Aktionen. In den letzten zwei Jahren war eine Übergangssituation durch den Wechsel der Koordinierungs- und Fachstelle der PfD bzw. personelle Veränderungen gegeben. Seit 2020 existiert ein „Treffpunkt Demokratie“ für die Projekt- und Begegnungsarbeit, dessen Nutzung infolge der Corona-Pandemie jedoch eingeschränkt wurde – genau wie z. B. das geplante Graffiti-Projekt für Jugendliche aufgeschoben werden musste. 2021 wird in Kooperation mit der Stadtverwaltung, dem Bürgerbündnis gegen rechts, dem „Theater am Markt“, der Heinrich-Böll-Stiftung und anderen Institutionen eine rechtsextremismuskritische Veranstaltungsreihe anlässlich des „unrühmlichen Jubiläums“ (I8.1) der Selbstenttarnung des NSU in Eisenach 2011 stattfinden. In Kooperation mit anderen Thüringer Akteur:innen sind außerdem Aktionen im Kontext der anstehenden Wahlen geplant (I8.2).

Unter den Akteur:innen innerhalb des lokalen Netzwerkes besteht ein breiter Konsens, dass dem Rechtsextremismus und seiner Normalisierung in Eisenach vehement entgegengewirkt werden muss. Die Basis dafür sei „ungewöhnlich breit aufgestellt“ (I7.1). So wird konstatiert:

„Wenn man sich anguckt, dass zwischen 20% und 25% AfD und NPD zusammen gewählt haben. Nun sagt das natürlich auch einiges aus. Auf der anderen Seite muss man dann auch aber angucken wer es nicht gewählt hat. Können gucken wie aktiv auch so die demokratische Zivilgesellschaft ist. Also es gibt ein sehr, sehr, sehr aktives Bündnis gegen rechts, die immer sehr viel auch machen. Zum Beispiel sehr aktiv sind was Stolpersteine angeht und so weiter.“ (I2.2)

Allerdings ist es offenbar nicht einfach, breitere Bevölkerungskreise zu mobilisieren bzw. eine noch höhere Bereitschaft in der Stadtbevölkerung zu wecken, aktiv an Initiativen gegen den Rechtsextremismus zu partizipieren. So gibt es einerseits

„[...] diese Erkenntnis, dass selbst wenn es in der Zivilgesellschaft, in der Kommune jemanden gibt, der sagt: Okay, ich engagiere mich in der Stadtpolitik, also im Stadtbild, in der Stadt, in der Stadtgesellschaft für Demokratie gegen Rechtsextremismus, gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dann ist das so, oder das ist mein Eindruck, dass es da schon Menschen und auch Teile der Stadtpolitik gibt die sagen: Ja, wenn die das machen, dann ist das ja in guten Händen und dann brauchen wir ja nicht.“ (I1.1)

Andererseits seien politische Reaktionen zu „zurückhaltend“ (I5.1), manchmal scheint die Kooperationsbereitschaft politischer Akteur:innen trotz eines „Minimalkonsenses“ (I2.1) begrenzt zu sein, weil parteipolitische Differenzen z. T. das gemeinsame Anliegen der Demokrat:innen in den Hintergrund treten ließen und nicht selten der gegenseitige Verdacht im Raum stehe, dass man gar nicht an einem Strang ziehe, sondern lediglich der eigenen Agenda Vorschub leisten wolle:

„Das halte ich auch wieder, also so generell auch bei staatlichen Strukturen oder auch bei Ämtern für ein Problem – ähnlich wie in der Polizei oder auch Schulwesen, dass das Thema Demokratieverhalt mit dem Thema parteipolitische... ja, Parteipolitik, dass das bewusst oder unbewusst verwechselt wird.“ (I1.1)

„Ich hoffe, das ist nicht zu kompliziert, aber das ist so – das wäre mein Traum, wenn wir uns mehr wirklich als Demokraten verstehen und erst in dem zweiten Sinne als Menschen, die einer politischen Partei entweder mit ihr sympathisieren oder ihr sogar angehören. Wenn wir uns erst als Demokraten sehen und eine NPD oder AfD eben nicht als Demokraten. Als Bestandteil des demokratischen Systems, aber nicht als Demokraten verstehen, dann wenn wir das drinne hätten, hätten wir schön eigentlich auch ganz anders agieren können.“ (I1.1)

Denn eine besondere Bedeutung habe die Vernetzung und Kooperation der verschiedenen Akteur:innen, die einen persönlichen Gewinn für die Beteiligten darstellen:

„Das ist dieses unglaubliche... so ein unglaublicher solidarischer Aspekt, der sich einfach daraus ergibt, wenn man sich in der Bürgerbündnisvernetzung bei MOBIT zusammen [hin]setzt und einfach mal in der Runde ist und merkt plötzlich, wie viele Menschen es gibt, die in der Runde sitzen, weil sie ähnliche Probleme haben. Das ist etwas, was mich immer wieder motiviert, sonst wäre ich wahrscheinlich schon längst in irgendeiner Form – ich will nicht sagen durchgedreht – aber ich wäre zutiefst, also ich hätte schon irgendwie meiner Frustration mal Luft gemacht.“ (I1.1)

Wichtig wäre es, das demokratische zivilgesellschaftliche Engagement auch bei jenen zu wecken, die ihm gegenüber aus verschiedenen Gründen bislang distanziert sind – oder es sich schlicht aufgrund ihrer sozioökonomischen Ressourcenausstattung nicht leisten können:

„Wer engagiert sich überhaupt für Demokratie in der Eisenacher Gesellschaft? Dass man das für Gesellschafts- oder Bevölkerungsschichten erschließt, denen das aus meiner Sicht im Augenblick überhaupt nicht bewusst ist. Von denen ich sogar unterstelle, dass es dort Menschen gibt, die sich engagieren würden, wenn sie wüssten wann und wo und wie und sie vielleicht auch für dieses Engagement ein Stück weit unterstützt werden, weil sie vielleicht aus einer Bevölkerungsschicht kommen, die das jetzt nicht... ja also... für die das jetzt kein... also wie soll ich sagen... ich will jetzt hier nichts falsches... also ich will es jetzt nicht stigmatisieren. Wenn das jetzt jemand ist, der aus einer Familie kommt, die jetzt sozial und finanziell nicht so gutgestellt ist. Wo das im Prinzip jetzt wirklich ein Aufwand bedeuten würde. Von mir aus von Eisenach-Nord oder vom Petersberg. Nach Eisenach reinzukommen, um sich dort im Prinzip zu engagieren. Also, da ich so ein Ehrenamt höher zu heben und vielleicht auch etwas einfacher zu gestalten, auch das Ehrenamt zu vergüten und denjenigen die Möglichkeit zu geben, für dieses Ehrenamt ein Stück weit unabhängig zu sein. Das wäre vielleicht eine Möglichkeit, die ich mir vorstellen könnte.“ (I1.1)

Ein großes Problem stellt in Eisenach – genau wie deutschlandweit – aber nicht nur die mangelnde Finanzierung bzw. Unterfinanzierung von Engagement, sondern in erster Linie die allgemeine Projektbezogenheit und Befristung von demokratiefördernden Maßnahmen dar, die bei zivilgesellschaftlichen Trägerstrukturen angesiedelt sind. Trotz staatlicher Förderung und der Koordinationsfähigkeit der Akteur:innen ist das Engagement gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Demokratie hinsichtlich dieser prekären Rahmenbedingungen gewissermaßen im systematischen Nachteil gegenüber dem formell oder informell organisierten Rechtsextremismus, der neonazistischen Subkultur mit ihren kommerziell agierenden Bewegungsunternehmer:innen und dem strukturellen Problem rassistischer Gewalt:

„Ich glaube einfach, dass eine Kontinuität, wenn jetzt nicht unbedingt wirklich so größeres Strukturprojekt bist, wo dir über einen größeren Zeitraum zumindest der Rahmen vorgegeben wird, du aber trotzdem noch jedes Jahr wieder wegen des Haushaltrechtes beweisen musst, dass du wieder irgendwelche Mittel neu brauchst. Da ist keine Kontinu... also, wenn du nicht da einigermaßen Kontinuität hast durch diesen Rahmen. Du bist im Kleinen, im kommunalen Bereich bist du nicht in der Lage über eine Jahresscheibe hinaus irgendetwas zu machen. Beziehungsweise es ist ganz schwer und das macht es... da fehlt auch die Kontinuität. [...] weil dir eine kontinuierliche Infrastruktur fehlt, die es dir ermöglicht im Prinzip, die Menschen, die sich engagieren auch mit den Mitteln und den Möglichkeiten zu versehen, dort etwas Längerfristiges zu gestalten.“ (I1.1)

Was die Aktivierung der Bürger:innen anbetrifft, ist bei der Sichtung statistischer Daten ein Aspekt Eisenachs ins Auge gefallen, der im Zusammenhang mit institutionellen Kooperationen zum Zwecke der Demokratieförderung hohes Potenzial besitzt. Bemessen an seiner Einwohner:innenzahl verfügt Eisenach über auffällig viele Sportvereine und über vergleichsweise hohe Anteile von Bürger:innen in allen Altersgruppen, die in diesen Vereinen organisiert sind. 2014 wurden in der Stadt 46 Sportvereine mit insgesamt fast 7.000 Mitgliedern gezählt (Stadt Eisenach 2018: 12). Bei Eisenacher Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren beträgt die sogenannte Sportquote über 70%, bei 18- bis 59-Jährigen ca. 35% und bei Älteren noch ca. 18%. Damit führt die Wartburgstadt die Thüringer Statistik an (vgl. TMAFFG 2019: 155). Gleichzeitig ist die Sportquote im Wartburgkreis weit unterdurchschnittlich, naheliegend ist also, dass die dortigen Einwohner:innen zum Teil in Eisenacher Vereinen spielen, turnen bzw. trainieren (ebd.). Die Demokratiebildung, Aufklärung und Sensibilisierung innerhalb bzw. unter starker Einbeziehung der Sportvereine kann also eine große Chance sein – zumindest was die Prävention und Primärintervention gegen Rechtsextremismus im Kinder- und Jugendalter anbetrifft. Eine erhebliche Herausforderung dürfte dabei jedoch die populäre Konstruktion des Sports als „unpolitisch“ bzw. „neutral“ darstellen. (Freizeit- und Kultur-) Vereine sehen sich grundsätzlich vor die Herausforderung gestellt, dass bei klarer Positionierung – z. B. auch gegen bestimmte politische Inhalte, die von der AfD vertreten werden – „schnell ihre Allgemeinnützigkeit angezweifelt“ (I8.1) werde. Dagegen wird argumentiert, dass „politische Neutralität“ (im Sinne von Überparteilichkeit) nicht bedeuten kann, dass man bezüglich demokratischer Grundwerte „keine Haltung haben darf“ (I8.1). Die Zusammenarbeit mit Vereinen im Bereich der Demokratieförderung hängt sehr vom persönlichen Engagement der Akteur:innen ab: „Manchmal wollen die auch nicht.“ (I8.1). Man müsse „sehen, wie man die Leute in die Netzwerke bekommt“ (I8.1).

Alternative, „linke“ und antifaschistische Infrastruktur für Jugendliche gab es in Eisenach bisher kaum:

„Vielleicht könnte man noch aufführen, dass es halt auch nicht so viele alternative Projekte dort gibt. Also, dass ist es vielleicht auch, warum das [der Rechtsextremismus, Anm. A.S.] sich da gut ausbreiten kann.“ (I2.2)

Im Jahr 2020 haben Eisenacher Jugendliche und das Eisenacher Bündnis gegen rechts jedoch mit Unterstützung von ezra, der mobilen Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und

antisemitischer Gewalt in Thüringen, den Aufbau eines „Alternativen Jugendzentrums“ konzipiert und in Angriff genommen. Auch zu diesem Zweck wurde ein Verein zur Förderung der Demokratie Eisenach e.V. gegründet, mit dem Strukturen demokratischer Jugendarbeit vor Ort gestärkt werden können, um den rechtsextremen Angebotsformen entgegenzuwirken. Das Vorhaben wird mit einer kleinen Anschubfinanzierung aus Mitteln der Open Society Foundation (OSF) durch die Amadeu Antonio Stiftung gefördert. Solche und ähnliche Initiativen, wenn sie auf Dauer wirken und entsprechend kommunale bzw. staatliche finanzielle Absicherung erfahren, können „viel verändern“ (I5.1) und langfristig dazu dienen, die Resilienzkkräfte der demokratischen Kultur vor Ort zu stärken. Es gelte, das Klima zu verändern“ und „Betroffenen in dieser Stadt eine bessere Lebensqualität“ (I5.1) zu ermöglichen. Eisenach soll damit nicht nur zu einem sichereren und lebenswerteren Ort für alle werden, sondern die Wartburgstadt könnte sich auf diesem Wege schließlich auch von seinem Negativimage als Ort der Duldung rechtsextremer Zustände und Umtriebe, des Wegschauens und Herunterspielens befreien.

Denn bis in jüngste Vergangenheit sahen sich gerade prononciert antifaschistische Akteur:innen oft dem Vorwurf der Unruhestiftung ausgesetzt, z. B. wenn sie mit „öffentlichkeitswirksamen Aktionen [...] in die Offensive“ (I5.1) gingen. Oder sie fühlten sich kriminalisiert, was wiederum mit behördlichem Agieren zusammenhängt:

„Und wenn ich jetzt zum Beispiel wahrnehme – das ist jetzt glaube ich vier oder fünf Jahre her – da gab’s eine Demonstration. Eine antifaschistische Demonstration in Eisenach, die ohne Probleme verlief und am Ende, an der Abschlusskundgebung auf dem Markt wurden plötzlich 10, 20 Jugendliche in Gewahrsam genommen. Was zu einer, was eigentlich zu einer... doch zu einer Eskalation der Lage herbeiführte. Während parallel offensichtliche Rechtsextreme nur des Platzes verwiesen wurden und sich im Nachhinein herausstellte, dass diese Aktion der Ausbildung von Polizeischülern diene. Und eigentlich ohne Wissen und ohne Kenntnis des für die Polizeibegleitung der Demonstration zuständigen Beamten von staten ging.“ (I1.1)

Allerdings besteht bei einigen die Überzeugung, dass das bisherige zivilgesellschaftliche Engagement eben nicht ausgereicht habe, den Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen:

„Und irgendwann reicht’s auch mal mit den Lichterketten und der Menschenkette und einem Demokratiefest auf dem Marktplatz, wenn man eigentlich offensiv gegen Rechtsradikalismus ist. [...] Seit 20 Jahren gibt’s dieses Gutbürgerliche hier. Es hat sich nichts verändert. Es ist seit jeher dasselbe Programm. Wir machen da jetzt mal was anderes.“ (I3.1)

Die Partnerschaft für Demokratie im Wartburgkreis unterhält eine „Demokratiewerkstatt“ in Bad Salzungen und fördert u. a. seit Jahren die „politische Bühne“ beim „dezidiert antifaschistisch“ (I4.1) positionierten Festival „Rock am Berg“ in Merkers (einem Ortsteil der Kraysenberggemeinde), um alternative Jugendkultur gegen den Rechtsextremismus in der Region zu unterstützen. Dies stoße allerdings auf einiges „bürgerlich-konservatives Unverständnis“ (I4.1). So wurde der Vorwurf erhoben, damit ein linksextremistisches Projekt zu alimentieren. Im Kreistag habe es u. a. dazu kritische Anfragen zur angeblichen „Neutralitätsverletzung“ (I4.1) und einen entsprechenden Antrag

der AfD-Fraktion gegeben mit dem Ziel, die Förderung des Festivals zu unterbinden. Allerdings habe es – dank erfolgreicher Beratungen“ (I4.1) im Vorfeld – in den demokratischen Fraktionen eine „klare geschlossene Haltung“ (I4.1) und ein „deutliches Abstimmungsverhalten“ (I4.1) gegen den Antrag der AfD gegeben. Allerdings werde im Wartburgkreis eine reflexhafte Abwehr beobachtet, z. B. wenn das Problem rechtsextremer Bürgerwehren in einzelnen Gemeinden kritisch thematisiert werde: „Aber es gibt doch auch Linksextremismus!“ (I4.1). Zum allgemeinen und politischen Engagement gegen Rechtsextremismus im Wartburgkreis wird konstatiert: Die pauschale Verurteilung von „Gewalt und Extremismus“ sei „bequem“ (I4.1) und würde oftmals mit einer unangemessenen und kontraproduktiven Gleichsetzung sowie mit einer Verunglimpfung linker Akteur:innen einhergehen. Vor allem im Umgang mit der AfD falle eine klare Positionierung „enorm schwer“ (I4.1) in der Region. Außerdem ist die Zusammenarbeit mit lokalen Vereinen bei Projekten der Demokratieförderung im ländlichen Raum offenbar noch stark ausbaufähig: Bisher sei in den Dörfern die „Nachfrage wenig bis gar nicht vorhanden“ (I4.1).

Abschließend wird die bereits erwähnte, unter massivem Polizeiaufgebot stattgefundene Antifa-Demonstration „Die Wartburgstadt ins Wanken bringen“ am 16. März 2019 mit schätzungsweise 800 bis 1.000 Teilnehmenden exemplarisch beleuchtet. Ihre Relevanz ist einerseits der überregionalen Ausstrahlung geschuldet – die linke Szene mobilisierte deutschlandweit und organisierte Anreisen aus einer Vielzahl von Städten (u. a. Erfurt, Hamburg, Kassel, Leipzig, Marburg und Göttingen),⁴⁵ dazu gab es erhöhte überregionale Medienberichterstattung. Andererseits zeigte sich hier, wie antifaschistisches Engagement in Eisenach an seine Grenzen stößt, wenn es konfrontativ den Finger in die Wunde legt, wobei der im typischen Szeneduktus gewählte, „kämpferisch“ wirkende Veranstaltungstitel bereits im Vorfeld zur selbsterfüllenden Prophezeiung gereichte, da die Kritik an den Verhältnissen vor Ort weitestgehend abprallte und eine von den Antifa-Aktivist:innen ostentativ artikulierte „Störung“ gesellschaftlicher Normalität und „Unruhestiftung“ von nicht wenigen Einwohner:innen Eisenachs zuvorderst als Bedrohung für die innere Sicherheit wahrgenommen wurde. Der Vorwurf der Bagatellisierung des Rechtsextremismus, der Kritikabwehr und des reflexhaften Framings antifaschistischem Protests als Imageschaden für die Stadt kollidierte mit der Deutung antifaschistischen Protests als „linksextremistischer Krawalltourismus“, der Furcht vor Konfrontationsgewalt angesichts der mit demonstrierenden Autonomen und dem Unverständnis dafür, Eisenachs Rechtsextremismusproblem wohl als größer darzustellen, als es wohlmöglich sei. Stimmen aus der Zivilgesellschaft sahen eine sich zuspitzende „Diffamierungen der Demonstrierenden durch verschiedene politische und gesellschaftliche Akteur:innen“ (MOBIT 2019b). „Ich kann verstehen, dass es am Motto der Demonstration Kritik gibt. Aber wenn für Betroffene in Selbstorganisation eine Demonstration auf die Beine gestellt wird, um sich endlich Gehör zu verschaffen, dann entspricht die öffentliche Verurteilung als ‚Störenfriede‘ einer klassischen Täter-Opfer-Umkehr.“ (Ebd.)

Vonseiten antifaschistischer Akteur:innen hieß es im Vorfeld der Demonstration: „Die Verwobenheit von Neonazi-Strukturen mit (klein-)städtischen Gemeinwesen hat verheerende Folgen: Bewohner:innen decken rassistische Übergriffe oder befürworten sie sogar und die lokale Politik diskreditiert Widerstand gegen diese Zustände als ‚Nestbeschmutzung‘. Auch in Eisenach.“ Proklamiertes

⁴⁵ Vgl. <https://irgendwoindeutschland.org/update-anreise-zur-bundesweiten-demo-die-wartburgstadt-ins-wanken-bringen-am-16-03-in-eisenach/> (geprüft: 31. Januar 2021).

Ziel der Demonstration war demnach, in die „Offensive“ zu gehen, um den „bürgerliche[n] Konsens des Schweigens und Verharmlosens“ in Eisenach zu „durchbrechen“: „Wir wollen aufmerksam machen auf die zahlreichen neonazistischen Gewalttaten der letzten Jahre. Und wir wollen auf eine Stadt zeigen, in der solche Übergriffe heruntergespielt und stattdessen Neonazis hofiert werden.“⁴⁶

In der Medienberichterstattung, in Teilen der Stadtpolitik und im Eisenacher „Stadtgeflüster“ (bzw. entsprechenden, z. T. gleichnamigen Facebook-Gruppen) wurde allerdings ein Schreckensszenario für das sonst so „friedliche“ Eisenach entworfen – ohne auf die eigentlichen Gründe für das Demonstrationsgeschehen ausführlich einzugehen oder sich tiefer mit ihnen auseinanderzusetzen (vgl. Abb. 13).



Abbildung 13: Schlagzeilen im Vorfeld der Antifa-Demo am 16. März 2019; Quellen: bild.de, thüringer-allgemeine.de

Ein Vertreter von ezra, der mobilen Opferberatung, äußerte sich dazu wie folgt: „Wir beraten und begleiten mehr als ein Dutzend von rechter Gewalt betroffene Menschen in Eisenach. Alle verbindet, dass sie sich couragiert der rechten Hegemonie in dieser Stadt entgegenstellen. Dass ausgerechnet diese Menschen und ihre Unterstützer:innen nun im Vorfeld der Demonstration als Bedrohung für die öffentliche Sicherheit dargestellt werden, entspricht nicht der Wirklichkeit, die ich und meine Kolleg:innen hier seit Jahren erleben“ (MOBIT 2019b).

⁴⁶ Vgl. <https://irgendwoindeutschland.org/16-maerz-eisenach/> (Demonstrationsaufruf; geprüft: 31. Januar 2021). Im Thüringer Verfassungsschutzbericht 2019 ist der Demonstration und der Mobilisierung im Vorfeld ein zweiseitiger Abschnitt gewidmet (AfV 2020: 96 f.): „Im Rahmen der Mobilisierung waren im Stile eines ‚Outings‘ das der NPD zuzuordnende ‚Flieder Volkshaus‘ in Eisenach und um die ‚Vormachtstellung‘ in der Stadt kämpfende Neonazis thematisiert worden, ein NPD-Stadtrat wurde namentlich benannt.“ (Ebd.).

Allerdings wurde auch wahrgenommen, dass es aufseiten der Demonstrierenden im Vorfeld Fehler gegeben habe, nämlich

„die Tatsache, wenn ich in eine Stadt reingehe, die jetzt nicht im positiven Sinne auf diese Demonstration vorbereitet wird, sondern in der die Akteure vor Ort die vielleicht eine Aufklärungsarbeit hätten leisten können und auch noch eine weitere Motivation für die Bürger vor Ort hätten darstellen können, an den Demonstrationen teilzunehmen, einfach ausgeblendet werden. Aktiv ausgeblendet werden. Und das einzige Außenbild, was von der Demonstration entsteht, von der Bild geprägt wird. Und das war erst ein Artikel in der Bild, der dann dazu führte, dass die Eisenacher Gewerbetreibenden gesagt haben: Oh, jetzt kommt der linke Mob. Jetzt kommt G20 nach Eisenach.“ (I1.1)

Bereits am Vortag der Demonstration wurden daraus Konsequenzen gezogen:

„Und dann gibt's hier kein Laden in Eisenach in der Innenstadt, der an diesem Tag aufhatte. Die haben lieber einen wirtschaftlichen Verlust in Kauf genommen. Haben noch teilweise ihre Schau- fenster, ihre Türen, die deutsche Post hat ihre Briefkästen verplombt, Türen vernagelt und so, weil die Angst hatten, dass hier ein zweiter G20-Gipfel stattfindet und da kann man drauf zurück führen, dass die Leute einfach nicht aufgeklärt sind über Dinge, die hier passieren.“ (I3.1)

Große Teile der Innenstadt wirkten am 16. März 2019 fast wie ausgestorben: Die Eisenacher:innen hatten sich zurückgezogen, man war auf das Schlimmste gefasst und danach froh, ohne Schäden davongekommen zu sein: dank der Polizei, wie viele vermuteten. Neonazis traten am Rande der Demonstration „selbstbewusst“ (I5.1) in Erscheinung und versuchten „zu provozieren“ (I5.1). Wieschke, der eine Gegendemonstration am „Flieger Volkshaus“ angemeldet hatte und durch die Einsatzkräfte der Polizei weiträumig von seinen politischen Gegner:innen abgeschirmt wurde, kommentierte den 16. März 2019 später ironisch auf Facebook: „Ich habe nicht gewankt!“.



Abbildung 14 und 15: Antifa-Demo am 16. März 2019; Quelle: Fotos: privat



**ES IST OFFENBAR
NICHT EINFACH, IN
EISENACH BREITERE
BEVÖLKERUNGSKREISE
ZU MOBILISIEREN BZW.
EINE NOCH HÖHERE
BEREITSCHAFT IN DER
STADTBEVÖLKERUNG
ZU WECKEN, AKTIV AN
INITIATIVEN GEGEN DEN
RECHTSEXTREMISMUS
ZU PARTIZIPIEREN.**

13. Berichterstattung in den Medien

Ob und wie regionale oder überregionale Medien über Rechtsextremismus in Eisenach berichten, hängt von der Bedeutung der jeweiligen Ereignisse und dem damit verbundenen Nachrichtenwert ab. Auch hier ist mit der Zeit ein gewisser Gewöhnungseffekt eingetreten, der nur gelegentlich oder zu besonderen Anlässen durchbrochen werden kann:

„Da gab’s dann so ein großes Interview, wo wir auch zur rechten Szene in Eisenach und auch nochmal ein Nachbericht hatten über die sehr gut besuchte Veranstaltung mit irgendwie 80 oder 100 Leuten fast. Also das heißt die Presse berichtet vielleicht nicht kontinuierlich von selbst aus, aber das Thema findet schon immer wieder statt. Bei dem einen oder anderen, aber das ist... einfach so wünscht man sich vielleicht bisschen anderen Fokus oder wünscht sich ein bisschen mehr Beachtung. Ich glaube das Problem ist immer so ein bisschen, wenn du so eine Szene hast in Eisenach... wie in Eisenach, dann ist das so kein neues Thema mehr. Das fünfzigste Rechtsrockkonzert ist kein Thema mehr für die Zeitung. Was willst du da schreiben?“ (I2.1)

Die Medien fungieren als „Filter“ für die Eisenacher:innen hinsichtlich der Gewaltphänomene in der Stadt und haben dabei vermutlich einigen Einfluss auf die Wahrnehmung und Deutung der Geschehnisse:

„Und dann muss es ja auch nochmal eine gewisse Bedeutung haben, dass es in Medien reinkommt, die von einem Großteil der Bevölkerung gelesen wird. Zum Beispiel die Zeitung. Und das ist so ein mehrstufiger Filter einfach für die Wahrnehmung von rechter Gewalt im normalen Leben, die für mich dazu führt, dass ein Großteil der Bevölkerung das gar nicht wahrnimmt.“ (I1.1)

„Und wir haben die Chance, also die Chance im Sinne der Opfer und die Chance auch im Sinne des Kampfes gegen rechte Gewalt oder gegen Menschenfeindlichkeit haben, dieses wahrzunehmen. Aus einer ganzen Dimension oder einem ganz anderen Aspekt heraus und ich muss einfach davon ausgehen – und das mache ich auch – dass ein Großteil der Eisenacher Bevölkerung sich dieser Brisanz gar nicht bewusst ist. Selbst wenn das dann mal irgendwann in der Zeitung steht, weil wenn das dann mal in der Zeitung steht oder wenn sie dann beim Bull’s Eye alle Scheiben einschlagen und gar nicht klar ist, ist das jetzt was wo jetzt der Betreiber des Bull’s Eye aus einem ganz anderem Grund vielleicht Probleme hat mit Leute, die ihm jetzt mal zur Warnung die Scheiben einschmeißen. Wenn Facebook dann schneller ist, wenn Patrick [Wieschke] dann schneller ist und die Meinung schon vorgibt, dann kann auch für diejenigen, die es erreichen einfach die Deutungshoheit, die dann aus dem rechten Bereich her kommt, auch einen gewissen Einfluss auf die Bewertung selbst einer solchen Geschichte, eins solches Geschehnisses haben.“ (I1.1)

In den letzten Jahren hat es eine Vielzahl kritischer Berichterstattungen über die Rechtsextremismus-Problematik in Eisenach gegeben – von Artikeln in lokalen und regionalen Zeitungen wie der Thüringer Allgemeinen oder der Thüringischen Landeszeitung über TV-Beiträge des Mitteldeutschen Rundfunks bis zu Artikeln in deutschlandweit relevanten Presseorganen wie DER SPIEGEL. Dies dürfte vor allem die Außenwahrnehmung gestärkt haben, dass in der weithin bekannten Wartburgstadt so Einiges im Argen liegt. Dass zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus (im Alltag) vergleichsweise geringeren Nachrichtenwert besitzt, mag dazu beigetragen haben.

14. Schlussfolgerungen

Eisenach ist (k)ein Sonderfall: Einerseits gibt es eine außergewöhnliche Kontinuität und ein bemerkenswert hohes Aktivitätsniveau des Rechtsextremismus unter spezifischen Kontextbedingungen im Sozialraum der Wartburgstadt. Andererseits begegnen uns in dieser Konkretion und Verdichtung viele allgemeine und strukturelle Probleme lokaler politischer Kultur(en), die in anderen Regionen Thüringens, Ostdeutschlands und Deutschlands existieren. Die Singularitäten von Personen, Gruppierungen, Ereignissen und sozialräumlicher Gemengelagen sind Mosaiksteine des großen Ganzen. Die Frage, inwieweit Eisenach ein besonderes Problem mit dem Rechtsextremismus hat, macht nur insofern Sinn, als dass man anerkennen muss, welche Bezüge zu und Interdependenzen mit den gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen bestehen, die mit den Schlagworten des Rechtsextremismus, der Bedrohung für die liberale und pluralistische Gesellschaft oder dem sogenannten „Rechtsruck“ verbunden werden.

Die Analyse hat das Bild einer ostdeutschen Mittelstadt gezeichnet, in der die langfristige Verankerung von Rechtsextremen in der Stadtgesellschaft, ihre kommunalpolitische Etablierung und die (gewalthaften) Aktivitäten meist jugendlicher, subkulturell orientierter Neonazis zwar auf zivilgesellschaftlichen Widerstand und den Widerspruch durch Demokrat:innen stoßen, viele Einwohner:innen allerdings gleichgültig zu sein scheinen, die Situation dulden oder sogar durch das eigene (Wahl-)Handeln mithin beigeführt haben und stabilisieren. Die Normalisierung des Rechtsextremismus in Eisenach zeigt sich an den längerfristigen Wahlerfolgen der NPD, deren Spitze auf die Pflege eines „Saubermann“-Images und „sachorientierter Kommunalpolitik“ bedacht ist. Durch die Ortsverbundenheit und das damit verbundene „Lokalkolorit“ werden Bürger:innennähe und Authentizität suggeriert und de facto praktiziert. Gleichzeitig trainieren gewalttätige Personen mit überregionalen und internationalen Verbindungen bis ins rechtsterroristische Milieu im „Bürgerzentrum“ der NPD, wo, neben Discoabenden für die Nachbarschaft, Parteitage und Neonazi-Konzerte abgehalten werden – mit regem Zulauf aus Thüringen und über die Landesgrenzen hinaus.

In Eisenach zeigen sich wie unter einem Brennglas die Realisationschancen der bereits in den 1990er-Jahren entwickelten sogenannten „Vier-Säulen“-Strategie der NPD, nach der – im parteipolitischen Duktus – ein „Kampf „um die Köpfe“, „um die Straße“, um die Parlamente“ und „um den organisierten Willen“ zu führen sei (vgl. Best et al. 2018: 77 f.; Missy 2013: 356 ff.). Der partielle Erfolg dieser Strategie im lokalen Kontext ist wesentlich in alltagspraktischen Routinen der Selbstverharmlosung und der Mimikry von „Bürgerlichkeit“ begründet, während das „Stammpublikum“ weiterhin mit entsprechenden inhaltlichen Angeboten adressiert wird, im Verborgenen die alten Netzwerke fortbestehen, die subkulturellen Aktivitäten der Neonazi-Szene aufrechterhalten werden und Formen der antagonistischen Kooperation mit informell organisierten oder ungebundenen militanten Rechtsextremen existieren. Das Fatale und Alarmierende dabei ist: Mittel- und langfristig kann die Eisenacher NPD gewissermaßen als Vorbild für Rechtsextreme anderenorts dienen.

Das Paradox besteht darin, dass der Kritik an diesen Zuständen und der Skandalisierung ihrer Normalität in Eisenach nur begrenzter Raum zugebilligt wird, während rechtsextreme Landnahme ganz wesentlich über die Nutzung und Vereinnahmung des Sozialraumes erfolgt. Vor allem die Angemessenheit von Reaktionsmodi auf den Rechtsextremismus sind umstritten – der Konsens besteht zumindest „auf dem Papier“ (I1.1). Er funktioniert als Kooperationspraxis auf symbolischer Ebene und im Rahmen von Engagementformen, die durch Konstruktionen von „Bürgerlichkeit“ oder politischer „Neutralität“ eingehegt und limitiert werden. Antifaschistischer Protest hingegen steht bei nicht wenigen Eisenacher:innen offenbar unter Verdacht, lediglich auf die Eskalation von Konfrontationsgewalt abzielen oder auf diese hinauszulaufen und Schreckensszenarien „linksextremistischer“ Verwüstungen im sonst so beschaulichen Eisenach in die Tat umzusetzen. Fragen danach, welche „Ruhe“ die „Unruhestifter“ da zu stören versuchen, verhallen zwischen den Bretterwänden, mit denen Geschäftsleute ihre Ladenlokale vor vermeintlichen „Krawalltourist:innen“ schützen. Gespräche über den Gartenzaun oder Beiträge in der lokalen Facebook-Gruppe – über Straßenausbau, Baumbepflanzung und Müllentsorgung – signalisieren ihnen doch: So schlimm kann das alles gar nicht sein mit dem Rechtsextremismus.

Diese bewusst etwas überspitzt formulierte Zusammenfassung soll verdeutlichen, dass sich eine problemzentrierte Sozialraumforschung mit dem methodischen Zuschnitt der vorliegenden Untersuchung leicht dem Vorwurf der Pauschalisierung aussetzt. Denn trotz allem ist Eisenach keine „rechtsextreme Stadt“. Nicht nur wählt die Mehrheit der Eisenacher Wähler:innen demokratische Parteien, es kann auch kein Zweifel daran erhoben werden, dass der überwiegende Teil der Einwohner:innen die Arbeit demokratischer zivilgesellschaftlicher Akteur:innen begrüßt, mindestens ideell unterstützt und demokratische, weltoffene und pluralistische Orientierungen aufweist. Da dies jedoch offenbar nicht ausreicht, Eisenachs massive Probleme mit dem Rechtsextremismus zu lösen, lassen sich aus unseren Befunden Schlussfolgerungen ableiten, mit denen jeweils drei Hemmfaktoren (H) und Gelingensfaktoren (G) für die demokratische Kultur benannt werden, ohne dass damit ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird:

H1: Als erster Hemmfaktor ist zunächst einzuschätzen, dass es keine wirksame, konsequente soziale Ächtung der bekannten antidemokratischen Akteur:innen gibt und eine solche offenbar von maßgeblichen Teilen der Stadtbevölkerung und einigen lokalpolitischen Akteur:innen als illegitim betrachtet wird. Dabei sind energischer Widerspruch und bestimmtes Auftreten gegenüber Rechtsextremen im Alltag, ihre Zurückdrängung aus Sphären politischer und gesellschaftlicher Öffentlichkeit sowie bestimmte Formen „zivilen Ungehorsams“ im Rahmen unkonventioneller politischer Partizipation (wie bei Demonstrationen gegen Neonazis) ein probates Mittel zur längerfristigen Zurückdrängung rechtsextremer Raumergreifungs- und Hegemonieansprüche, wie Beispiele aus Wunsiedel (Franken) oder Jena zeigen. Eine Grundbedingung dafür ist die Erhöhung der Engagement- bzw. Partizipationsbereitschaft in der allgemeinen Bevölkerung.

H2: Ein zweiter Hemmfaktor ist das Self-Labeling bzw. Selbstverständnis „bürgerlicher“ Eisenacher:innen als „neutral“ und eine damit verbundene Reserviertheit gegenüber Formen der Intervention gegen Rechtsextremismus, denen der Verdacht einer parteipolitischen „Agenda“ zugeschrieben wird, anstatt nach dem größtmöglichen gemeinsamen Nenner einer Kooperation

der Demokrat:innen gegen die Feind:innen der offenen Gesellschaft zu suchen. Um es anders auszudrücken: Zweckbündnisse, die ohne Kompromisse auskommen, sind keine Bündnisse, verfehlen vermutlich den Zweck und sind damit ein fauler Kompromiss für den wirksamen Schutz der Demokratie. Der Grundkonsens, dass Gewalt inakzeptabel ist, wird zur Farce, wenn die Täter:innen vor allem unter den Betroffenen und ihren Unterstützer:innen vermutet werden, aber tatenlos zugeschaut wird, wie rechtsextreme Gewalt weiter vorbereitet wird und sich ausbreitet.

H3: Einen dritten Hemmfaktor stellen markante sozioökonomische und sozialstrukturelle Risiken und Probleme im Sozialraum der Wartburgstadt und der Region dar, weil sie mit ökonomischer Krisenanfälligkeit verbunden sind und zumindest perspektivisch den Spielraum für sozialpopulistische, sozialstaatsnationalistische und wohlstandschauvinistische Mobilisierung von Rechtsaußen erhöhen. Wenn soziale Ungleichheit, Spaltung und Prekarisierung sowie kollektiv geteilte Furcht vor Statusverlust und Entsicherung zunehmen, werden radikale und extreme Rechte dies auf jeden Fall verstärkt auszunutzen versuchen. Werte- und normenbasierte, inhaltlich völlig angemessene Kritik an deren Positionen und Zielen bzw. Versuche der Stigmatisierung und Skandalisierung werden bei Adressat:innen bzw. Klient:innen radikal und extrem rechter Politikangebote noch weniger verfangen als ohnehin schon, wenn Entsicherung und Armut zunehmen und öffentliche Infrastruktur verfällt.

G1: Zentraler und erster Gelingensfaktor ist die Zivilgesellschaft. Bürger:innenbündnisse, Initiativen und kommunale Akteur:innen im Rahmen der lokalen Partnerschaft für Demokratie sind in der Stadt vernetzt; sie teilen eine kritische Problemwahrnehmung und klare Standpunkte hinsichtlich der Notwendigkeit ihres zivilgesellschaftlichen Engagements. Mit breitenwirksamen und inklusiven Projekten und Initiativen können sie gegen den Rechtsextremismus in der Region agieren, wenn neue Kooperationspotenziale erschlossen werden – durch die stärkere, gezielte Ansprache und Aktivierung von Teilen der Stadtgesellschaft bzw. einer „schweigenden Mehrheit“, die in vermeintlich „unpolitischen“ Organisationen erreichbar und daher zu kollektivem Handeln befähigt sind. Neben Aufklärung und Bildung, Leitbildarbeit in Vereinen und Verbänden ist u. a. wichtig, dass die Kommunikation in digitalen Räumen durch demokratische Narrative belebt wird und den Geländegewinnen und der Normalisierung des Rechtsextremismus begegnet werden kann. Deutlich ist zu vermitteln, dass Intoleranz nicht toleriert werden darf, dass Neonazis klarere Grenzen aufgezeigt werden, egal wie bieder sie sich geben mögen, und dass es sehr gute Gründe gibt, wieso möglichst viele Eisenacher:innen so denken und entsprechend handeln sollten. Die Positionierung und Aktivierung für Demokratie und Weltoffenheit sind Aufgaben, die auf möglichst vielen Schultern verteilt werden müssen – und als vitale „Eigeninteressen“ verschiedenster Akteur:innen adressiert und erkannt werden sollten. Da Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus negative „Standortfaktoren“ für die Westthüringer Wirtschaftsregion darstellen, kann außerdem die Einbeziehung von Unternehmen (u. a. der Automobilbau- und Tourismusbranche) zentrale Bedeutung haben.

G2: Als zweiter Gelingensfaktor kann die Erhöhung staatlicher Repression gegenüber rechtsextremen Strukturen und Aktivitäten wirken, wie Beispiele in der Vergangenheit gezeigt haben. Polizei, Justiz und Ordnungsämter können substanzielle Beiträge zur Sanktionierung und Eindämmung von Gewalthandlungen und anderen Umtrieben von Rechtsextremen leisten. Dafür muss allerdings

nicht nur der Rechtsrahmen voll ausgeschöpft, sondern auch der Dialog mit der Zivilgesellschaft und die Wahrnehmung der Betroffenenperspektive gepflegt werden, u. a. um Wahrnehmungsdivergenzen, Informationsdefizite, Interessensunterschiede und Zielkonflikte einzugrenzen, auszuräumen bzw. zu verhindern.

G3: Ein dritter Gelingensfaktor ist durch Kooperation und Unterstützung auf überregionaler und nationaler Ebene definiert. Eisenach und der Wartburgkreis sind mit dem Rechtsextremismus nicht isoliert. Die Wartburgstadt und ihre Umgebung können und müssen sich nicht allein von den strukturell verfestigten Problemlagen und dem Image einer Rechtsextremismus-Hochburg befreien. Die Reflexion von Erfahrungen bzw. Best-Practice-Beispielen aus kleineren und größeren Kommunen und Regionen in ganz Deutschland bietet die Chance, kollektives, systemisches Modell-Lernen mit konkreten Kooperationspartnerschaften zu verknüpfen. Denn die rechtsextremen Akteur:innen, Organisationen und Netzwerke sind selbst intensiv überregional aktiv, wurden anderenorts aber erfolgreich zurückgedrängt bzw. ihr Handlungsspielraum drastisch eingeeengt. Eine Stadt und ihre lokalen demokratischen Akteur:innen können nicht „im Alleingang“ agieren. Sie sind auf Synergieeffekte der Vernetzung mit anderen betroffenen Städten und Regionen (jenseits Südwestthüringens) angewiesen. Dafür braucht es u. a. verbesserte (digitale und analoge) Formate des Austauschs. Vor allem aber muss eine stärkere politische bzw. staatliche Unterstützung durch Bundesland und Bund erfolgen, die über die bisherige projektbezogene Förderung im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (DenkBunt) und des Bundesprogramms Demokratie leben! hinausgeht. Der am 25. November 2020 veröffentlichte, elfseitige „Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus“ (Bundesregierung 2020) sieht die Schaffung neuer und die Verbesserung bestehender „staatliche[r] Strukturen im Bereich der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus“ sowie die „Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden, Justiz, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern“ vor (ebd.: 1). Wichtig ist selbstverständlich, welche dieser Maßnahmen zukünftig konkret in Eisenach ergriffen werden.

15. Ausblick und Handlungsempfehlungen

Eisenach ist vor Herausforderungen gestellt, die effektiveres, strategisches und langfristiges Handeln erfordern – in enger Kooperation mit anderen Kommunen und dem Freistaat Thüringen. Dabei geht es weniger darum, dass Problemlagen und Defizite bisher nicht benannt oder nicht erkannt wurden, sondern um die Überwindung (partieller) Ohnmachtsgefühle und um die Fokussierung konstruktiver und wachstumsbezogener Maßnahmen, die auf positiven Entwicklungen fußen und bestehende Potenziale stärker nutzen. Für die politische, demokratiepraktische und behördliche Arbeit vor Ort lassen sich aus den zuvor erfolgten Einschätzungen folgende Handlungsempfehlungen ableiten, um dem Rechtsextremismus in Eisenach, seinen Ursachen und Wirkungsweisen entgegenzuwirken:

- eine kategorische, konsequente Nichtkooperation mit der NPD und die klare Abgrenzung von ihr in allen (kommunal-)politischen Belangen, u. a. bezüglich des Abstimmungsverhalten bei Anträgen im Stadtrat, durch alle demokratischen Politiker:innen
- die Stärkung und Schaffung niedrigschwelliger Partizipationsangebote für die Einbeziehung und Aktivierung der Bevölkerung, insbesondere Jugendlicher und junger Erwachsener, für demokratieförderliches Engagement und die Mitarbeit in Projekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus
- das Setzen hoher ideeller und angemessener finanzieller Anreize sowie eine bessere und vor allem langfristige institutionelle bzw. infrastrukturelle Unterstützung von demokratieförderlichem ehrenamtlichen Engagement durch die Kommune, den Freistaat und den Bund
- die Gestaltung eines möglichst breitenwirksamen und integrativen Diskurses der Thematisierung, kritischen Reflexion und lösungsorientierten Diskussion des Problems mit dem Rechtsextremismus in Stadt und Region unter Einbeziehung der Wirtschaft bzw. der Gewerbetreibenden; Voraussetzung dafür ist die Formulierung und konsequente Einhaltung eines breiten Konsenses gegen Rechtsextremismus und der konstruktive Dialog innerhalb des demokratischen Parteienspektrums und der Zivilgesellschaft
- die Erhöhung des Repressionsdrucks auf Rechtsextreme durch Politik, Behörden und Zivilgesellschaft – dazu sollte ein kooperativer Maßnahmenkatalog mit realistischen, zeitlich zuordbaren (Teil-)Zielen und Verantwortlichkeiten bzw. Selbstverpflichtungen geschaffen werden

- die Nutzung des hohen Organisationsgrades der Eisenacher:innen vor allem in Sportvereinen und anderen Verbänden mittels Kooperationsbeziehungen, die die Breiten- und Querschnittsaufgabe jener Vereine als Orte der Demokratieförderung, der Prävention und Primärintervention vor allem im Kinder- und Jugendalter stärker formuliert
- die institutionelle Unterstützung und langfristige finanzielle sowie personelle Förderung alternativer Angebote zur Etablierung nichtrechter, alternativer Räume (u. a. durch die Bereitstellung von Infrastruktur wie kommunalen Immobilien, finanzielle Förderung durch Freistaat und Bund etc.)
- erhöhte Anstrengungen zur Säuberung des Stadtraums im Sinne einer Zurückdrängung der aggressiven Raumergreifungsstrategie rechtsextremer Reviermarkation (Graffiti, Schmierereien, Aufkleber usw.) sowie eine Erhöhung der Sichtbarkeit, Reichweite, des Wirkungsgrades und der Nachhaltigkeit der öffentlichen Präsenz von demokratiefördernden Maßnahmen, z. B. durch Aufklärungs-, Bildungs- und Werbekampagnen der Bürger:inneninitiativen und Vereine gegen Rechtsextremismus, die von Kommune und Freistaat gefördert werden sollten
- konsequente polizeiliche bzw. justizielle Ermittlung und Strafverfolgung sowie die soziale Ächtung von Hassrede, Gewalt, Bedrohungen und Einschüchterungen; Betroffene rechtsextremer und rassistischer Angriffe müssen ernstgenommen werden und nicht nur ideelle, sondern konkrete praktische Unterstützung dadurch erfahren, dass rechtsextremen Aktivitäten und ihrer Normalisierung entschieden entgegengewirkt wird
- Sensibilisierungs- und Fortbildungsveranstaltungen für Polizist:innen, bei denen die Betroffenenperspektive im Mittelpunkt steht, damit z. B. einer sekundären Viktimisierung (u. a. einer Täter-Opfer-Umkehr) vorgebeugt wird
- Der Appell an demokratische Werte und Normen und das Verantwortungsbewusstsein aller Bürger:innen fällt nur insofern auf fruchtbaren Boden, wie pluralistische, liberale Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform schon von Kindesbeinen an erfahrbar und erlebbar gemacht wird, sodass entsprechende Werte, Normen und Handlungsorientierungen fest verankert sind, während rechtsextreme Identifikations- und Deutungsangebote gar keine Attraktivität besitzen. Bildung und Erziehung liegen aber nicht in alleiniger Verantwortung von pädagogischen und politischen Akteur:innen vor Ort, sondern sind Aufgabe der Landespolitik, z. B. was die Sicherstellung des Bedarfs an Lehrer:innen und Erzieher:innen anbetrifft.
- Mit Blick auf die Fusion der Stadt mit dem Wartburgkreis 2022, angesichts der leeren Eisenacher Stadtkasse, ist ein fairer fiskalischer Lastenausgleich zwischen Land und Kommune zu gewährleisten. Notwendig sind regional spezifische Strukturförderungsmaßnahmen, die Abmilderung sozialer Härten sowie die Entschärfung von mittel- und langfristigen sozioökonomischen Entwicklungsrisiken im Sozialraum.

Literatur- und Quellenverzeichnis

AfV Thüringen (2016): Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2014/2015 (Pressefassung). Erfurt.

AfV Thüringen (2017): Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2016 (Pressefassung). Erfurt.

AfV Thüringen (2018): Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2017 (Pressefassung). Erfurt.

AfV Thüringen (2019): Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2018 (Pressefassung). Erfurt.

AfV Thüringen (2020): Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales, Abteilung Amt für Verfassungsschutz Thüringen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2019 (Pressefassung). Erfurt.

AGST (2020): Antifaschistische Gruppen Südthüringen: Leon Ringl alias Antidemokrat — Fan der Terrorgruppe „Atomwaffendivision“. Outing zu seinen Strukturen „Nationaler Aufbau Eisenach“ und „Knockout 51“. 27. Januar 2020, online: <https://agst.noblogs.org/post/2020/01/27/leon-ringl-alias-antidemokrat-fan-der-terrorgruppe-atomwaffendivisionouting-zu-seinen-strukturen-nationaler-aufbau-eisenach-und-knockout-51/> (geprüft: 31. Januar 2021).

Alemannia Judaica (2020): Eisenach (Thüringen) – Jüdische Geschichte / Synagogen. Online: http://www.alemannia-judaica.de/eisenach_synagoge.htm (geprüft: 31. Januar 2021).

Bagus, Anita (2009): Familie Dr. Kleist & Co. – zur Verortung des Fiktionalen am Beispiel von TV-Serien. In: Thomas Hengartner/Timo Heimerdinger/Anne-Christin Lux/Michael Simon (Hrsg.): Bilder. Bücher. Bytes. Zur Medialität des Alltags. 36. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde in Mainz vom 23. bis 26. September 2007. Münster: Wachsmann, S. 261–272.

Berg, Lynn/Üblacker, Jan (2020/Hrsg.): Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte. Bielefeld: Transcript.

Best, Heinrich/Miehlke, Marius/Salheiser, Axel (2018): Topografie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen: Dokumentation und Analysen. Forschungsbericht 2018. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Online: https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/literatur/projektbericht_topografie_dez2018.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

Best, Heinrich/Miehlke, Marius/Salheiser, Axel (2019): Topografie 2019: Phänomene des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Forschungsbericht 2019. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Online: http://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/Literatur/PROJEKTBERICHT_TOPOGRAFIE_DEZ2019.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

Best, Heinrich/Salheiser, Axel (2021): Regionale und individuelle Einflussfaktoren auf den Rechtspopulismus. Eine Analyse auf der Basis des „Thüringen-Monitors“. In: Heinz Ulrich Brinkmann/Karl-Heinz Reuband (Hrsg.). Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung. Wiesbaden: Springer VS, im Erscheinen.

Best, Heinrich/Salheiser, Axel/Schmidtke, Franziska/Vogel, Lars/Busch, Rahel/Miehlke, Marius (2017): Topografie und regionale Kontextanalyse des Rechtsextremismus in Thüringen: Projektbericht 2017. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Online: https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/literatur/projektbericht_topografie_dez2017.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

Birkenmeier, Jochen/Weise, Michael (2000): Erforschung und Beseitigung. Das kirchliche „Entjudungsinstitut“ 1939–1945. Begleitband zur Ausstellung. 2., durchgesehene und erweiterte Auflage. Eisenach: Stiftung Lutherhaus Eisenach.

Borstel, Dierk (2019): Fest verankert – Rechtsextremismus in der Stadt Anklam. In: Wissen schafft Demokratie, Band 5. Schwerpunkt: Ländlicher Raum. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, S. 112–123. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD5/Text_Borstel.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

Botsch, Gideon (2017): Rechtsextremismus als politische Praxis. Umriss akteursorientierter Rechtsextremismusforschung. In: Christoph Kopke/Wolfgang Kühnel (Hrsg.): Demokratie, Freiheit und Sicherheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke, Baden-Baden: Nomos 2017 (= HWR Berlin Forschung, Bd. 63), S. 131–146.

Brandstetter, Marc (2014): NPD-Klatsche in Thüringen: Das Wieschke-Desaster. Endstation Rechts, 14. September 2014, online: <https://www.endstation-rechts.de/news/npd-klatsche-in-thueringen-das-wieschke-desaster.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Bundesregierung (2020): Maßnahmenkatalog des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus. 25. November 2020, online: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf> (geprüft: 31. Januar 2021).

BVerwG (2020): Beschluss vom 04.05.2020 – 8 B 61.19. Online: <https://www.bverwg.de/040520B8B61.19.0> (geprüft: 31. Januar 2021).

Eisenach Online (2019): Weitere Stolpersteine in Eisenacher Innenstadt verlegt. 15. Mai 2019, <https://www.eisenachonline.de/personen/weitere-stolpersteine-in-eisenacher-innenstadt-verlegt-3-97122> (geprüft: 31. Januar 2021).

Endstation Rechts (2016): Ex-NPD-Landeschef Wieschke wegen Volksverhetzung zu Bewährungsstrafe verurteilt. 12. Februar 2016. Online: <https://www.endstation-rechts.de/news/ex-npd-landeschef-wieschke-wegen-volksverhetzung-zu-bewaehrungsstrafe-verurteilt.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

ezra (2020): Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen: Pressemappe Jahresstatistik 2019. Online: https://ezra.de/wp-content/uploads/2020/03/Pressemappe_ezra_20-03-17_ohne-Handynummer.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

Fielitz, Maik/Müller, Lisa/Saenz, Johanna (2019): Nicht mehr als ein kurzer Spuk? Zum Scheitern rechtsextremer Mobilisierungsversuche im Raum Lörrach. In: Wissen schafft Demokratie, Band 5. Schwerpunkt: Ländlicher Raum. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, S. 124–133. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD5/Text_Fielitz_Müller_Saenz.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

Fuchs, Christian/Middelhoff, Paul (2019): Das Netzwerk der Neuen Rechten: Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern. 4. Auflage. Hamburg: Rowohlt.

Funke, Hajo (2020): Die Höcke-AfD: Vom gärrigen Haufen zur rechtsextremen »Flügel«-Partei. Eine Flugschrift. Hamburg: VSA.

Glaser, Michaela (2013): ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter – ein umstrittenes Phänomen. In: René Schultens/Michaela Glaser (Hrsg.): ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen. Halle (Saale): Deutsches Jugendinstitut e. V., Außenstelle Halle, S. 4–21.

Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (2013/Hrsg.): Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden. Weinheim Basel: Beltz Juventa Verlag.

Haak, Sebastian (2019): Widerspruch und Wirklichkeit in Eisenach. Die Neonazi-Szene hat trotz der rot-rot-grünen Landesregierung Oberwasser bekommen. In: Neues Deutschland online, 21. Oktober 2019, <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1127469.neonazi-szene-widerspruch-und-wirklichkeit-in-eisenach.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Hebel, Christina (2014a): NPD-Wahlkampf in Thüringen: Braune Blender. Spiegel Online, 12. September 2014, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-wahlkampf-in-thueringen-braune-blender-a-991272.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Hebel, Christina (2014b): Ermittlungen gegen Rechtsextremisten: NPD-Politiker Wieschke muss sich aus Parteispitze zurückziehen. Spiegel Online, 19. September 2014, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/npd-thueringens-landeschef-wieschke-muss-bundesaemter-abgeben-a-992711.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Hemmerling, Axel/Kendzia, Ludwig (2020): Polizei bittet Neonazi zur Kasse: NPD-Funktionär soll Einsatz in Eisenach bezahlen. MDR online, 29. November 2020, <https://www.mdr.de/thueringen/west-thueringen/eisenach/neonazis-konzert-polizei-rechnung-100.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Jaschke, Hans-Gerd (1994): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Jüdische Allgemeine (2020): Neonazi-Gruppe »Combat 18« verboten. Jüdische Allgemeine online, 23. Januar 2020, <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/neonazi-gruppe-combat-18-verboten/> (geprüft: 31. Januar 2021).

Kellershohn, Helmut/Paul, Jobst (2013/Hrsg.): Der Kampf um Räume: Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion. Münster: Unrast Verlag.

Klaus, Fabian (2016): Neue rechte Gruppe in Wartburgregion. Thüringer Allgemeine online, 23. August 2016, <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/neue-rechte-gruppe-in-wartburgregion-id221932325.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Kurth, Alexandra/Weidinger, Bernd (2017): Burschenschaften: Geschichte, Politik und Ideologie. Bundeszentrale für politische Bildung, online: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/256889/burschenschaften> (geprüft: 31. Januar 2021).

Lönnecker, Harald (2005): Das Burschenschaftsdenkmal in Eisenach. In: Deutsche Burschenschaft (Hrsg.): Handbuch der Deutschen Burschenschaft. Traunstein: BurschenDruck, S. 26–34.

Maxwill, Peter (2019): Bürgermeisterin über Streit mit Rechtsextremen: Die Handschlag-Krise von Eisenach. Spiegel Online, 7. Dezember 2019, <https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/eisenach-katja-wolf-die-npd-und-die-handschlag-krise-a-1299787.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Maxwill, Peter (2021): Anschlag auf rechten Szenetreff in Thüringen: Sprengsatz am »Bull's Eye«. Spiegel Online, 14. Januar 2021, <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/eisenach-anschlag-auf-rechten-szenetreff-politiker-fordern-aufklaerung-a-9c3c1048-10e4-47c4-b3bed71eedf1f852> (geprüft: 31. Januar 2021).

MDR (2020a): Täter weiter unbekannt: Farbanschlag auf Burschenschaftsdenkmal. Videobeitrag, MDR Thüringen/MDR online, 15. November 2020, <https://www.mdr.de/thueringen/west-thueringen/eisenach/video-465460.html> (aufgerufen am 15. November 2021); außerdem: Polizeifahndung – Überwachungskamera filmt Farbanschlag auf Burschenschaftsdenkmal, MDR Thüringen/MDR online, 15. November 2020, <https://www.mdr.de/nachrichten/panorama/fahndung-anschlag-burschenschaftsdenkmal-eisenach-100.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

MDR (2020b): Oberlandesgericht spricht Aktivistin gegen rechts frei. MDR online, 20. März 2020. <https://www.mdr.de/thueringen/west-thueringen/eisenach-urteil-gegen-mensah-schramm-aufgehoben-100.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Meisner, Matthias (2015): Gegen Oberbürgermeisterin der Linke: Allianz von NPD und CDU in Eisenach. Tagesspiegel online, 16. Juni 2015, <https://www.tagesspiegel.de/politik/gegen-oberbuergermeisterin-der-linke-allianz-von-npd-und-cdu-in-eisenach/11921958.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Missy, Stefan (2013): Das politische Profil der „neuen“ NPD: Organisatorischer Wandel, ideologische Radikalisierung und strategisches Konzept einer „systemfeindlichen“ Partei. Dissertation, Ludwig-Maximilian-Universität München.

MOBIT (2002): Im Westen nichts Neues? Rechtsextremistische Strukturen in Westthüringen. MOBIT – Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Thüringen e.V. Online: https://mobit.org/Material/2002_MOBIT_%27im-westen-nichts-neues%27.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

MOBIT (2018a): Hass und Kommerz. RechtsRock in Thüringen. Erfurt: Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus. Online: <https://mobit.org/Material/Mobit-Heft-RechtsRock18-G-web.pdf> (geprüft: 31. Januar 2021).

MOBIT (2018b): Nach den rechten Häusern sehen. Immobilien der extrem rechten Szene in Thüringen. Erfurt: Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus. Online: https://mobit.org/Material/MOBIT_Nach%20den%20rechten%20Häusern%20sehen_2018.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

MOBIT (2019a): Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus: Im Kampf für die „völkische Wiedergeburt“. Extrem rechte Kampfsportstrukturen in Thüringen. Online: <https://mobit.org/im-kampf-fuer-die-voelkische-wiedergeburt-extrem-rechte-kampfsportstrukturen-in-thueringen/> (geprüft: 31. Januar 2021).

MOBIT (2019b): Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus: Demonstration gegen rechte Gewalt in Eisenach: Opferberatung ist im Vorfeld entsetzt über Täter-Opfer-Umkehr in der öffentlichen Auseinandersetzung. 14. März 2019. Online: <https://mobit.org/presseerklaerung/eisenach-demonstration-gegen-rechte-gewalt/> (geprüft: 31. Januar 2021).

MOBIT (2020a): Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus: MOBIT-Jahresrückblick 2019. 06. Januar 2020. Online: <https://mobit.org/mobit-jahresueckblick-2019/> (geprüft: 31. Januar 2021).

MOBIT (2020b): Mobile Beratung in Thüringen – für Demokratie – gegen Rechtsextremismus: Chronik (fortlaufend seit 2016). Online: <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/> (geprüft: 31. Januar 2021).

Möller, Kurt (2010): Regionale Bedingungsfaktoren des Rechtsextremismus aus sozialwissenschaftlicher und (sozial-)pädagogischer Perspektive. Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (2), S. 159-164.

NSU-Watch (2013): Protokoll 59. Verhandlungstag – 21. November 2013. Online: <https://www.nsu-watch.info/2013/11/protokoll-59-verhandlungstag-21-november-2013/> (geprüft: 31. Januar 2021).

Pfahl-Traugher, Armin (2019): Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Wiesbaden: Springer VS.

Quent, Matthias (2015): Systematisierte Situations- und Ressourcenanalysen – Bericht und Empfehlung. Im Auftrag des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (Denk Bunt). Jena: Friedrich-Schiller-Universität.

Quent, Matthias/Schulz, Peter (2016): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden: Springer VS.

Rees, Jonas H./Rees, Yann P. M./Hellmann, Jens H./Zick, Andreas (2019): Climate of Hate: Similar Correlates of Far Right Electoral Support and Right-Wing Hate Crimes in Germany. *Frontiers in Psychology*, October 2019, Vol. 10, Article 2328, online: <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2019.02328>

Reiser, Marion/Best, Heinrich/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2018): Heimat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2018. Jena: KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratietriebung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Drucksache des Thüringer Landtags 6/6383.

Reiser, Marion/Best, Heinrich/Fürnberg, Ossip/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/Vogel, Lars (2019): Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019. Jena: KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Drucksache des Thüringer Landtags 7/46. Online: <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/Publikationen/TM2019.pdf> (geprüft: 31. Januar 2021).

Reuband, Karl-Heinz (2020): Rechtspopulistischer Protest – eine Folge lokaler politischer Kultur? Dresden als Entstehungs- und Veranstaltungsort der PEGIDA-Kundgebungen. In: MIP, 26. Jg., Heft 2, S. 132–157.

Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2019a): Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_Analyse_AfD-Wahlerfolg_Landtagswahlen_2019_FINAL_WEB.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2019b): Die AfD zur Kreistagswahl 2019 in Thüringen. Empirische Analysen zur Erklärung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_Brosch%C3%BCre_Die_AfD_zur_Kreistagswahl_2019_in_Th%C3%BCringen_WEB.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

Richter, Christoph/Bösch, Lukas (2017): Demokratieferne Räume. Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Demokratieferne_Raeume_AfD_Bundestagswahl_2017.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2021): Demokratie auf dem Rückzug? Die Ursachen der Wahlerfolge der AfD in Thüringen und zur Bundestagswahl 2017. In: Heinz Ulrich Brinkmann/Karl-Heinz Reuband (Hrsg.): Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung. Wiesbaden: Springer VS, im Erscheinen.

Rippl, Susanne/Baier, Dirk (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 57 (4), S. 644–666.

Rippl, Susanne/Seipel, Christian (2018): Modernisierungsverlierer, Cultural Backlash, Postdemokratie. Was erklärt rechtspopulistische Orientierungen? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70 (2), S. 237–254.

Röpke, Andrea/Speit, Andreas (2013/Hrsg.): Blut und Ehre: Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland. Berlin: Ch. Links.

Schellenberg, Britta (2014): Mügeln: Die Entwicklung rassistischer Hegemonien und die Ausbreitung der Neonazis. Dresden: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen. Online: https://www.boell.de/sites/default/files/muegeln_download.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

Schönberger, Sophie (2019): Die zwei Körper der Bürgermeisterin. Verfassungsblog, 11. Dezember 2019, online: <https://verfassungsblog.de/die-zwei-koerper-der-buergermeisterin/> (geprüft: 31. Januar 2021).

Schuhmacher, Nils (2014): „Nicht nichts machen“? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa. Duisburg: Salon Alter Hammer – Verlag für Ton und Text.

Spiegel Online (2013): Treffen in Eisenach: Burschenschafter planen Neuauflage des „Ariernachweises“. 23. Mai 2013, <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/burschentag-deutsche-burschenschaft-streitet-wieder-um-ariernachweis-a-901174.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Spiegel Online (2015): 200 Jahre Burschenschaften: Vereint in Eisenach. 29. Mai 2015, <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/200-jahr-jubilaem-burschenschaften-treffen-sich-in-eisenach-a-1036261.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Spiegel Online (2018): Demo in Thüringen: Opel-Mitarbeiter drängen Höcke ab. 25. April 2018, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bjoern-hoecke-von-opel-beschaeftigten-bei-demo-abgedraengt-a-1204720.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Stadt Eisenach (2018): Fortschreibung Spiel- und Sportstättenleitplanung 2018. Online: https://www.eisenach.de/fileadmin/user_upload/Rathaus/Satzungen/Stadtrecht/Konzepte/Fortschreibung_SSPL_2018.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

Stadt Eisenach (2019): Stadt Eisenach fusioniert zum 1. Januar 2022 mit dem Wartburgkreis: Oberbürgermeisterin informiert über die nächsten Schritte. Pressemitteilung vom 13. März 2019, online: <https://www.eisenach.de/service/pressemitteilungen/pressemitteilung-im-detail/stadt-eisenach-fusioniert-zum-1-januar-2022-mit-dem-wartburgkreis-oberbuergemeisterin-informiert-ueber-die-naechsten-schritte> (geprüft: 31. Januar 2021).

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.

Süddeutsche Zeitung (2019): Gedenkinstallation erinnert an „Entjudungsinstitut“. Süddeutsche Zeitung Online, 16. Mai 2019, <https://www.sueddeutsche.de/wissen/geschichte-eisenach-gedenkinstallation-erinnert-an-entjudungsinstitut-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-190505-99-89859> (geprüft: 31. Januar 2021).

Süddeutsche Zeitung (2021): Eisenach weiterhin Hochburg von Rechtsextremen in Thüringen. Süddeutsche Zeitung Online, 28. Januar 2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-erfurt-eisenach-weiterhin-hochburg-von-rechtsextremen-in-thueringen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210128-99-211457> (geprüft: 31. Januar 2021).

TAZ (2020): Nach Angriff auf Rechtsextreme: Autonome in Leipzig festgenommen. TAZ online, 6. November 2020, <https://taz.de/Nach-Angriff-auf-Rechtsextreme/!5726701/> (geprüft: 31. Januar 2021).

Thüringenrechtsaußen (2016): Hintergrund: Verbindungen der AfD zur extremen Rechten in Thüringen – 13 Beispiele. Online: <https://thueringenrechtsaussen.wordpress.com/2016/07/28/hintergrund-verbindungen-der-afd-zur-extremen-rechten-in-thueringen-13-beispiele/> (geprüft: 31. Januar 2021).

Thüringer Allgemeine (2018): Treffen am Burschenschaftsdenkmal. Thüringer Allgemeine Online, 28. März 2018, <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/eisenach/treffen-am-burschenschaftsdenkmal-id223988435.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

TLZ (2019): Das Streichen der Handschlag-Klausel und die Auswirkungen für Eisenach. Thüringer Allgemeine Zeitung online, 15. Juni 2020, <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/eisenach/das-streichen-der-handschlag-klausel-und-die-auswirkungen-fuer-eisenach-id229316518.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

TMASGFF (2019): Zweiter Thüringer Sozialstrukturatlas mit der Fokussierung auf Armut und Armutsprävention, hrsg. vom Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Erfurt. Online: https://www.thueringer-sozialstrukturatlas.de/fileadmin/user_upload/Allgemein/Publikationen/soziales_zweiter_thueringer_sozialstukturatlas_2020.pdf (geprüft: 31. Januar 2021).

Weil, Thomas/Koch, Holger (2012): Situations- und Ressourcenanalyse zum Rechtsextremismus – Wissenschaftlicher Bericht für den Lokalen Aktionsplan des Wartburgkreises. Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, herausgegeben vom Landratsamt des Wartburgkreises, Bad Salzungen.

Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.

Wuggazer, Klaus (2015): Verfassungsschutz warnt: Neue Neonazigruppe ist in Eisenach und der Region aktiv. In: Thüringer Allgemeine online, 29. Juli 2015, <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/vermishtes/verfassungsschutz-warnt-neue-neonazigruppe-ist-in-eisenach-und-der-region-aktiv-id221077441.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Zlotowicz, Jensen (2018): Eisenach: Linke sieht in Aktion „Morddrohung“. In: Thüringer Allgemeine online, 15. Oktober 2018, <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/land-und-leute/eisenach-linke-sieht-in-aktion-morddrohung-id224731903.html> (geprüft: 31. Januar 2021).

Interview-Leitfaden (Langversion)

1. Wenn Sie die Situation bezüglich des Rechtsextremismus vor Ort bzw. in Ihrer Region betrachten: Wie schätzen sie diese Situation insgesamt ein?
2. Wer sind die relevanten regionalen und lokalen rechtsextremen Akteur:innen? (Einzelpersonen, Gruppen, Organisationen und Netzwerke; auch: rechtsaffine Jugendcliquen usw.)
3. Über welche Infrastruktur (Immobilien, Trefforte, „Reviere“, Brennpunkte usw.) verfügt die rechtsextreme Szene? Auf welche Stadtteile bzw. konkreten Orte konzentrieren sich deren Präsenz bzw. Aktivitäten bzw. welche Unterschiede zwischen einzelnen Quartieren o. ä. sind hierbei zu benennen?
4. Welche Rolle spielt das dörflich geprägte Umland (Einzugsbereich usw.)? (Wartburgkreis: einzelne Gemeinden?)
5. Wie hoch schätzen Sie das Aktivitätsniveau und den Organisationsgrad der rechtsextremen Akteur:innen ein? Welche Kooperationen, Konkurrenz, Konflikte usw. gibt es zwischen diesen Akteur:innen?
6. Welche Strategien werden von diesen Akteur:innen Ihres Erachtens verfolgt und wie äußert sich dies konkret? (Angebote, Veranstaltungen, Aktionen, Kampagnen, „Nachbarschaftshilfe“, besondere Vorkommnisse, Provokationen, Konfrontationen usw.)
7. Welche Themenfelder werden dabei besetzt und wie geschieht das?
8. Treten Rechtsextreme eher „zivil“ oder militant in Erscheinung?
9. Wie schätzen Sie das Gewaltpotenzial der o. g. Akteur:innen ein? Können Sie dafür konkrete Beispiele nennen? Wer ist von dieser Gewalt betroffen und welche Reaktionen gab es?
10. Welche Online-Aktivitäten regionaler rechtsextremer Akteur:innen nehmen sie wahr? (Websites und Foren, Facebook, Instagram usw.)
11. Welche lokal spezifischen Herausforderungen oder Probleme des Rechtsextremismus erkennen Sie? Was sind Ihres Erachtens nach die Ursachen dafür?
12. Wo sehen Sie lokal spezifische Entwicklungen des Rechtsextremismus in den letzten 10 Jahren und welche Ursachen gibt es dafür?
13. Welche aktuellen Entwicklungen erkennen Sie?
14. Worin besteht Handlungsbedarf und was sollte Ihrer Ansicht nach konkret getan werden?
15. Wie schätzen Sie allgemein den demokratischen Konsens in der „Stadtgesellschaft“ bzgl. des Rechtsextremismus ein? Inwieweit erkennen Sie Polarisierungs- bzw. Problemverleugnungstendenzen?
16. Welche Positionen werden zu Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus in der Bevölkerung bzw. in der Stadtgesellschaft eingenommen? Wie wird darüber gesprochen? (Zustimmung, Ablehnung, Widerspruch, Duldung, Gewöhnung, Ignoranz, Bagatellisierung, Ohnmacht, Passivität, Resignation usw.?)
17. Würden Sie sagen, dass Rechtsextremist:innen eher in die Stadtgesellschaft integriert oder eher isoliert sind?

18. Wie erklären Sie sich die (im Landesvergleich markant erhöhten) Stimmenanteile der NPD bei den zurückliegenden Wahlen?
19. Würden Sie sagen, dass die NPD vor Ort als eine normale Partei wahrgenommen wird? Können Sie in den letzten Jahren einen Entwicklungstrend hinsichtlich der Akzeptanz der NPD erkennen?
20. Welche sozialen Aspekte erkennen Sie, die das Problem beeinflussen (z. B. „Ängste und Sorgen“, demographische und sozioökonomische Strukturentwicklung; Migration, Flucht, Asyl usw.)?
21. Wie reagiert die Bevölkerung auf rechtsextreme Raumergreifungsstrategien (z. B. im Stadtbild) und Einschüchterungsversuche bzw. Gewaltphänomene?
22. Wie wird auf Positionierungen/Engagement/Interventionen gegen Rechtsextremismus reagiert?
23. Wie bewerten Sie insgesamt das Verhältnis zwischen der demokratischen Zivilgesellschaft und der Lokalpolitik hinsichtlich der Herausforderungen durch Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus?
24. Wer sind die relevanten regionalen und lokalen Akteur:innen gegen den Rechtsextremismus? (Einzelpersonen, Gruppen, Organisationen und Netzwerke)
25. Wie bewerten Sie die Quantität und Qualität der Kooperation und Kommunikation der verschiedenen Akteur:innen gegen Rechtsextremismus vor Ort?
26. Wie sind Beratungs-, Planungs- und Entscheidungsstrukturen und -prozesse ausgestaltet?
27. Wie wird kurzfristig auf Ereignisse / Herausforderungen reagiert?
28. Inwieweit gab es in der Vergangenheit Lernprozesse?
29. Wo gibt es Bedarfe, Konflikte bzw. Dissens? Können Sie dafür konkrete Beispiele nennen?
30. Welche konkreten Maßnahmen der Intervention und Prävention gegen Rechtsextremismus existieren? (kommunale bzw. staatliche Maßnahmen, Projektarbeit, Initiativen und Kampagnen, Engagement von Bürger:innenbündnissen und lokalen Aktionsgruppen usw.)
31. Wie schätzen Sie die Rolle der Verwaltungsbehörden, der Polizei und der Justiz ein?
32. Wie schätzen Sie die Rolle der politischen Parteien ein?
33. Wie schätzen Sie die Rolle der Bildungsinstitutionen ein?
34. Wie schätzen Sie die Rolle der Kinder- und Jugendsozialarbeit ein?
35. Wie schätzen Sie die Rolle der Vereine und Verbände vor Ort ein? Welche Bezüge zu bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt im Allgemeinen lassen sich herstellen? (auch: Kultur, Sport und Freizeit)
36. Wie schätzen Sie die Rolle der Kirchgemeinden bzw. Religionsgemeinschaften vor Ort ein?
37. Wie schätzen Sie die Rolle der Unternehmen und Gewerbetreibenden vor Ort ein?
38. Wie schätzen Sie die Rolle der Kulturinstitutionen und Freizeiteinrichtungen vor Ort ein?
39. Wie schätzen Sie die Rolle der lokalen, regionalen und überregionalen Medien ein?
40. Welche strategischen Überlegungen, Konzepte, langfristigen Planungen und Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus gibt es? Wie effektiv schätzen Sie diese ein?
41. Welche inhaltlichen und strukturellen Veränderungen wünschen Sie sich dahingehend konkret?
42. Wo sehen Sie Bedarfe für (externe) Unterstützung? Von wem sollte diese kommen und wie sollte sie konkret gestaltet werden? (Informations-, Beratungs- und Weiterqualifizierungsangebote, politische Maßnahmen usw.)
43. Welche anderen Punkte wären zu den o. g. Themenkomplexen aus Ihrer Perspektive wichtig?
44. Welche Ansprechpartner:innen können Sie benennen, die zum Thema weitere Auskünfte erteilen oder Ihre Sichtweise darlegen können?

Impressum

Autor: Dr. Axel Salheiser unter Mitarbeit von Jennifer Joyce Rieck

Lektorat: Susanne Haldrich

Satz: Kathy Kursawe

Redaktionsschluss: 31. Januar 2021

Foto auf der 1. Umschlagseite: privat

Herausgeber:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)

Talstr. 84 | 07743 Jena

Fax: 03641 - 27 18 307

Tel.: 03641 - 27 19 403

E-Mail: mail@idz-jena.de



Verleger und Träger:

Amadeu Antonio Stiftung | Novalisstraße 12 | 10115 Berlin

E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de

Website: www.amadeu-antonio-stiftung.de



Bezug:

Die Publikation kann unter www.idz-jena.de heruntergeladen werden.

Gestaltung:

timespin Digital Communication GmbH

Das IDZ wird gefördert vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (Denk Bunt)



Ministerium
für Bildung,
Jugend und Sport




Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/-innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor/-innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor/-innen.

RECHTSEXTREMISMUS IN EISENACH

KRITISCHE BESTANDSAUFNAHME UND ANALYSE

Eisenach gilt als Hochburg des Rechtsextremismus in Thüringen – mit überregionaler Ausstrahlung und dem Negativimage einer Mittelstadt, in der die NPD dank auffällig hoher Stimmenanteile bei Wahlen fest im Sattel sitzt, die neonazistische Rechtsrock- und Kampfsportszene floriert und Gewalt gegen rassistisch abgewertete und nichtrechte Menschen zum Alltag gehört. Derweilen scheint die Sensibilität für diese Probleme bei den Einwohner:innen der Wartburgstadt begrenzt zu sein – oder sie haben wohlmöglich resigniert. Doch wie stellt sich die Situation konkret dar, was sind mögliche Ursachen und Auswege?

Der Forschungsbericht des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft bündelt die Ergebnisse einer qualitativ-methodischen Untersuchung im Jahr 2020 und leitet daraus Handlungsempfehlungen für Politiker:innen und alle anderen Akteur:innen ab, denen die Förderung und Stärkung lokaler bzw. regionaler demokratischer Kultur ein zentrales Anliegen ist.



Axel Salheiser Dr. phil., geb. 1976, studierte Soziologie, Psychologie und Anglistik/Amerikanistik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Von 2002 bis 2012 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sonderforschungsbereich 580 „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit 2012 ist Axel Salheiser Co-Autor des Thüringen-Monitors. Seit 2019 arbeitet er als wissenschaftlicher Referent am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena. Er leitet dort den Bereich Rechtsextremismusforschung.

Herausgeber



In Trägerschaft der



twitter.com/idz_jena



facebook.com/idzjena



www.idz-jena.de